Jahresbericht 2006









Schwerpunkte

Metropolregion Bremen-Oldenburg: Ein Schub für den Wirtschaftsraum Nordwest

Weniger Bürokratie: Mehr Wachstum, Innovation und Beschäftigung

Pakt für Ausbildung: In Bremen und Bremerhaven läuft das Bündnis rund

Mehr Profil und bessere Vermarktung: Vorausschauende Gewerbeflächenentwicklung





Inhalt

Vorwort 3

Konjunkturbericht Aufschwung gewinnt an Kraft und Breite 4

Schwerpunkte Bremen_Bremerhaven

Metropolregion Bremen-Oldenburg: Ein Schub für den Wirtschaftsraum Nordwest **6** Weniger Bürokratie:

Mehr Wachstum, Innovation und Beschäftigung 10

Pakt für Ausbildung: In Bremen

und Bremerhaven läuft das Bündnis rund 13

Mehr Profil und bessere Vermarktung:

Vorausschauende Gewerbeflächenentwicklung 16

Leistungsbilanzen Bremen_Bremerhaven

Standortpolitik 19
Mittelstand, Innovation, Umwelt 25
Aus- und Weiterbildung 28
International 31

Starthilfe und Unternehmensförderung **34**

Recht und Fair Play **35**Service, Public Relations **37**Juniorenkreise **41**

Ehrenamt, Geschäftsbereiche, Stellungnahmen

Das Ehrenamt in Bremen 42
Ausschüsse und Kommissionen
der Handelskammer Bremen 43
Geschäftsbereiche Bremen 43
Das Ehrenamt in Bremerhaven 44
Ausschüsse und Arbeitskreise der
IHK Bremerhaven 44
Geschäftsbereiche Bremerhaven 44
Ausgewählte Stellungnahmen 45

Impressum 47

Titelbild: Containerterminal in Bremerhaven, Köche in der Ausbildung, Speicher I in der Überseestadt

Vorwort



(v.l.) Michael Stark, Dr. Matthias Fonger, Claus Brüggemann, Dr. Patrick Wendisch

Für die bremische Wirtschaft hat sich 2006 zu einem Jahr der Chancen entwickelt. Nach einer anhaltend schwierigen Konjunktur und auf undesebene weitgehend steckengebliebenen Reformbestrebungen zog die Konjunktur zum Jahresbeginn spürbar an. Vor allem die für Bremen als exportstarken Wirtschaftsstandort wichtigen Impulse aus dem Außenhandel, die zunehmende Investitionsbereitschaft in weiten Teilen der deutschen Wirtschaft und die wieder aufkeimende Kauflust der Konsumenten haben die Vorzeichen ins Positive gewendet.

In diese Entwicklung fügt sich die Gründung der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten ideal ein. Für den Gedanken, die standortbezogenen Stärken in einer größeren Region zu bündeln, machen sich die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven sowie die Nachbarkammern in Oldenburg und Stade seit vielen Jahren stark. Der Ausbau der Autobahn A 1, die Spendenaktion für die geplante Küstenautobahn A 22 oder die vielfältigen erfolgreichen Aktivitäten zur weiteren Entwicklung der Logistik und der maritimen Wirt-

schaft haben gezeigt, welche Potenziale hier erschlossen werden können. Die Gründung der Metropolregion Bremen-Oldenburg bietet die große Chance, in einer starken Organisationsstruktur die gemeinsamen Projekte konsequent voranzubringen.

Bremen und Bremerhaven leben von einem vitalen Mittelstand. Auch hier kamen 2006 Erfolge zum Tragen, an denen Wirtschaft und Politik seit Jahren gearbeitet haben. Durch ein Mittelstandsförderungsgesetz erhalten künftig die in den vergangenen Jahren entwickelten Grundsätze der Mittelstandsförderung und das Instrumentarium der bremischen Mittelstandspolitik deutlich mehr Klarheit und Verbindlichkeit. So soll neue Bürokratie verhindert und dem Wachstums- und Jobmotor Mittelstand Schwung verliehen werden.

Bremen muss sich zukünftig als besonders mittelstandsfreundlicher Standort profilieren. Auf bundesweite Zustimmung stieß der Vorschlag der bremischen Wirtschaft, künftig auch die Zulassung von Kraftfahrzeugen durch private Anbieter zu ermöglichen. Unterstützung kam vom ADAC, von zahlreichen Kfz-Innungen in Deutschland sowie von Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Selbst in Bayern sprach sich die CSU-Fraktion im Landtag für den Bremer Vorschlag aus.

Allerdings können solche Erfolge nicht verdecken, dass in Bremen noch viel zu tun bleibt. Daher muss auch in den nächsten Jahren - unter zunehmend schwierigeren Rahmenbedingungen – an einer standortstärkenden Politik festgehalten werden. Dazu gehört konsequentes Sparen bei den laufenden öffentlichen Ausgaben ebenso wie ein Fortführen von wirtschaftsstärkenden Investitionen. Eine der zentralen Aufgaben des Landes wird zudem sein, in der Diskussion um die künftige Ausgestaltung des föderalen Finanzsystems in Deutschland deutlich auf die bisherigen Schwachstellen und die eklatante Benachteiligung insbesondere der Stadtstaaten hinzuweisen. Mehr denn je sind wir gefordert, mit unseren guten Argumenten zu überzeugen und bundesweit Mitstreiter für ein leistungsgerechtes Finanzverteilungssystem zu gewinnen!

Dr. Patrick Wendisch

Präses

Claus Brüggemann

Präsident

Dr. Matthias Fonger

Hauptgeschäftsführer, I. Syndicus

Michael Stark

Hauptgeschäftsführer

Konjunkturbericht

Aufschwung gewinnt an Kraft und Breite



Hochregallager (Spedition Neukirch)

Die weltwirtschaftliche Expansion hat 2006 an Kraft gewonnen. So weitete sich der Welthandel spürbar aus. Positiv hat sich insbesondere die Wirtschaft in vielen Schwellenländern entwickelt, und vor allem auch in China, Hongkong und Russland. Stark vorgebracht haben aber auch die Industrieländer ihre Wirtschaftsleistung. Die USA wurden dabei ihrer Rolle als Konjunkturmotor gerecht, auch wenn die Dynamik des Aufschwungs dort im Verlauf des Jahres 2006 angesichts eines restriktiveren geldpolitischen Umfeldes und hoher Energie- und Rohstoffpreise nachließ. Westund Mitteleuropa konnten Anschluss an die allgemeine Entwicklung finden. Auch in Deutschland war erstmals seit Jahren ein spürbares Wachstum von über zwei Prozent zu verzeichnen.

Bremens Konjunktur robust Die bremische Konjunktur verlief in 2006 weitgehend robust. Die Ertragslage der Unternehmen hat sich verbessert. Zu den außenwirtschaftlichen Impulsen gesellten sich zunehmend auch binnenwirtschaftliche Faktoren. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nahm im Verlauf des Jahres weiter ab. Die Investitionsdynamik der Unternehmen gewann an Intensität und Breite. Zunehmend machten sich die konjunkturellen Impulse auch am Arbeitsmarkt bemerkbar. So stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wieder leicht an. Die Arbeitslosenzahlen gingen zurück, wobei die Ausweitung der "Ein-Euro-Jobs" zu dieser Entwicklung beigetragen hat.

Der Handel startete zuversichtlich in das Jahr 2006. Allerdings hat sich das Geschäftsklima im Jahresverlauf deutlich eingetrübt. Zwar profitierte die Einzelhandelskonjunktur zunächst von einer stärkeren

Kaufbereitschaft der Kunden und vorgezogenen Käufen mit Blick auf die anstehende Mehrwertsteuererhöhung. Jedoch rückten zusehends die negativen Folgen der Steuererhöhung für das kommende Jahr in den Blick. Auch im Groß- und Außenhandel beruhigten sich die Geschäfte in der zweiten Jahreshälfte.

In fester konjunktureller Verfassung präsentierte sich der Dienstleistungsbereich. Die Hotellerie konnte ihre Ertragslage verbessern und profitierte von zahlreichen Groß-Events. Zuversichtlich stimmte, dass Ryanair am Bremer Flughafen eine Deutschlandbasis aufbauen wird. Unternehmensorientierte sowie sonstige Dienstleister wiesen eine deutlich verbesserte Geschäftslage auf. Einen positiven Geschäftsverlauf vermeldete beispielsweise das Kreditgewerbe. Positiv hat sich die freundliche Weltkonjunktur in der Geschäftsentwicklung der Verkehrs- und Logistikwirtschaft niedergeschlagen. In den bremischen Häfen entwicklete sich der Umschlag weiterhin ausgezeichnet. Schwierig blieb das Geschäftumfeld in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft.

Im produzierenden Gewerbe fiel die Jahresbilanz gespalten aus. Die Umsatzentwicklung war durch einen weiteren modellwechselbedingten Rückgang im Fahrzeugbau geprägt. Umsatzzuwächse konnten insbesondere Teile der Metall- und Elektroindustrie sowie die Fisch- und Kaffeeverarbeitung erzielen. Die Beschäftigungsbilanz fiel in der Industrie insgesamt unbefriedigend aus: Im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 2006 mussten die Betriebe gut 2.000 Stellen abbauen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Besser stellte sich die Situation





Die Konjunktur beginnt, sich auch am Arbeitsmarkt bemerkbar zu machen. So stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in 2006 leicht an. (links) Automobillogistik der BLG in Bremerhaven, (rechts) Beschäftigte der Lloyd Dynamowerke in Bremen

im Schiffbau und bei den Herstellern von Geräten der Elektrizitätserzeugung und von Metallerzeugnissen dar. Die Bauwirtschaft hat sich wie erhofft stabilisiert.

Prognose 2007 Die Konjunkturprognosen für 2007 fallen in weiten Teilen der Wirtschaft zurückhaltender als zuvor aus. So erwarten viele Unternehmen eine nachlassende Konjunkturdynamik. Beim privaten Verbrauch werden – zumindest zeitweise – steuerbedingte Einschnitte erwartet. Der Außenhandel rechnet mit nachlassenden Impulsen. Stimulierend dürfte hingegen die anhaltend gute Investitionsnachfrage der Unternehmen wirken. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag

(DIHK) prognostiziert eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums in Deutschland auf 1,5 Prozent.

Reformen überfällig Wirtschaftpolitisch hat sich Deutschland 2006 noch zu wenig bewegt. Die großen Reformbaustellen bestehen weiter. Aus Sicht der Wirtschaft waren die Neuregelungen im Bereich der Krankenversicherung ernüchternd. Ein Durchbruch zu einkommensunabhängigen Prämien wurde nicht erzielt. Im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung wurde das erforderliche Renteneintrittsalter von 67 Jahren wieder aufgeweicht. Bei den Lohnnebenkosten drohen damit auch künftig weitere Belastungen. Auch die Fesseln

des Arbeitsmarktes wurden nicht gelockert. Der Bürokratieabbau kommt nur bruchstückhaft voran. Das Ziel, die Bürokratiekosten bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode um mindestens 25 Prozent senken, rückt damit in weite Ferne.

Positiv ist dagegen zu vermerken, dass das konjunkturelle Umfeld gute Chancen eröffnete, die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland zurückzuführen. Außerdem konnte bei der Unternehmenssteuerreform ein erster Durchbruch erzielt werden. Es gilt nun zu verhindern, dass durch langwierige Detaildiskussionen die Planungssicherheit für Unternehmen eingeschränkt wird.



Ryanair bringt neuen Auftrieb.

Schwerpunktthemen

Metropolregion Bremen-Oldenburg: Ein Schub für den Wirtschaftsraum Nordwest

Die Entwicklung des nordwestdeutschen Wirtschaftsraums ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik und Wirtschaft – sei es, um Großprojekte wie den JadeWeserPort oder die Küstenautobahn A 22 voranzubringen, die Standortbedingungen für die Betriebe und Zukunftsbranchen in der Region zu optimieren oder das touristische und kulturelle Angebot zu vernetzen. Der globale Wettbewerb und demographische Wandel fordern dieses gemeinsame Engagement.

Die am 22. November 2006 feierlich auf dem Campus der Jacobs University Bremen gegründete Regionalkooperation "Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten" bietet große Chancen. Von Beginn an begleiten die Kammern Bremen und Bremerhaven sowie die IHKs des Umlandes deren Entstehungsprozess und stehen der öffentlichen Seite, den Landesregierungen, Landkreisen, Städten und Kommunen, als gleichberechtigte Partner zur Seite. Sie sind von dem enormen Potenzial dieser neuen Ebene der Zusammenarbeit – auch im Hinblick darauf, mögliche Konflikte zu vermeiden - überzeugt und werben für eine umfassende Einbindung der Wirtschaft in die Metropolregion. Die Metropolregion Bremen-Oldenburg sichert

- die Vernetzung der öffentlichen und privaten Entscheidungsträger,
- die gemeinsame Außendarstellung/ Standortwerbung im überregionalen und europäischen Kontext und ein umfassendes Regionalmarketing,
- die Weiterentwicklung der entscheidenden Zukunftsfelder: Logistik, Außenwirtschaft, Energie, Fahrzeugbau, Schiffbau/maritime Industrie, Luft- und Raumfahrt, IuK-Wirtschaft, Ernährungswirtschaft, Gesundheitswirtschaft und Tourismus,

- den Ausbau und Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft,
- die Unterstützung der Umsetzung großräumig bedeutsamer Infrastrukturvorhaben.
- die Entwicklung und Förderung von Projekten im wirtschaftlichen, wissen schaftlichen und kulturellen Bereich – und:
- die Verbesserung der regionalen Lebensqualität (Kultur, Sport).

Bereits am 28. April 2005 hatten die Raumordnungsminister der Länder die Region Bremen-Oldenburg als eine von insgesamt elf deutschen Metropolregionen anerkannt. Zu weiterem Schwung haben die Kammern Bremen, Bremerhaven, Oldenburg und Stade der Regionsbildung mit der BAW-Studie "europaregion-nordwest.de", dem gemeinsamen 2. Kongress "Zukunft Nordwest" am 2. Dezember 2005 und der im ersten Halbjahr 2006 angebotenen Veranstaltungsreihe "Metropolregion – Chance für die Wirtschaft" verholfen.

Dabei wurden insbesondere die den Nordwesten prägenden Cluster, also branchenübergreifende Wertschöpfungs-Netzwerke mit einem großen Wachstums- und Innovationspotenzial, identifiziert und mit Handlungsempfehlungen unterlegt. In erster Linie sind dies die Logistik- und Außenwirtschaft, die Energiewirtschaft, die Automobilwirtschaft, die Wirtschaftsbereiche im Umfeld des Schiffbaus, die Luft- und Raumfahrt sowie die Ernährungswirtschaft und die Gesundheitswirtschaft.

Während drei Metropolregionsveranstaltungen in Bremen die Themenfelder Logistik, ÖPNV sowie Luft- und Raumfahrt zum Gegenstand hatten, war eine Veranstaltung der IHK-Bremerhaven mit "Chancen der Windenergie - Offshore und Export" überschrieben, mit der das bedeutende Cluster der Windenergie näher untersucht werden sollte. So hängen im Gebiet der Metropolregion schon jetzt rund 23.000 Arbeitsplätze von der Energiewirtschaft ab. Die Hälfte dieser Jobs sind in der Produktion von Anlagen zur Elektrizitätsgewinnung zu finden, also auch bei der Herstellung von Windenergieanlagen. Der gute Zuspruch zu den insgesamt acht Kammerveranstaltungen hat das große Interesse der regionalen Wirtschaft an einer erfolgreichen Nordwestkooperation eindrucksvoll bestätigt.

Mitsprache der Wirtschaft

Dieses Engagement im Vorfeld sowie die Mitarbeit am Organisationsmodell der Metropolregion haben im Ergebnis dazu geführt, dass viele Vorstellungen der Wirtschaft in den nunmehr vorliegenden Entwurf eingeflossen sind. Zu nennen sind hier insbesondere:

- die Konkretisierung wirtschaftsnaher Ziele der Metropolregion,
- die Verankerung der IHKs als legitimierte Vertreter der Wirtschaft,
- die erheblichen Mitwirkungsrechte der Wirtschaft – und:
- die Initiierung eines Fördervereins "Wirtschaft pro Metropolregion".

In einer gemeinsamen Sitzung am 4. Juli 2006 haben die Landesregierungen Bremens und Niedersachsens die Eckpfeiler der künftigen Organisation der Metropolregion verabschiedet. Damit endete eine mit vielen inhaltlichen und politischen Diskussionen behaftete Gründungsphase. Die Ausrichtung der Metropolregion und die



Begrüßen die Metropolregion: (v.l.) Dr. Patrick Wendisch, Landrat Gerd Stötzel, BLB-Chef Dr. Stephan-Andreas Kaulvers, Ministerpräsident Christian Wulff und Bürgermeister Jens Böhrnsen

beteiligten Akteure stehen fest. Mitglieder in der als Verein auftretenden Metropolregion werden sein:

- die Länder Bremen und Niedersachsen,
- die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie die kreisfreien Städte Delmenhorst, Oldenburg und Wilhelmshaven,
- die zehn Landkreise Ammerland, Cloppenburg, Cuxhaven, Diepholz, Friesland, Oldenburg, Osterholz, Vechta, Verden und Wesermarsch,
- die Handelskammer Bremen, die IHK Bremerhaven, die IHK Hannover, die Oldenburgische IHK sowie die IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum.

Der Kooperationsraum dehnt sich über eine Fläche von 11.600 Quadratkilometer aus. Dies entspricht in etwa den Größen der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg oder des Sachsendreieckes. Mit 2,4 Millionen Einwohnern und 1,1 Millionen Erwerbstätigen liegt die Metropolregion Bremen-Oldenburg nahezu auf Augenhöhe mit den Metropolregionen "Verband Region Stuttgart" und "Regionaler Planungsverband Großraum München". Ein Novum in Deutschland ist - in dieser Ausprägung und Ernsthaftigkeit – die gleichberechtigte Mitarbeit der Wirtschaft in den Gremien der Metropolregion. Die nordwestdeutschen Kammern haben sich im Gegenzug darauf verständigt, die Personal- und Sachkosten der zukünftigen Geschäftsstelle anteilig zu 50 Prozent mitzufinanzieren.

> Feierliche Gründung der Metropolregion mit Spitzenvertretern aus Wirtschaft und Politik in der Jacobs University Bremen (vormals IUB)

Stärkung der Zukunftsfelder

Um die Wirtschaft zu bündeln und die Mitfinanzierung zu flankieren, wurde am 3. November 2006 in Oldenburg der Förderverein "Wirtschaft pro Metropolregion e. V." gegründet. Dieser Verein soll außerdem helfen, Unternehmen und Unternehmer zu identifizieren, die von den IHKs für die sogenannte Metropolversammlung benannt werden können. Gemeinsam wollen seine Mitglieder beweisen, dass die Wirtschaft der Metropolregion bereit ist, ihre Zukunftsfelder in öffentlich-privater Partnerschaft gezielt zu stärken.

Neben den Unternehmen mit einem strategischen Interesse an der Entwicklung des Nordwestens sollen sich ausdrücklich auch weitere Kammern, Verbände und sonstige Institutionen der Wirtschaft über den Förderverein in die Metropolregion einbringen: Handwerks- und Landwirtschaftskammern, Unternehmerverbände und Fachverhände

Ansprechpartner und weitere Informationen

Dr. Joachim Peters Förderverein "Wirtschaft pro Metropolregion" c/o Oldenburgische IHK Moslestraße 6, 26122 Oldenburg

E-Mail: joachim.peters@oldenburg.ihk.de Telefon 0441 2220-400 www.metropolregion-bremen-oldenburg.de





Bahnverkehr im Nordwesten: Er spielt für die Wirtschaftsregion eine große Rolle. Der Bahnknoten Bremen muss deshalb ausgebaut werden.

Verkehrsinfrastruktur – neue Chancen durch Kooperation

Die großen Infrastrukturvorhaben in und um Bremen sind eine wichtige Klammer für die Nordwestregion. Das gemeinsame Interesse an diesen Projekten und die Erkenntnis, dass ein gemeinsames Auftreten als Region auf nationaler und europäischer Ebene für eine Realisierung unabdingbar ist, waren der Kern einer engeren Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure in der Region.

JadeWeserPort Der JadeWeserPort als einziger deutscher Tiefwassercontainerhafen ist eines der Kernprojekte in der Metropolregion. Durch die Vergabe der Betreiberlizenz an Eurogate kann im Nordwesten ein standortübergreifendes Betreiberkonzept umgesetzt werden, das die bestehenden und in Ausbau befindlichen Umschlagsanlagen in Bremerhaven einbezieht. Mit den Containerumschlagskapazitäten in Wilhelmshaven und Bremerhaven eröffnet sich für den Nordwesten die Chance, vom Wachstum in der internationalen Containerschifffahrt nachhaltig zu profitieren.

Küstenautobahn Die Küstenautobahn A 22 ist eines der wichtigsten Infrastrukturvorhaben in Norddeutschland, da sie als Magistrale den Sackgassencharakter der A 29 und A 27 und die Trennwirkung von Weser und Elbe aufheben wird. Die A 22 ist der zentrale deutsche Abschnitt eines transeuropäischen Nordost-Korridors, der sich von der niederländischen Randstad-Agglomeration über Norddeutschland bis nach Polen und Skandinavien erstreckt. Damit wird die nationale Randlage Nordwestdeutschlands zu einer europäischen Zentrallage. Für die gesamte regionale Wirtschaft wird die A 22 eine völlig neue Standortqualität bedeuten. Erst durch die gemeinsamen Bemühungen der Kreise, des Landes Niedersachsen sowie der regionalen Wirtschaft, vertreten durch die Industrie- und Handelskammern, ist es gelungen, die A 22 von einer bloßen Idee zu einem konkreten Projekt zu entwickeln und die Planungen aufzunehmen. Die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven starteten 2006 im Rahmen der Initiative "Maritimer Standort Nordwest" in Zusammenarbeit mit dem Förderverein "Pro A 22 e.V." eine Informationskampagne für die A 22 in der Region.

Autobahn A 1 Für den Wirtschaftsraum ist die Lage an einer europäischen Magistrale wie der A 1 von unschätzbarem Wert. Dies gilt jedoch nur solange diese Verbindung auch leistungsfähig ist, was im Falle der A 1 inzwischen nicht mehr gegeben ist. Die Handelskammer Bremen hat daher gemeinsam mit den anderen an der A 1 gelegenen Kammern mit unterschiedlichen Aktionen den durchgehend mindestens dreispurigen Ausbau der A 1 auf den Weg gebracht. Für die Strecke zwischen Hamburg und Bremen liegen zwischenzeitlich für alle Unterabschnitte die Planfeststellungsbeschlüsse vor. Das Vergabeverfahren für das in diesem Bereich vorgesehene Konzessionsmodell wurde eingeleitet. Die Bauarbeiten sollen 2008 beginnen.

Bahnknoten Bremen Der JadeWeser-Port und die steigenden Güterverkehrsmengen in den Häfen Nordenham, Brake und dem Logistikzentrum links der Weser machen eine Leistungssteigerung des Bahnknotens Bremen erforderlich. Dabei geht es insbesondere um eine Verbesserung der Kreuzungssituation der Gleise aus Richtung Oldenburg im Bremer Hauptbahnhof

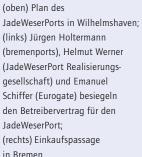
sowie um den Bereich Bremen-Neustadt. Mittel- bis langfristig ist zudem auch ein dreigleisiger Ausbau der Strecken in Richtung Hude und Verden notwendig.

S-Bahn Der Ausbau des öffentlichen Schienenpersonenverkehrs zu einem echten S-Bahn-System kann zu einer engeren Vernetzung der Region beitragen. Wichtig ist auch die Wirkung auf die Menschen im Nordwesten, für die die Metropolregion damit täglich erlebbar wird. In allen Metropolregionen und nahezu allen deutschen Ballungsräumen sind S-Bahn-Systeme längst üblich. Eine Realisierung eines entsprechenden Systems in der Metropolregion Bremen-Oldenburg ist daher eines der vordringlichen Projekte. 2006 wurde ein europaweites Ausschreibungsverfahren mit dem Ziel eröffnet, ab dem Jahr 2010 die erste Stufe eines S-Bahn-Betriebes aufzunehmen.

Flughafen/Ryanair Der Flughafen Bremen ist als Unternehmen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Er stellt den Zugang der Region zum internationalen Luftverkehr dar. Die Entscheidung des in Europa führenden Low-Cost-Carriers Ryanair, Bremen neben Frankfurt-Hahn zum zweiten nationalen Drehkreuz zu entwickeln, ist daher für den Flughafen Bremen und ganz Nordwestdeutschland eine Aufwertung und eine Bestätigung als Metropolregion. Mit zunächst zehn neuen Destinationen in Europa bietet Ryanair Geschäftsreisenden und Touristen eine neue Qualität in der Verbindung zu europäischen Reisezielen. Gleichzeitig wird die Region als Reiseziel erheblich aufgewertet.









Einzelhandel in der Region – ein gemeinsames

Zentren- und Einzelhandelskonzept für die Metropolregion

Ein gemeinsames Ziel für die Metropolregion Bremen-Oldenburg wird die Erarbeitung eines Zentren- und Einzelhandelskonzeptes für die gesamte Region sein. Die Handelskammer Bremen unterstützt das Vorhaben des Kommunalverbundes, ein solches Konzept mit Beteiligung aller Kommunen des Bremer Umlandes zu erarbeiten. Dabei geht es nicht um Wettbewerbsbeschränkungen oder die Verhinderung einzelner Einzelhandelsstandorte oder Einzelhandelssparten. Aus Sicht der Kammer ist es notwendig, gemeinsame Ziele und Verfahren zwischen den beteiligten Kommunen zu vereinbaren, um einen fairen Standortwettbewerb zu erreichen. Ein gemeinsames Zentren- und Einzelhandelskonzept kann auch für die Metropolregion einen Rahmen bilden, um die Entwicklung im Einzelhandel zum Vorteil aller entsprechend zu steuern und zu beeinflussen.

Folgende Ziele sollten für die Region Bremen und die gesamte Metropolregion verfolgt werden:

- Für alle Kommunen und Genehmigungsbehörden in der Region sollte mittelfristig ein verbindlicher Entwicklungsrahmen für Einzelhandelsstandorte und Projekte geschaffen werden;
- ② Ausnahmen sollten nur im regionalen Konsens und nach verbindlichen Regeln gewährt werden;
- **9** zur Einzelhandelsentwicklung zwischen Bremen und Niedersachsen sollte ein ordnungsrechtlicher Rahmen abgestimmt werden;
- wo immer möglich, sollten Plan- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und die Offensichtlichkeitsprüfung im Konsens getroffen werden;
- **6** das Konzept sollte nach etwa vier Jahren überarbeitet und fortgeschrieben werden.

Die Bestandsaufnahme der gesamten Einzelhandelsflächen in Bremen und der umliegenden Gemeinden, die derzeit erarbeitet wird, wird den verbindlichen Entwicklungsrahmen für Einzelhandelsstandorte (Ziel 1) überhaupt erst ermöglichen. Auch die Aufnahme Bremens als Oberzentrum in das aktuell ebenfalls überarbeitete Raumordnungsprogramm Niedersachsen wird die in Ziel 3 formulierte Abstimmung des ordnungsrechtlichen Rahmens erleichtern. Das regionale Einzelhandelskonzept muss unter anderem durch die Erarbeitung eines eigenen Einzelhandelskonzeptes für Bremen begleitet werden.



Bürokratieabbau - ein zentrales Anliegen der Kammern im Land Bremen; dafür setzen sie sich auch bundesweit ein. Im Plenum (Bild rechts eine Sitzung mit Bürgermeister Böhrnsen als Gast) wurde darüber vielfach diskutiert.

Weniger Bürokratie: Mehr Wachstum, Innovation und Beschäftigung

Kleine und mittlere Unternehmen leisten einen entscheidenden Beitrag zur Erneuerung der Wirtschaft im Land Bremen und damit zum weiterhin notwendigen Strukturwandel. Von den rund 22.000 umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Bremen und Bremerhaven sind mehr als 95 Prozent kleine und mittlere Betriebe. Sie stellen mit 74,4 Prozent den größten Anteil an Beschäftigten im Land Bremen, bilden weit überdurchschnittlich aus und bestimmen maßgeblich den beschäftigungsintensiven Sektor der privaten und unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Ausgerechnet diese Unternehmen müssen mit besonderen Schwierigkeiten kämpfen z. B. bei der Kapitalbeschaffung, der Bewältigung des Kostendrucks, beim Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter, aber auch mit den für sie oft hohen Bürokratiekosten. Hier spielt insbesondere auch die aufwändige Umsetzung von EU-Richtlinien eine Rolle. Die Politik in Deutschland sollte daher frühzeitig auf die europäischen Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen und darauf achten, dass solche Richtlinien bei der Umsetzung in Deutschland nicht mit weiteren Auflagen überfrachtet werden.

Um das Wachstumspotenzial der kleinen und mittleren Unternehmen zu erschließen, setzen sich die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven seit Jahren dafür ein, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, um so die unternehmerischen Spielräume der Betriebe zu vergrößern. Eine Wirtschaftspolitik, die sich an den Erfordernissen und Bedürfnissen der kleinen und mittleren Betriebe ausrichtet, ist nach Überzeugung der Handelskammer das beste Programm für Wachstum, Innovation und Beschäftigung.

Initiativen zum Bürokratieabbau

Die stetig zunehmende Bürokratie ist eine der Ursachen für die derzeitige strukturelle Wachstumsschwäche nicht nur im Land Bremen. Besonders erdrückend wirkt sich die Flut an Auflagen und Vorschriften für den Mittelstand aus. Die Kosten verhalten sich umgekehrt proportional zur Unternehmensgröße: Für Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten beträgt die Bürokratiekostenlast rund 250 Euro pro Jahr und Mitarbeiter. Für Kleinunternehmen mit einem bis neun Beschäftigten steigt diese Summe auf bis zu 4.361 Euro. Laut dem Bonner Institut für Mittelstandsforschung sind die iährlichen Bürokratiekosten der Unternehmen von 1994 bis 2003 von 30 Milliarden auf 46 Milliarden Euro gestiegen.

Die Handelskammer Bremen hat deshalb eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um Deregulierung und Bürokratieabbau voranzubringen. Vorrangiges Ziel der Kammer ist es, den Deregulierungsdruck auf Bundes- und Landesebene weiter aufrecht zu erhalten und das Thema stärker in die Politik zu tragen.

Auf Bundesebene hatte bereits 2005 ein erster Modellversuch des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) in Zusammenarbeit mit drei Modellregionen, darunter Bremen, zu einem "Gesetz zur Umsetzung von Vorschlägen zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen" geführt, das Erleichterungen vor allem für die mittelständische Wirtschaft bringt. Trotzdem ist das Projekt Modellregion insgesamt enttäuschend verlaufen, da das eigentliche Ziel, in Bremen Deregulierungen durch befristete Abweichungen vom Bundesrecht testen zu können, nicht erreicht wurde. Gegenwärtig beteiligt sich die Handelskammer mit der Bremer Senatskanzlei erneut an einem Anschluss-Projekt des BMWi. Das Ziel der neuen Runde ist es, konkrete Vorschläge zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus der Wirtschaft direkt in die Derequlierungsdebatte auf Bundesebene einfließen zu lassen.

Vorschläge aus der Unternehmenspraxis

Insgesamt haben sich 28 Regionen an der zweiten Runde beteiligt, von denen inzwischen weitere 198 Vorschläge eingereicht wurden, die gegenwärtig vom BMWi oder den jeweiligen Fachministerien geprüft werden. Von den zehn Bremer Vorschlägen wurden sieben aufgegriffen. Ein wichtiger Vorschlag der Handelskammer wurde zwischenzeitlich durch das erste Mittelstands-Entlastungsgesetz der Bundesregierung umgesetzt: Durch das Anheben des Schwellenwertes für die Aufstellung einer Handelsbilanz auf 500.000 Euro wurden die Bilanzierungspflichten für kleine Unternehmen sowie Existenzgründer erheblich reduziert. Bisher konnten Unternehmer nur bis zu einem Jahresumsatz von 350.000 Euro eine unkompliziertere Einnahme-Überschussrechnung aufzustellen. Inzwischen plant die Bundesregierung ein zweites Mittelstands-Entlastungsgesetz, für das die Handelskammer Bremen neben den bisherigen Deregulierungsvorschlägen auch eine Initiative zur Flexibilisierung der Kfz-Zulassung weiter geleitet hat (siehe S. 12).

Parallel zur Verankerung von Bürokratieabbau und Deregulierung im Bundesrecht hat der dringend notwendige Abbau bürokratischer Belastungen – forciert durch die Handelskammer - auch auf Landesebene Resonanz gefunden. So besteht eine res-



sortübergreifende Arbeitsgruppe, die den Auftrag hat, im Zusammenwirken mit der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven kontinuierlich Handlungsempfehlungen für Bürokratieabbau in Verbindung mit der Modernisierung der Verwaltung zu erarbeiten.

Nachdem der Senat und das Parlament auf Initiative der Handelskammer bereits Anfang 2005 ein Artikelgesetz beschlossen haben, das bestehendes Landesrecht bis 1970 unter Bürokratieabbauaspekten derequlierte, beschloss die Bürgerschaft im Oktober 2006 ein zweites Artikelgesetz zur Rechtsbereinigung und Befristung von Rechtsvorschriften. Als Ergebnis dieser Überprüfung wurden in dieser zweiten Tranche rund 40 Prozent der zwischen 1971 und 2004 erlassenen Normen in Bremen aufgehoben oder befristet. In der ersten Tranche hatte die Bürgerschaft beschlossen, 50 Prozent der vor 1971 erlassenen Vorschriften aufzuheben oder zu befristen.

Im Juni 2006 hat die Handelskammer die bremische Wirtschaft dazu aufgerufen, weitere wirtschaftshemmende Vorschriften zu melden. Für die "Initiative Bürokratieabbau praxisnah" wurde auf der Handelskammer-Homepage ein Online-Formblatt bereitgestellt und eine telefonische Bürokratieabbau-Hotline für Unternehmer eingerichtet. Seit Mitte 2006 wurde auf diese Initiative in jeder Ausgabe der Kam-

merzeitschrift Wirtschaft in Bremen hingewiesen. Ziel ist es, mit weiteren konkreten Vorschlägen zum Bürokratieabbau direkt aus der Wirtschaft den Deregulierungsdruck auf die Bundes- und Landesebene aufrecht zu halten und das Thema zu forcieren.

Bremisches Mittelstandsförderungsgesetz

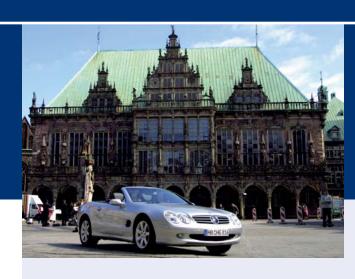
Ein zentrales Projekt, um den Mittelstand in Bremen auch in Sachen Bürokratieabbau zu fördern, bildete für die Handelskammer 2006 die Umsetzung des Gesetzes zur Förderung kleinster, kleiner und mittlerer Unternehmen (Bremisches Mittelstandsförderungsgesetz). Den Gesetzentwurf hatte die BAW-Institut für regionale Wirtschaftsforschung GmbH gemeinsam mit der Handelskammer und weiteren Partnern der Region bereits im Jahr 2004 erarbeitet. Nach schwierigen Verhandlungen wurde dieses Gesetz von der Bremischen Bürgerschaft im März 2006 in zweiter Lesung beschlossen und im April verkündet. Im Gegensatz zu ähnlichen Gesetzen in anderen Bundesländern besteht der Unterschied vor allem darin, dass die Normierungen substanzielle Inhalte haben und nachprüfbare Forderungen enthalten:

- Beispielsweise müssen durch die Einführung einer Mittelstandsklausel künftig alle Gesetzentwürfe auf die Folgen für mittelständische Betriebe überprüft werden.
- · Bei einer geplanten Veränderung der

Standortkosten ist das Land Bremen verpflichtet, verstärkt auch auf die Wettbewerbsposition im regionalen Umkreis zu achten.

 Auch mit dem Grundsatz des Vorrangs der privaten Leistungserbringung sowie der grundsätzlichen Befristung aller Landesvorschriften werden wichtige Handelskammer-Forderungen gesetzlich festgeschrieben.

Dies bedeutet im Ergebnis eine Umkehrung der Beweislast: Nicht mehr der einzelne Unternehmer oder Bürger muss darauf verweisen, dass ein Gesetz überflüssig ist oder ihn unverhältnismäßig belastet, sondern der Gesetzgeber selbst ist gezwungen, seine Normsetzung kontinuierlich zu hinterfragen. Das Mittelstandsförderungsgesetz ist ein weiterer Baustein, um Bremen regional wie überregional als besonders mittelstandsfreundlichen Standort zu profilieren.



Bremer Modell eine flexiblere Kfz-Zulassung

Im Mai 2006 hat sich die Handelskammer mit einem Strategiepapier an die Politik gewandt und vorgeschlagen, Kfz-Zulassungen künftig alternativ zur staatlichen Zulassungsstelle auch durch private Anbieter wie beispielsweise Kfz-Händler zu ermöglichen. Auslöser war der im Frühjahr 2006 begonnene Streik im Bremer Stadtamt, bei dem Kfz-Zulassungsanträge von Privatpersonen und Händlern über Monate hinweg liegen blieben. Der Überhang von mehr als 2.000 An- und Abmeldungen konnte auch nach Beendigung des Streiks und trotz eines höheren Personaleinsatzes bei der Zulassungsstelle nur langsam abgebaut werden. Eine Verbesserung des Serviceangebots der Behörde führte bislang nur zu geringen Erleichterungen. Der Gang zur Zulassungsstelle und eine Wartezeit von mehreren Stunden sind nach wie vor Standard.

Gemeinsam mit Bremer Autohändlern favorisiert die Handelskammer eine Regelung nach niederländischem Vorbild. Dort haben Kfz-Händler die Möglichkeit, Kraftfahrzeuge direkt beim Kauf im Autohaus zuzulassen. Rund ein Viertel der Händlerbetriebe nutzt inzwischen diese Möglichkeit. Auch in Belgien wird die Zulassung nach dem niederländischen Modell in 2006 umgesetzt.

Mit dem Vorschlag ist die Handelskammer regional wie überregional auf eine positive Resonanz gestoßen. Sie wurde in diesem Vorhaben intensiv von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Volker Kröning und von Bürgermeister Thomas Röwekamp unterstützt. Neben dem Deutschen Industrieund Handelskammertag (DIHK) und dem ADAC Weser-Ems setzen sich inzwischen auf Bundesebene auch der Verband der Deutschen Automobilindustrie (VDA) und der Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes (ZDK) für dieses Modell ein. Mit der Politik, die hierfür letztlich auf Bundesebene eine Reihe von Gesetzen ändern muss, steht die Handelskammer Bremen in stetigem Kontakt.

Auf Landesebene hat das Stadtamt im November 2006 zunächst in einem Zwischenschritt ein Online-Verfahren eingeführt, mit dem registrierte Kfz-Händler alle benötigten Daten direkt vom jeweiligen Autohaus an die Zulassungsstelle übermitteln können. Die eingegebenen Daten werden von der Zulassungsstelle nur noch auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft. Ziel der Online-Zulassung ist es, ein Kraftfahrzeug noch am Tag des Erwerbs zuzulassen. Damit hat die Handelskammer maßgeblich zur Vereinfachung bei der Zulassung beigetragen.

Für eine komplette Zulassung im Autohaus wird eine politische Entscheidung auf Bundesebene erwartet. Aktuell setzen sich neben dem DIHK auch Bremens Vertreter im Bund sowie Verbände und Abgeordnete anderer Regionen dafür ein, diesen Bremer Deregulierungsvorschlag mittelfristig bundesweit umzusetzen.



Pakt für Ausbildung: In Bremen und Bremerhaven läuft das Bündnis rund

Im Land Bremen haben sich die Anstrengungen der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven bei der Akquisition von Ausbildungsplätzen ausgezahlt. Bis zum 30. November 2006 wurden bei der Handelskammer Bremen 3.272 Ausbildungsverträge eingetragen. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung von 7,3 Prozent (+ 224 Verträge). Die größte Steigerung verzeichnete der kaufmännische Bereich mit elf Prozent oder insgesamt 2.333 Verträgen (+ 231 Verträge). Im gewerblich-technischen Bereich war ein Rückgang von 0,7 Prozent zu verzeichnen, eingetragen wurden zum Stichtag insgesamt 939 Verträge, das sind sieben weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die IHK Bremerhaven weist mit 5,7 Prozent eine vergleichbar gut Steigerungsrate auf. Dort wurden zum 30. November 2006 insgesamt 595 Ausbildungsverträge (+ 32 Verträge) erfasst. Die positive Entwicklung wurde hier vor allem von den kaufmännischen Berufen getragen: mit insgesamt 426 Verträgen betrug der Zuwachs dort 6,2 Prozent (+25 Verträge). Im gewerblichtechnischen Bereich waren 169 neu eingetragene Verträge zu verzeichnen, was eine Steigerung von 4,3 Prozent (+ 7 Verträge) bedeutet.

Auch der Regionale Pakt für Ausbildung läuft in Bremen rund. Bei der Handelskammer Bremen wurden zum 30. November 2006 insgesamt 537 neue Ausbildungsbetriebe registriert. Schon im Vorjahr waren 591 neue Unternehmen hinzugekommen. Über die Aktivitäten des Paktes für Ausbildung konnten 721 neue Ausbildungsplätze akquiriert werden (897 im Vorjahr). In Bremerhaven wurden bis zum 30. November 2006 insgesamt 45 neue

Unternehmen für die Ausbildung gewonnen (61 im Vorjahr). Insgesamt kamen dort 60 neue Ausbildungsplätze hinzu (121 im Vorjahr).

Mit landesweit 781 neuen Ausbildungsplätzen wurde die Zielzahl des Paktes deutlich überschritten. Ursprünglich hatten die Paktpartner vereinbart, im Land Bremen 280 neue Ausbildungsplätze in der Wirtschaft einzuwerben, um die aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen entfallenen Ausbildungsplätze zu kompensieren und die Zahl der Ausbildungsplätze möglichst zu erhöhen.

Die Einstiegsqualifizierung

Vergleichbar positiv verlief die Einwerbung von betrieblichen Angeboten zur Einstiegsqualifizierung. Im Regionalen Pakt waren 240 Plätze solcher Plätze zur sechs- bis zwölfmonatigen betrieblichen Einstiegsqualifizierung für Bewerber mit eingeschränkten Vermittlungschancen vereinbart worden. Tatsächlich wurden im zurückliegenden Jahr 409 Plätze angeboten und 259 Plätze besetzt.

Gerade im Hinblick auf das Instrument der Einstiegsqualifizierung zeigt sich, dass es sich lohnt, neue Wege bei der Einwerbung von Ausbildungsplätzen zu beschreiten und nicht auf dem Stand bildungspolitischer Debatten früher Jahre zu verharren. Die Einstiegsqualifizierung hat sich als Katalysator für die Ausbildung junger Menschen erwiesen. Von den Jugendlichen, die ein solches Angebot wahrgenommen haben, wurden in Bremen anschließend mehr als 60 Prozent in eine betriebliche Ausbildung übernommen. Dieses Förderinstrument hat sich in der Praxis als hochwirksames und vergleichsweise qünstiges Ange-

bot dargestellt, das seine Berechtigung im Kanon der Vermittlungsangebote in Ausbildung hat.

Neben diesen direkten Maßnahmen zur Einwerbung neuer Ausbildungsplätze und Bereitstellung von Einstiegsqualifizierungsangeboten hat die Handelskammer gemeinsam mit den weiteren Partnern im Bündnis für Ausbildung erfolgreiche Initiativen – beispielsweise bei der Verstärkung der Ausbildungskooperationen - weitergeführt. So wurde das Landesprogramm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in betrieblichen Verbünden erheblich vereinfacht und darauf hingearbeitet, dass rund 90 Ausbildungsplätze in Unternehmen über dieses Programm bereitgestellt wurden. Tatsächlich wurden im vergangenen Jahr 120 Plätze zur Verfügung gestellt.

Hilfe auf dem Weg in den Beruf

Auch die von der bremischen Wirtschaft gegründete Ausbildungsinitiative Bremen/Bremerhaven (AiBB), die duale Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche schaffen soll, hat die vorgegebenen Ziele erreicht, jährlich 80 bis 100 Jugendliche in die duale Ausbildung zu bringen. 2006 wurden über diese Initiative insgesamt 102 Jugendliche in Ausbildung vermittelt. Ähnliche Erfolge verzeichnete das Bremer Landesprogramm zur Schaffung von Ausbildungspartnerschaften und Lernortverbünden, das 2006 zur Schaffung von 151 neuen Ausbildungsplätzen beigetragen hat.

Solche positiven Zahlen lassen sich nur erreichen, wenn für die Jugendlichen und die Unternehmen Instrumente bereitgestellt werden, die sie in der Berufsausbildung unterstützen. Im Pakt für Ausbildung wurde

Jugendlicher auf der Ausbildungsmesse in Haven Höövt



daher national wie regional verabredet, das Ausbildungsmanagement mit geeigneten Maßnahmen zu unterstützen. Hierzu zählen der Ausbau der Eignungsfeststellung durch die Agenturen für Arbeit, die Nutzung der Dienstleistung der zentralen und einheitlichen Anlaufstelle des Ausbildungsbüros und die Einwerbung von Ausbildungsplätzen durch zusätzliche Ausbildungsplatzwerberinnen und -werber bei den zuständigen Stellen.

Alle verabredeten Maßnahmen wurden in Bremen umgesetzt. Es gibt einen hohen Vernetzungsgrad, der die Arbeit aller am Pakt für Ausbildung beteiligten Partner einfach und nutzbringend gestaltet. Die Handelskammer hat mit ihren Ausbildungsplatzwerberinnen und -werbern maßgeblich dazu beigetragen, dass viele neue Unternehmen über die duale Berufsausbildung informiert und in bereits ausbildenden Unternehmen zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen wurden.

Wie zum Ende eines jeden Ausbildungsjahres hat eine Reihe von Jugendlichen auch diesmal noch keinen Ausbildungsplatz gefunden. Die Bremer Pakt-Partner haben hierauf mit der Nachvermittlungsaktion reagiert, die die Handelskammer Bremen, die Agentur für Arbeit und die Handwerkskammer Bremen am 18. und 19. September 2006 veranstalteten und die allen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz- sowie Einstiegsqualifizierungsangebot gemacht hat. Konkret wurden 280 Jugendliche eingeladen, von denen tatsächlich 203 zu der Aktion erschienen. Zu der Nachvermittlungsaktion in Bremerhaven, die von der IHK, der Agentur für Arbeit und der Kreishandwerkerschaft am 11. Oktober 2006 organisiert worden war, wurden 220 Jugendliche eingeladen, von denen aber nur 110 vor Ort erschienen.

Ausbildungsreife der Jugendlichen

Nach Einschätzung aller mit der Berufsausbildung befassten Organisationen erfüllen etwa 20 Prozent der Schulabgänger eines Jahrganges nicht die notwendigen Voraussetzungen für eine Berufsausbildung – eine unvertretbar hohe Zahl, die es zudem den Unternehmen erschwert, geeignete Jugendliche für eine Ausbildung zu finden, obwohl oftmals Ausbildungsplätze vorhanden sind.

Der Senator für Bildung und Wissenschaft hat sich den Herausforderungen gestellt und eine Reihe von Maßnahmen zur Erlangung und Verbesserung der Ausbildungsreife von Schülerinnen und Schülern eingeführt. Hierzu gehört zunächst das Ganztagsschulprogramm, das vorrangig zur Verbesserung der Lernergebnisse, aber auch der Vermittlung von Ausbildungsreife dienen soll. In der Stadt Bremen beteiligen sich hieran bisher 16 Grundschulen, acht Gesamtschulen, zwei Gymnasien, ein Förderzentrum und eine Privatschule.

Außerdem wurden die Oster- und Herbstcamps ins Leben gerufen und mit großem Erfolg durchgeführt. Die Teilnahme ist freiwillig. An den Ostercamps beteiligen sich derzeit zwölf Schulstandorte. Insgesamt 895 Jugendliche haben auf Vorschlag der Lehrerinnen und Lehrer in den Osterferien im Camp gelernt. Das Angebot richtet sich primär an versetzungsgefährdete Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 10 und bietet Unterricht in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Englisch. Das Herbstcamp wird von der Schullaufbahnberatung betreut und bietet neben Bewerbertrainings sprachliche Schulung sowie Vertiefungen in den Fächern Mathe und Deutsch. Es wird von den Jugendlichen gut angenommen.

Eine weitere Maßnahme dieses umfassenden Konzeptes ist die Arbeit des Landesinstituts für Schule, das über die zwischen den Paktpartnern vereinbarten Kriterien zur Ausbildungsreife informiert und damit die Anforderungen der Wirtschaft an die Schulabgänger transparent macht. Die Schulen haben dadurch die Möglichkeit, ihre schulischen Angebote an die Notwendigkeiten anzupassen.

Qualifizieren statt versorgen

Flankierend zu den quantifizierbaren Initiativen haben die Partner im Pakt für Ausbildung verschiedene weitere Maßnahmen umgesetzt. Wichtig für die statistische Erhebungen bei der Agentur für Arbeit ist ein Datenabgleich zwischen der Handelskammer und der Agentur für Arbeit zu Jugendlichen, die bereits einen Ausbildungsplatz gefunden haben. Auf Grund gesetzlicher Regelungen im Berufsbildungsgesetz haben die Handelskammer und die Agentur für Arbeit am 30. Mai 2005 einen Vertrag über den Abgleich der entsprechenden Daten geschlossen und damit einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Bereinigung der Datenbestände getan.

Vorangekommen sind auch die schulische Berufsorientierung und die verstärkte duale Ausrichtung der Berufsvorbereitung. Der Senator für Bildung und Wissenschaft hat ein Berufsorientierungskonzept für die Allgemein Bildenden Schulen vorgelegt, das mit konkreten Maßnahmen in den kommenden Schuljahren umgesetzt wird. Ziel ist es, die Praxisanteile bei schulischen Maßnahmen im Hinblick auf die Berufsvorbereitung und Berufsorientierung zu erhöhen.

Zur Absicherung der bereits eingeleiteten Maßnahmen wurde im zurückliegenden Jahr die Initiative "Innovative Berufsbildung 2010" unter der Trägerschaft der IHK Bremerhaven ins Leben gerufen, die im Interesse der Jugendlichen und der bremischen Wirtschaft unter dem Motto "Qualifizieren statt versorgen – Innovation statt Subvention" drei Hauptziele verfolgt:

- die Erhöhung der Attraktivität und Qualität der Berufsausbildung,
- die Senkung der Ausbildungskosten bzw. die Erhöhung des Nutzens der Ausbildung
- sowie die höhere Ausschöpfung der Ausbildungspotenziale der bremischen Wirtschaft für ausbildungsfähige und -willige junge Menschen.





(links) Die Einstiegsqualifizierung (EQJ), hier zu sehen EQJler bei Kellogg's, hat sich hervorragend bewährt. (oben) Besuch auf der Top Job: Bildungsssenator Willi Lemke und Hauptgeschäftsführer Dr. Fonger machen einen Messerundgang.

Weitere Partner der Initiative sind die Handelskammer Bremen, Handwerkskammer Bremen, das Institut Technik und Bildung an der Universtität Bremen (ITB), der Senator für Bildung und Wissenschaft, der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie der Senator für Wirtschaft und Häfen. Die Deputation für Arbeit hat in ihrer Sitzung am 29. November 2006 die weitere Förderung der Initiative bis zum Jahr 30. Juni 2008 genehmigt, so dass nun die weiteren Maßnahmen umgesetzt werden können.

Regelmäßige Erfolgskontrolle

Da alle Partner des Paktes ein hohes Interesse an der Ausbildung junger Menschen haben, haben sie vereinbart, ständig zu überwachen, ob die Ziele erreicht werden. So werden die unterschiedlichen Projekte kontinuierlich im so genannten "Jour fixe" des Regionalen Paktes für Ausbildung unter Federführung der Handelskammer Bremen und des Bildungssenators mit den Partnern erörtert und Monitoringberichte erstellt.

Der nationale "Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs" wurde am 16. Juni 2004 zwischen Wirtschaft und Bundesregierung geschlossen. Darin verpflichten sich die Partner "gemeinsam und verbindlich in enger Zusammenarbeit mit den Ländern, allen ausbildungswilligen und -fähigen jungen Menschen ein Angebot auf

Ausbildung zu unterbreiten". Dabei bleibt die Vermittlung in das duale Ausbildungssystem vorrangig.

Auch Jugendliche mit eingeschränkten Vermittlungschancen sollen durch dieses Instrument eine Chance zum Einstieg in eine berufliche Ausbildung und das nachfolgende Berufsleben erhalten. Neben den vorrangigen Zielen bedeutet der Pakt aber auch, dass sich seine Partner gemeinschaftlich für ein gemeinsames Ziel einsetzen, Verantwortung für die jungen Menschen übernehmen und die mit der immer wieder diskutierten Ausbildungsplatzumlage verbundene Bürokratie durch partnerschaftliches Handeln ersetzen.

Die in dem nationalen Pakt für Ausbildung formulierte Perspektive der engen Zusammenarbeit mit den Bundesländern wurde in Bremen und Bremerhaven in einem regionalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs konkretisiert. Dessen Inhalt setzt auf die Vereinbarungen im Nationalen Pakt auf und bricht die dort quantifizierten Verpflichtungen auf das Land Bremen herunter. Wunsch der regionalen Partner in Bremen war allerdings, nicht bei den national vorgezeichneten Vereinbarungen zu bleiben, sondern die besondere Situation im Land Bremen mit in die Vereinbarungen aufzunehmen. So wurden insbesondere Aspekte der Berufsorientierung, der Ausbildungskooperation und der Verwirklichung innovativer Ansätze in der Berufsausbildung im regionalen Pakt thematisiert und mit Verabredungen hinterlegt.

Am 30. Juni 2004 unterzeichneten Vertreter von insgesamt zwölf Institutionen den regionalen Pakt für Ausbildung für die Dauer von drei Jahren. Von Anfang an hatte sich Bildungssenator Willi Lemke intensiv für eine erfolgreiche Umsetzung des Paktes eingesetzt. Gut ein Jahr später – am 24. August 2005 – wurde dieser Pakt in Bremen und Bremerhaven durch weitere elf Institutionen unterzeichnet, so dass dem regionalen Pakt heute 23 Partner angehören. Dies ist in der Bundesrepublik Deutschland einmalig.

Ausblick – es muss weitergehen

Der Pakt für Ausbildung wird in Bremen am 30. Juni 2007 auslaufen. Senat und Handelskammer haben bei ihrem gemeinsamen Treffen am 30. Mai 2006 im Haus Schütting vereinbart, dass er 2007 für weitere drei Jahre verlängert werden soll. Der Inhalt eines erneuerten Paktes ist zunächst von den Verhandlungen auf Bundesebene abhängig. Konsens aller Partner ist es allerdings, auch in einer zweiten Paktphase bremische Belange aufzunehmen, um den speziellen Anforderungen in Bremen auch in Zukunft gerecht zu werden.



Speicher I in der Überseestadt

Mehr Profil und bessere Vermarktung: Vorausschauende Gewerbeflächenentwicklung

Die Forderung der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven, durch vorausschauende Gewerbeflächenentwicklung Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaftskraft zu stärken, hat im Land Bremen überall dort zu sichtbaren Erfolgen geführt, wo durch eine vorausschauende Gewerbeflächenpolitik auch kurzfristigen Ansiedlungswünschen unterschiedlichster Branchen entsprochen werden konnte.

So muss in Bremen der Standort Güterverkehrszentrum (GVZ) ständig weiter verdichtet werden, um der enormen Nachfrage nach Logistikimmobilien nachkommen zu können. Die Perspektive, das GVZ mit dem angrenzenden Neustädter Hafen zu vernetzen, sollte daher konsequent weiterverfolgt werden. Auch im Gewerbepark Hansalinie ist die positive Entwicklung unübersehbar. Die weitere Erschließung steht an.

Demgegenüber gibt es Gebiete – wie der Technologiepark Universität oder das BWK-Gelände –, in denen auf Grund fehlender Flächen, mangelnden Planungsfortschrittes oder unsicherer Planungsgrundlagen die weitere Entwicklung mit Widerständen behaftet ist.

Überseestadt: Dynamik und Adressbildung

Die inzwischen sichtbare und erlebbare Umnutzung der *Alten Hafenreviere* rechts der Weser hat das Stadtbild im Bremer Westen nachhaltig verändert. Dadurch hat der Wirtschaftsstandort Bremen insgesamt deutlich an Profil und Ausstrahlung gewonnen. Die Überseestadt kann inzwischen als Beispiel für die gelungene Revitalisierung großflächiger brachliegender Gewerbeareale dienen. Einschließlich der

direkten Anbindung zur Innenstadt hat Bremen sämtliche notwendigen Erschließungsinfrastrukturen fertiggestellt. Jetzt geht es darum, dieses hochattraktive Areal, dessen besondere Vorzüge in der auten Infrastruktur sowie der Nähe zu Wasser und Innenstadt liegen, bundes- und europaweit zu vermarkten. Entscheidend ist dabei, dass die Chancen der Adressbildung durch neue städtebauliche Akzente genutzt werden. Die Überseestadt sollte als moderner Gewerbe- und Dienstleistungsstandort beworben werden. Gleichzeitig müssen die Entwicklungsmöglichkeiten der bestehenden Industrie- und Gewerbebetriebe - insbesondere im Holz- und Fabrikenhafen sowie in den innenstadtnäheren Arealen Speicherhof, Muggenburg und Stephanikirchenweide - gewahrt bleiben.

Der inzwischen vollständig vermietete Speicher I sowie die in Realisierung befindlichen oder fest projektierten Vorhaben Schuppen 2, Port 2, Hafenhochhaus, KaffeeQuartier sowie EWE-Hochhaus belegen, dass sich die Überseestadt auf einem sehr guten Weg befindet.

GVZ Bremen – führend in Deutschland

Das Güterverkehrszentrum (GVZ) Bremen hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1985 zum bundesweit erfolgreichsten Projekt dieser Art in Deutschland entwickelt. Es stellt inzwischen eine auch überregional bedeutsame Drehscheibe zwischen Schiene, Straße und den bremischen Häfen dar. Mehr als 130 Unternehmen mit rund 5.300 Beschäftigten haben sich bis heute auf einer Fläche von mehr als 360 Hektar im GVZ angesiedelt. Die Nachfrage nach Logistikimmobilien in diesem Bereich ist ungebrochen. Eine interessante Zukunfts-

perspektive für das GVZ ergibt sich aus einem 2006 vorgelegten Masterplan für den nahegelegenen Neustädter Hafen, der eine engere räumliche Verknüpfung dieser beiden logistischen Zentren anstrebt. Für beide Bereiche könnte eine gemeinsame Entwicklungsstrategie sowohl zu einer Aktivierung zusätzlicher Flächen als auch zur Nutzung von Synergien in einem Logistikzentrum links der Weser beitragen.

Zukunftskonzept in Bremerhaven

Mit dem neuen Flächennutzungsplan, den die Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven am 18. Mai 2006 beschlossen hat, sollen die Weichen für eine räumliche Stadtentwicklung im nächsten Jahrzehnt gestellt werden. Die Anforderungen der Zukunft verlangen auch nach einer noch besseren Vermarktung der elf Gewerbe- und Industriegebiete mit einer zurzeit erschlossenen Fläche von 175 Hektar.

Fast jede Kommune kann heute mit einem Gewerbegebiet (oder mit mehreren) punkten. Die bloße Existenz garantiert aber noch keinen Wettbewerbsvorteil - noch dazu, wenn sich eine Stadt wie Bremerhaven in einer geographischen Randlage befindet. Bremerhavener Flächen müssen daher von den konkurrierenden Flächenangeboten alternativer Standorte abgegrenzt werden. Deshalb setzen die politischen Entscheidungsträger und die für die Vermarktung zuständigen Fachleute der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) auf eine stärkere Profilierung ausgewählter Flächen für bestimmte Branchen.

An diesen Standorten soll es zu einer Themenbildung und Spezialisierung kommen.



Aufstrebender Standort: das Gewerbegebiet Airport-Stadt. Es gehört zu den bevorzugten Gewerbeflächen in Bremen.

Der Strukturwandel soll in Bremerhaven auf diese Weise aktiviert werden. Die Effizienzgewinne einer solchen Clusterbildung kommen dabei den bereits ansässigen Unternehmen wie auch den Neuansiedlungen zugute.

Vier Gewerbegebiete mit besonderer Priorität

Mit dieser Strategie wurde ein erfolgreicher Weg beschritten. 2005 konnte die BIS mit acht Hektar doppelt so viele Gewerbeflächen verkaufen wie im Vorjahr. Die Summe der von den Unternehmen angekündigten Investitionen verdreifachte sich gegenüber 2004 auf 20,8 Millionen Euro. Gewachsen ist auch die Nachfrage nach vermieteten Gewerbeflächen in der Stadt. 2005 hatte die BIS 103 solcher Verträge abgeschlossen. Im Jahr zuvor waren es noch 92. Durch die Bemühungen der BIS im Bereich der Gewerbeflächenvermietung wurde fast die doppelte Fläche gegenüber 2004 vermarktet.

Aus der Clusterbildung ergibt sich in Nord-Süd-Richtung eine thematische und funktionale Gliederung des Stadtgebietes in die Bereiche Hafen und Logistik im Norden, dem verarbeitenden Gewerbe mit Schwerpunkt Fisch- und Lebensmittelwirtschaft sowie der Regionalflugplatz Bremerhaven mit seinem flughafenaffinen Gewerbe im Fischereihafen und Windenergie/Neue Energie im Süden der Stadt sowie logistikbezogene Gewerbegebiete an den Anschlussstellen Geestemünde und Wulsdorf.

In Bremerhaven werden gegenwärtig vier Gewerbegebiete mit besonderer Priorität behandelt und beworben: Von den 306 Hektar des so genannten LoginPorts Bre-

merhaven können noch 120 Hektar genutzt werden. Unter dem Oberbegriff LoginPort werden die drei Gebiete Industrieund Dienstleistungsgebiet Carl-Schurz-Gelände, Industriegebiet Weddewarden Ost und Industriegebiet Speckenbüttel vermarktet. Als große Vorzüge gelten dabei die Nähe zur sieben Kilometer entfernten Autobahn und die Anbindung an die Hafengleise der Bahn. Das Gewerbegebiet grenzt also unmittelbar an den Überseehafen mit seinem Containerterminal und den Autoumschlagskajen. Für die Ansiedlung im LoginPort kommen vor- und nachgelagerte Betriebe sowie Verwaltungs- und Vermarktungsniederlassungen internationaler Firmen in Frage, die sich mit dem Autoumschlag oder dem Containerumschlag befassen. Hintergrund dieses Nutzerkonzeptes ist die Überlegung, dass die Loco-Quote Bremerhavens erhöht werden muss - und dieses durch eine Clusterbildung im Bereich hafennahes Gewerbe, Logistik, Transport sowie hafenbezogene und logistische Dienstleistungen möglich würde.

Innovationsmotor Küstenautobahn

Vor allem auf dem Gelände der ehemaligen Carl-Schurz-Kaserne und im Industriegebiet Weddewarden Ost steht noch ein großer Teil der Flächen zur Verfügung. Damit diese Situation möglichst bald geändert werden kann, soll ein Masterplan die infrastrukturellen Voraussetzungen festlegen. Große Erwartungen verknüpfen die Stadtverordnetenversammlung, der Magistrat und die Vermarkter von der BIS an den Bau der Küstenautobahn A 22. Durch ihn wird sich nach Einschätzung maßgeblicher Experten die strategische Hafenfunktion Bremerhavens deutlich verbessern.

Auch den Markt für autobahnnahes Gewerbe in Bremerhaven wird die A 22 nach Auffassung der Fachleute zukünftig erheblich verstärken. Dies gilt insbesondere für das neue Autobahnkreuz zwischen der A 22 und der A 27. das südlich der Seestadt gebaut würde. Bisher werden in Bremerhaven relativ wenige Flächen direkt an der Autobahn angeboten. Am Grollhamm geht es um 12,2 und am Autohof um 5,6 Hektar. An der Porisstraße und im Bereich Zur Hexenbrücke wurden 2,5 beziehungsweise 2,4 Hektar hergerichtet. Im Umfeld der Müllbehandlungsanlage (Zur Hexenbrücke) finden Industriebetriebe aus dem Bereich der Entsorgung und des Rohstoffrecyclings ideale Bedingungen vor. Logistikbezogene Dienstleistungsunternehmen dürften sich für das Gewerbegebiet Autohof interessieren. Gerade die Errichtung eines Autohofs an der A 27 wird auf Grund des hohen Lkw-Verkehrsaufkommens und des Ferien- und Wochenendverkehrs an die Nordsee als sinnvoll erachtet. Porisstraße und Am Grollhamm eignen sich vorrangig für Firmen des Großhandels sowie aus dem Verkehrs- und Logistiksektor.

Leistungsfähiges Angebot an Gewerbeflächen im Land Bremen

Die vielfältigen Flächen in Bremen bieten eine Grundstücksauswahl, die sowohl den Anforderungen für Neuansiedlungen entspricht als auch die Bestandspflege der ansässigen Unternehmen ermöglicht. Abgesehen von den Gewerbegebieten GVZ und Überseestadt stehen in Bremen beispielsweise im Gewerbegebiet Hansalinie, im Bremer Industrie-Park, im Industrie- und Gewerbegebiet Bremer Vulkan, im Gewerbegebiet Bayernstraße, im Gewerbegebiet Farge-Ost, in der Airport-Stadt oder im Gewerbegebiet Huckelriede vielfältige Gewer-



Gewerbegebiet Fischereihafen: Hier konzentriert sich die Lebensmittelverarbeitung in Bremerhaven.

beflächen für unterschiedliche Nutzungen zur Verfügung. Dabei sprechen die einzelnen Standorte zielgerichtet unterschiedliche Branchen und Betriebsgrößen an. Ingesamt kann Bremen dem Markt derzeit 150 Hektar Gewerbeflächen zur Verfügung stellen. Der Erfolg dieser Strategie kann daran abgelesen werden, dass 2006 rund 30 Hektar Gewerbeflächen in Bremen für neue Unternehmen oder für die Erweiterung von bestehenden Unternehmen veräußert wurden.

Im Gewerbegebiet Fischereihafen konzentriert sich in Bremerhaven die Lebensmittelverarbeitung. In dieser Hinsicht hat Bremerhaven erfreuliche Rekorde zu vermelden: Der Fischereihafen ist der größte Fischanlandeplatz Deutschlands, und das Kompetenzzentrum der Nahrungsmittelindustrie beheimatet das europaweit größte Verarbeitungszentrum für Tiefkühlfisch.

Der Schwerpunkt der Lebensmittelverarbeitung liegt auf der Fischverarbeitung dem bedeutsamsten Industriezweig der Seestadt mit rund 40 Prozent aller Industriebeschäftigten. Außerdem sind im Gewerbegebiet Fischereihafen Unternehmen aus dem Verbrauchsgütersektor zuhause. Weiteres Potenzial sehen die Vermarkter von der BIS bei der Verschiffung von Offshore-Windenergieanlagen und anderen Großanlagen.

Von den insgesamt 90,5 Hektar des Gewerbegebietes Fischereihafen können noch 31,3 Hektar erworben werden. Davon befindet sich der Großteil im Bereich des südlichen Fischereihafens (23 Hektar). Der größte Pluspunkt für die meisten ansiedlungswilligen Unternehmen dürfte die unmittelbare Nähe zum Fischereihafen sein. Aber ihre Mitarbeiter und Geschäftspartner können auch von der Anziehungskraft des *Schaufensters Fischereihafen* profitie-

ren: Nicht mehr benötigte Fischhallen wurden in eine Bummel- und Flaniermeile verwandelt mit vielfältigen gastronomischen, kulturellen und sonstigen Angeboten.

Das Gewerbegebiet Fischereihafen wird zonenweise vermarktet. Dies bedeutet: Im nördlichen Teil lassen sich bevorzugt dienstleistungsbezogene sowie forschungs- und technologieorientierte Betriebe nieder; dort ist auch der touristische Bereich platziert. Die eigentliche Fisch- und Lebensmittelverarbeitung erfolgt im mittleren Teil. Die Vermarktungsstrategie beruht darauf, dass der nördliche Teil (Fischereihafen Nord, Riedemannstraße, Biotechnologiezentrum Bio Nord) in die Forschungs- und Entwicklungszone Bremerhaven einbezogen wird. Ferner wird die Dienstleistungsnutzung unter anderem mit wissenschaftlichen und technologischem Schwerpunkten nachhaltig unterstützt. Hier spielen der zweite Bauabschnitt des Biotechnologiezentrums und die Forschungs- und Entwicklungsanlage für Aquakultur am Fischereihafen I eine wichtige Rolle.

Direkter Nachbar des Gewerbegebietes Fischereihafen ist das Industriegebiet Luneort, das an das einzelhandelsstarke Gewerbegebiet Bohmsiel grenzt. In Luneort sollen künftig 60 Hektar bereitstehen: In der ersten Baustufe wurden 20 Hektar ausgewiesen. Diese Flächen werden dem Cluster "Großanlagenbau für erneuerbare Energien" zugeordnet. Als Schwerpunkt werden dabei Anlagen der Offshore-Windenergiebranche definiert: In Luneort soll das norddeutsche Kompetenzzentrum für die Produktion und Montage von Offshore-Windkraftanlagen geschaffen werden. Dieses Industriegebiet wird exakt auf die Bedürfnisse der Fertigung und Montage von Windkraftanlagen zugeschnitten. Standortvorteile sind die direkte Lage an der Autobahn und die Nähe zum Wesertunnel,

aber auch die Möglichkeit, Großanlagen über den Fischereihafen zu verschicken.

Die Investoren in Luneort greifen auf die gut ausgebaute Infrastruktur in Sachen Windenergie zurück, mit der Bremerhaven aufwarten kann. Zum Beispiel wird in Bremerhaven die erste Fünf-Megawatt-Windkraft-Testanlage für den Einsatz auf hoher See betrieben. Diese und weitere Aktivitäten werden von der Forschungs- und Koordinierungsstelle an der Hochschule Bremerhaven vernetzt.

Erweiterungsmöglichkeiten sind durch die Übertragung der Luneplate gegeben, die überwiegend als Kompensationsfläche für den Containerterminal CT 4 verwendet werden soll. 200 Hektar dieser vom Land Niedersachsen abgetretenen Fläche sollen gewerblich genutzt werden. Dadurch wird die verkehrstechnische Erschließung des Industriegebietes Luneort verbessert.

Alles in allem können Bremen und Bremerhaven im Vergleich zu anderen Regionen mit einem attraktiven Angebot an Gewerbeflächen überzeugen. Zugleich gilt es aber, die Erschließung leistungsfähiger Gewerbegebiete für die Zukunft fortzuführen. Mit ihren Angeboten sind beied Städte für die aktuelle Nachfrage nach Gewerbegebieten gerüstet. Neben echten Neuansiedlungen muss es jedoch auch Ziel bremischer Wirtschaftsförderung bleiben, den Firmenbesatz in bestehenden Gewerbearealen zu pflegen und hiesigen Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten am bisherigen Standort aufzuzeigen.

Leistungsbilanzen Bremen_Bremerhaven

Standortpolitik

Bremen

Häfen in Bremen und Bremerhaven - von Rekord zu Rekord

2006 haben die bremischen Häfen ein herausragendes Umschlagsergebnis erzielt. Mit einem Gesamtumschlag von ca. 64 Millionen Tonnen wurde das Rekordergebnis von 2005 um rund zehn Millionen Tonnen übertroffen. Damit hat sich der Gesamtumschlag in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Nahezu alle Umschlagsbereiche und auch beide Hafengruppen in Bremen und Bremerhaven verzeichneten Umschlagszuwächse im deutlich zweistelligen Bereich. So hat die Hafengruppe Bremen-Stadt - bestehend insbesondere aus dem Holz- und Fabrikenhafen, den Industriehäfen und dem Neustädter Hafen - mit einem Wachstum von rund 20 Prozent und einem Umschlag von über 15 Millionen Tonnen das beste Ergebnis seit 1989 erreicht. Mit einem Umschlagsplus von rund 20 Prozent auf rund 4,4 Millionen Standardcontainereinheiten (TEU) haben die bremischen Häfen zudem im Containerumschlag alle Wettbewerber in Nordeuropa hinter sich gelassen und mehr Marktanteile gewonnen.

Hafeninvestitionen fit für die Zukunft

Der Ausbau der bremischen Häfen wurde 2006 spürbar vorangetrieben. Einige Projekte befinden sich bereits in der Bauphase, andere werden noch planerisch vorbereitet. Parallel hierzu wird die perspektivische Entwicklung der Häfen mit Masterplänen für einzelne Hafenteile untersucht. Dabei geht es sowohl um die Optimierung des Nutzens der bestehenden Infrastrukturen als auch um eine noch engere Verzahnung mit nachgelagerten logistischen Strukturen.

CT 4 Sichtbarstes Ergebnis der Ausbaumaßnahmen in den Häfen war die Einweihung des ersten Liegeplatzes des neuen Containerterminals CT 4 am 20. Oktober 2006. Die Arbeiten kommen deutlich zügiger voran als erwartet, so dass der letzte der insgesamt vier Liegeplätze voraussichtlich bereits im April 2008 - und damit neun Monate früher als geplant - übergeben werden kann. Angesichts der Wachstumsraten im Containerverkehr, die unverändert alle Prognosen übertreffen, können die bremischen Häfen damit deutlich früher als andere Häfen in Nordeuropa zusätzliche Umschlagskapazitäten bereitstellen und haben die Chance, ihre Marktposition weiter auszubauen.

Wendestelle Am 10. September 2006 lief das mit 398 Metern Länge und 56,4 Metern Breite mit Abstand größte Containerschiff der Welt, die Emma Maersk, auf ihrer Jungfernfahrt den Containerterminal Bremerhaven an. Möglich wurde dies nur durch eine in Rekordzeit geplante und ausgeführte Erweiterung der Wendestelle vor dem Terminal. In nicht einmal einem Jahr wurde das Planfeststellungsverfahren durchgeführt und das Projekt realisiert. In einer weiteren Baustufe soll die Wendestelle parallel zu der für 2007 vorgesehenen Vertiefung der Außenweser-Fahrrinne um etwa einen Meter vertieft werden. Dann können Containerschiffe mit bis zu 13,8 Metern Tiefgang tideunabhängig ein- und auslaufen.

Kaiserschleuse Bremerhaven gehört zu den wichtigsten Autohäfen der Welt. Gutachterprognosen sagen einen weiteren kontinuierlichen Zuwachs des Autoumschlags voraus. Als Engpass stellt sich dabei zunehmend die Schleusung der mehr als 1.000 Schiffe dar, die jedes Jahr die Autoterminals anlaufen. Neben der Nordschleuse steht hierfür nur die 1897 erbaute Kaiserschleuse zur Verfügung, die nicht mehr den Anforderungen der Seeschiffahrt entspricht. Um die Zuverlässigkeit Bremerhavens als führende Automobildrehscheibe dauerhaft zu sichern, soll die

Kaiserschleuse deshalb erneuert und ausgebaut werden. Dabei wird mit einer Kammerlänge von 305 Metern und einer Durchfahrtsbreite von 55 Metern sichergestellt, dass die Schleuse auch dem künftigen Schiffsgrößenwachstum gerecht wird. Bis 2010 soll das derzeit größte Projekt dieser Art in Europa (Investitionsvolumen ca. 233 Millionen Euro) realisiert werden. Auf Grund des hohen Anteils an vor- und nachgelagerten Arbeiten rund um den Automobilumschlag wird Bremerhaven nachhaltig von dieser Maßnahme profitieren.

Osthafen In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Automobilumschlag über die bremischen Häfen mehr als verdoppelt. Für diesen anhaltenden Mengenzuwachs ist auch der Ausbau der Umschlagskapazitäten erforderlich. Hierfür werden im Osthafen Ende 2006 drei neue Liegeplätze für Car-Carrier der neuesten Generation fertig gestellt. Die Landfläche für den Umschlag wird um 60.000 qm ausgeweitet.

Infrastrukturausbau für weiteres Wachstum

Zur Beschleunigung des Infrastrukturausbaus insbesondere für die deutschen Seehäfen hat der Deutsche Bundestag Ende Oktober 2006 für viele Projekte in diesem Bereich Planungserleichterungen mit dem sog. Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz beschlossen. Zudem ist der Ausbau der seewärtigen Zufahrten und der Hinterlandanbindung der Seehäfen ein Schwerpunkt des gleichzeitig vorgestellten "Investitionsrahmenplans von 2006 bis 2010 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes".

Weserausbau Die zügige Anpassung der Außen- und Unterweser ist für die Zukunft der bremischen Hafenwirtschaft von elementarer Bedeutung. Der Ausbau der Außenweser für das künftige Standardschiff des internationalen Containerverkehrs und die Vertiefung der Unterweser für eine Verbesserung des Auslastungsgrades der Massengutschiffe mit Ziel Bremen sind für die Wettbewerbsfähigkeit der Hä-



Die bremischen Häfen gehören zu den wichtigsten Autohäfen der Welt.

fen unerlässlich. Obwohl die Planfeststellungsverfahren bereits eingeleitet wurden und die Maßnahmen vom Bund und vom Land Niedersachsen nachdrücklich unterstützt werden, ist noch mit erheblichen Widerständen zu rechnen. Dies macht eine weitere nachhaltige Unterstützung der Vorhaben erforderlich. In Kooperation mit anderen Kammern und Verbänden entlang der Weser hat die Handelskammer gemeinsam mit den Ländern Bremen und Niedersachsen sowie dem Bundesverkehrsministerium die Informations- und Kommunikationskampagne "Zukunft Weser" (www.zukunftweser.de) entwickelt. Sie soll dazu beizutragen, diese Maßnahme zu unterstützen und Informationsdefizite in der Region auszuräumen.

Der Binnenschifffahrtsweg Mittelweser von Bremen nach Minden ist der Zugang der Seehäfen an der Weser zum Mittellandkanal und damit die Verbindung zum deutschen Wasserstraßennetz. Bereits seit 1994 ist der Ausbau dieser Strecke für das heute übliche Großmotorgüterschiff vorgesehen. Inzwischen liegen konkrete Planungen für die Fertigstellung bis zum Jahr 2009 bzw. 2012 vor. Es wird nun darauf ankommen, die tatsächliche Realisierung des Ausbaus sicherzustellen.

A 281 Die Vollendung des Autobahnringes durch die A 281 ist für Bremen ein zentrales wirtschaftspolitisches Projekt. Mit der A 281 werden der Flughafen, das Güterverkehrszentrum und der Neustädter Hafen direkt an das Autobahnnetz angebunden. Darüber hinaus eröffnet dieser Autobahnring die Möglichkeit einer sternförmigen Erschließung der Stadt und damit auch die Minimierung der Fahrten durch die Stadt. Entscheidend für diese Funktion der A 281 ist die Schließung des Autobahnringes um Bremen durch den 4. Bauabschnitt, die Weserquerung. Dabei ist unstrittig, dass ihre Realisierung allein über den Bundesverkehrshaushalt auf lange Sicht nicht zu erwarten ist. Für die Umsetzung kommt daher nur eine privatwirtschaftliche Finanzierung in Betracht. Für den Erfolg eines derartigen Betreibermodells ist es jedoch unbedingt erforderlich, die Bau- und Betriebskosten möglichst gering zu halten, um die Mauthöhe und damit die Akzeptanz dieser neuen Verkehrsbeziehung sicherzustellen. Die Handelskammer hat sich daher für einen kurzen Tunnel als einzig realistische Variante eingesetzt und die zuständigen Stellen aufgefordert, die Planungen in diesem Sinne voranzutreiben.

Hafenanbindung Cherbourger Straße Damit die Containerterminals in Bremerhaven besser an das übergeordnete Straßennetz angebunden werden können, ohne das sensible logistische Gefüge zu stören, benötigt der Hafen eine optimale Straßenführung, deren wichtigster Teil die Cherbourger Straße ist. Damit sich diese nicht zu einem Flaschenhals entwickelt, ist eine zukunftsorientierte Lösung notwendig. Die gefundene Lösungsvariante Halboffener Trog mit der Unterguerung der Langener Landstraße und der Wurster Straße erfüllt aus Sicht der IHK Bremerhaven die zwingend erforderliche Kapazitätsanpassung. Der Bau einer leistungsfähigen Anbindung des Containerterminals an die A 27 wird rund 100 Millionen Euro kos-ten, die vollständig vom Bund übernommen werden. Die Fertigstellung ist bis zum Jahre 2010 vorgesehen.

Innerstädtische Verkehrsprojekte - damit der Verkehr fließt

2006 konnten einige wichtige innerstädtische Verkehrsprojekte realisiert oder spürbar vorangebracht werden: So verschafft die vollendete Innenstadtanbindung der Überseestadt einschließlich Straßenbahnverbindung der östlichen Hafenvorstadt eine optimale verkehrliche Erschließung, die zur Adressbildung beiträgt und die Vermarktungschancen weiter verbessert. Die Umgestaltung des Leibnizplatzes war - wie befürchtet - lange Zeit mit großen Verkehrsbehinderungen verbunden. Das Ergebnis mag zwar optisch ansprechen und die Umsteigebeziehungen per Straßenbahn optimieren, eine Verbesserung für den city-orientierten motorisierten Individualverkehr ist aber nicht zu erkennen.

Nach langer und für den ansässigen Einzelhandel schwieriger Bauzeit wurde im Spätherbst 2006 auch die Vegesacker Stra-Be in Walle weitgehend fertiggestellt. Vom aufgewerteten Fußgängerbereich profitiert das Nebenzentrum. Eine ähnliche Planung und Straßenraumoptimierung wurde zwischenzeitlich für die benachbarte Wartburgstraße auf den Weg gebracht. In Bremen-Nord wurde der Umbau der Friedrich-Humbert-Straße abgeschlossen, deren Erscheinungsbild aus stadtplanerischer Sicht ebenfalls verbessert wurde.

Seit Ende 2005 liegt ein Planfeststellungsbeschluss für den weiteren Ausbau der Schwachhauser Heerstraße vor. Auf Basis eines städtebaulichen Kompromisses wurde eine stadtverträgliche Vierspurigkeit im Straßenzug planfestgestellt. Auf Grund der vorgesehenen Straßenraumprofile sowie der geringen Lkw-Anteile kann ausgeschlossen werden, dass der betrachtete Stadtstraßenzug den Charakter einer Stadtautobahn oder Lkw-Trasse erhält. Es muss weiterhin Ziel sein, den Ausbau der in diesem Bereich maroden Schwachhauser Heerstraße sowie die Sanierung der Eisenbahnbrückenbauwerke entschlossen und ohne falsche Rücksichtnahme auf tagespolitisches Kalkül zu realisieren.

Ein Großprojekt der kommende Jahre wird der Ausbau der Hans-Bredow-Straße sein. Dieses Vorhaben erfüllt die langjährige Forderung der Wirtschaft nach einer Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit des Gewerbegebietes Bremer Kreuz sowie des Weserparks und des angrenzenden Einzelhandels. Zusammen mit der Verwaltung und den ausführenden Ingenieur- und Bauunternehmen versucht die Handelskammer, die Belastungen während der Bauzeit in einem zumutbaren und kontrollierbaren Umfang zu halten.



(links) CT 4: Politik und Wirtschaft feiern den neuer Liegeplatz im Containerhafen; (rechts) das neue Parkhaus in der Langenstraße



Im Planfeststellungsverfahren befindet sich der weitere Ausbau des Autobahnzubringers Überseestadt, der zwischen A 27 und Verteilerkreis Utbremen um eine Spur je Fahrtrichtung erweitert werden soll. Baubeginn für dieses vermutlich mit der ohnehin anstehenden Sanierung des Flyovers einhergehende Vorhaben soll Mitte 2007 sein.

Logistik-Initiative: Bremen wird zum Kompetenzzentrum Logistik

In engem Schulterschluss mit der Handelskammer hat Wirtschaftssenator Jörg Kastendiek die Initiative Kompetenzzentrum Logistik Bremen ins Leben gerufen. Sie zielt darauf ab, den für das Bundesland Bremen zentralen Wirtschaftsfaktor Logistik strukturell, qualitativ und konzeptionell weiterzuentwickeln. Als anerkannter Experte und Kopf dieser Initiative, die maßgeblich von der Kieserling-Stiftung unterstützt wird, wurde Dr. Hanspeter Stabenau zum Logistikbeauftragten des Landes Bremen ernannt. Geplant ist, die branchenbezogenen Aktivitäten und Kompetenzen zu bündeln und die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass Bremen bundesweit eine Vorzeigeregion in Sachen Logistik wird. Schon heute lassen sich rund 2.000 Unternehmen unmittelbar dem Transport- und Logistiksektor zurechnen, 85.000 Arbeitsplätze sind logistikabhängig.

Verkehrs- und wirtschaftsgeographisch ist Bremen der ideale Standort für unternehmerische Entscheidungsfunktionen in nahezu allen Belangen von Groß- und Außenhandel, Transport und Hafenumschlag. Zudem gibt es hervorragende Entwicklungschancen für Firmen in den Bereichen Distribution, Kommissionierung, Transport, Lagerung und Versand sowie in der Verknüpfung mit der Produktion. Dies wurde durch den ersten Bremer Logistiktag der Kieserling-Stiftung im April 2006 eindrucksvoll unterstrichen.

Transport- und Logistikwirtschaft im Blick

Die Handelskammer hat in insgesamt neun Informationsveranstaltungen mit rund 850 Teilnehmern über unternehmensstrategische sowie tagesaktuelle Themen der Transport- und Logistikwirtschaft informiert. In der gemeinsamen Veranstaltungsreihe "Modernes Fuhrparkmanagement -Innovationen für das Verkehrsgewerbe" der Handelskammer, der BIA Bremer Innovations-Agentur GmbH und des Landesverbands Verkehrsgewerbe Bremen (LVB) wurden die Themen "Marketing in der Logistik" sowie "Rating und Zertifizierung in der Transportbranche" behandelt sowie ein Ausblick auf zukünftige "Strategien und Innovationen in der Logistik" gewagt.

In zwei Sitzungen des Arbeitskreises Gefahrgut ging es um Neuerungen im Gefahrgutrecht (ADR 2007) sowie um das Thema "Gefahrgutkontrolle im Seeverkehr". Auf gesonderten Veranstaltungen hat die Handelskammer die bremische Wirtschaft über die neuen Logistik-AGBs sowie die Einführung des digitalen Tachographen informiert. Gleich zweimal wurden im Schütting die Umbaupläne für die Hans-Bredow-Straße sowie deren Auswirkungen auf die Gewerbebetriebe am Bremer Kreuz vorgestellt und diskutiert.

Bremen-Nord - Foren zu Regionalkooperation und EU-Regionalförderung

Im Mittelpunkt der Dialog-Foren am 17. Oktober und 14. Dezember 2006, zu denen die Handelskammer gemeinsam mit dem Wirtschaftsrat und dem Industrie-Forum Bremen-Nord in die Strandlust Vegesack geladen hatte, standen die Themen "Regionalkooperation" und "Neue EU-Regionalförderung". Dabei wurde deutlich, dass Bremen-Nord eng und wechselseitig mit seinem unmittelbaren Umfeld verbunden ist. Gemeinsame Wachstumschancen und strukturpolitische Impulse für diese Region dürfen nicht von Verwaltungsgrenzen beeinträchtigt werden. Gerade strukturpolitisch besteht weiterhin ein Unterstüt-

zungsbedarf für Bremen-Nord, das zu Recht auch im Fokus von EU-Fördermitteln stehen muss.

Als standortpolitischen Erfolg wertet die Handelskammer die Entwicklungsplanungen für den Science-Park sowie das BWK-Gelände, die Raum schaffen für Unternehmensneuansiedlungen unterschiedlicher Branchen. Überaus erfreulich ist die inzwischen begonnene Umgestaltung des Vegesacker Marktplatzes. Mit zeitgleicher Fertigstellung der Markthalle ergeben sich für das Mittelzentrum Vegesack neue Perspektiven.

Innenstadt und Stadtteilzentren weiter aufgewertet

Auch 2006 wurden mit dem Zentrenprogramm weitere Maßnahmen zur Aufwertung der Innenstadt und der Stadtteilzentren getroffen oder in ihrer Planung vorangebracht. Dazu gehören u. a. die Fertigstellung des Parkhauses in der Langenstraße, die Fortführung des Beleuchtungskonzeptes für die Innenstadt oder die Neugestaltung der Wachmannstraße. Herauszuheben ist auch die Entscheidung der Anlieger des Ansgarikirchhofs, den Platz in Abstimmung mit dem Stadtamt und in Kooperation mit der Cityinitiative in Zukunft selbst zu verwalten und mit Aktionen zu beleben. Dieses Beispiel kann wegweisend werden, um auch andere Plätze in der Innenstadt und den Stadtteilzentren attraktiver zu gestalten. Für die Zukunft wird nun zu beachten sein, dass auch die übrigen im Zentrenprogramm zugesagten Maßnahmen, beispielsweise die Umgestaltung der Carl-Ronning-Straße, zügig angegangen und verwirklicht werden.

Tourismus entwickelte sich positiv

Die Tourismusbranche in Bremen verzeichnete im ersten Halbjahr 2006 mit plus 10,5 Prozent (705.610 Übernachtungen) deutliche Zuwächse bei den Übernachtungen. Dieses positive Ergebnis beruht vor allem auf der Vielzahl internationaler Großveranstaltungen, mit denen Bremen



Spektakuläres Projekt: Die Havenwelten in Bremerhaven mit dem Atlantic Hotel Sail City als künftiges markantes Wahrzeichen.

im ersten Halbjahr aufwarten konnte. Die Tischtennisweltmeisterschaft und der RoboCup waren zwei der internationalen Sportevents, die zu diesen hervorragenden Zahlen beitrugen. Dies zeigt erneut, wie stark der Einfluss von Großveranstaltungen auf die Übernachtungszahlen und damit auf einen der wichtigsten Erfolgsfaktoren für die Tourismusbranche ist.

Für das Jahr 2007 ergeben such aus der Ansiedlung von Ryanair am Bremer Flughafen neue Chancen für die Tourismuswirtschaft. Bremen wird daraus aber nur dann den optimalen Nutzen erzielen können, wenn für das Marketing an den Zielorten entsprechende Mittel zur Verfügung stehen. Die Freie Hansestadt muss selbst Zielort werden. Umso wichtiger erscheint es, dass man sich auf Landesebene Gedanken zur Zukunft der touristischen Entwicklung im Rahmen eines Landestourismusprogramms macht. Bremen braucht auch im Wachstumsmarkt Tourismus eine Richtungsentscheidung für die Zukunft, um sich in diesem umkämpften Markt auch zukünftig erfolgreich platzieren zu können.

Bremerhaven

Havenwelten: Symbol des **Bremerhavener Strukturwandels**

Mehrere Grundsteinlegungen dokumentierten im September 2006, dass es mit dem neuen innerstädtischen Quartier Havenwelten in Bremerhaven ernst wird. Ab 2008 soll es eine in dieser Form noch nicht da gewesene Kombination aus Wohnen, Einkaufen, Freizeit, Tourismus und unterhaltsamer Wissensvermittlung präsentieren. Bereits begonnen wurde mit dem Bau des Atlantic Hotels Sail City und des Klimahauses 8° Ost, mit einem Baubeginn für das Einkaufs-und Freizeitzentrums Mediterraneo ist Anfang 2007 zu rechnen. Diese Einzelvorhaben sind wichtige Mosaiksteine des Gesamtprojektes, über das in unterschiedlichen Varianten seit mehr als einem Jahrzehnt diskutiert und gestritten wurde.

Eine Fülle von Vorhaben Die Protagonisten der Havenwelten sind zuversichtlich, zumal sich das Projekt nicht auf Hotel, Klimahaus und Mediterraneo beschränkt. Sie rechnen noch zahlreiche andere Elemente dazu, vor allem das im vergangenen Sommer eingeweihte Deutsche Auswandererhaus, das Deutsche Schifffahrtsmuseum, das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), das Historische Museum und die Hochschule, ferner die Büro-Funktionsgebäude Time Port I und Time Port II, die neue Marina mit insgesamt 200 Yacht- und Bootsliegeplätzen sowie die wieder eröffnete Schleuse zum Neuen Hafen. Diese Einrichtungen sind nicht weit von dem 40 Hektar großen Areal entfernt, auf dem Hotel, Klimahaus und Mediterraneo bis Frühjahr 2008 entstanden sein sollen.

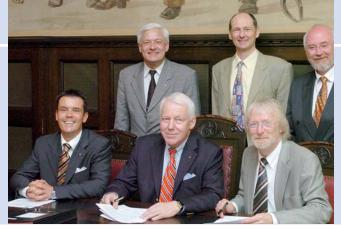
Dieses Gelände hat Geschichte: Dort, in Bremerhavens bester Lage, liegen die beiden ältesten Hafenbecken der Stadt, der Alte und der Neue Hafen. Hafenwirtschaftlich genutzt wurden sie zuletzt vor drei Jahrzehnten. Rund um diese beiden Hafenbecken werden in Form von Havenwelten Tourismus, Kultur, Freizeit, Wohnen und Gewerbe kombiniert. Dies soll in erster Linie dem Tourismus im Großraum Bremerhaven Auftrieb geben und andere Wirtschaftsbereiche in der kleinsten Großstadt an der deutschen Nordseeküste kräftig beleben.

Bislang wurden (und werden) in das spektakuläre Projekt Havenwelten 270 Millionen Euro investiert - im Zuge einer Public-Private-Partnership, an der neben dem Land Bremen und der Seestadt Bremerhaven die Atlantic Hotel Sail City GmbH, die Klimahaus Betriebsgesellschaft mbH und die AVW Immobilien AG aus Buxtehude beteiligt sind.

Atlantic Hotel Sail City Der wahrscheinlich auffälligste Bestandteil der Havenwelten ist das Atlantic Hotel Sail City. Dieses Vier-Sterne-Haus soll dem Bundesland Bremen durch seine Höhe von rund 100 Metern das markanteste Hochhaus bescheren - und zugleich das neue Wahrzeichen von Bremerhaven bilden. Architektonisch wird der 20-stöckige Bau - ein Entwurf des Bremer Architekturbüros Klumpp – an ein dem Meer zugewandtes, sich aufblähendes Segel erinnern. In luftiger Höhe von etwa 80 Metern soll eine öffentliche Besucherplattform verankert sein. Unter dem Hotel wird eine Tiefgarage über zwei Etagen für knapp 640 Stellplätze sorgen. Die gesamte Tiefqarage wurde für die Dauer eines Vierteljahrhunderts an die Städtische Parkgesellschaft Bremerhaven (STÄPARK) vermietet. Die STÄPARK fungiert also als Betreiberin.

Ab dem neunten Obergeschoss wird das Hotelgebäude für Bürozwecke genutzt. Ankermieter auf einer Fläche von 6.000 gm ist die Hafengesellschaft bremenports GmbH & Co. KG. Das oberste Geschoss wird Captains Lounge genannt und soll Veranstaltungen und Firmenevents vorbehalten bleiben. Die Lounge wird von der Hotel-Betriebsgesellschaft in Eigenregie betrieben.

Klimahaus 8° Ost Attraktiv weit über die Grenzen Bremerhavens hinaus soll auch das Klimahaus 8° Ost sein. Die Klimahaus Betriebsgesellschaft mbH geht von 600.000 Besuchern jährlich aus und stützt sich dabei auf ihre Erfahrungen mit dem Universum Science Center Bremen. Dies hat sich seit der Eröffnung im September 2000 zu einem Besuchermagneten entwickelt. Die Gäste im Bremerhavener Klimahaus sollen spielerisch und leicht verständlich, aber stets wissenschaftlich fundiert erfahren, wie sich das Leben an unterschiedliche Klimazonen angepasst hat. Auf mehr als 11.500 qm und in 122 Ausstellungsräumen werden eine stürmische Hallig, alpine Schweizer Landschaften, das (rechts) Kammer und Hochschule freuen sich über ihren Partnerschaftsvertrag: (v.l.) WJ-Sprecher Harden, IHK-Hauptgeschäftsführer Stark, IHK-Präsident Brüggemann, Professor Feldmeier, Hochschulrektor Stockemer, IHK-Geschäftsführer Johannsen. (unten) Die regionale Wirtschaft hat einen Förderverein für die Küstenautobahn gegründet.





mediterrane Sardinien, die Wüste des Niger, die tropischen Regenwälder Kameruns, die Eiseskälte der Antarktis oder subpolares Klima auf St. Lawrence-Island in Bremerhaven versammelt. Durch faszinierend gestaltete Lebensräume soll es von der Wesermündung einmal um die Welt gehen (www.bean-bremerhaven.de).

Mediterraneo Eine besondere Anziehungskraft soll auch das Einkaufs- und Freizeitzentrum Mediterraneo entfalten. Durch seine Geschäfte und Restaurants unter einem lichtdurchfluteten Glasdach wird es südländisches Lebensgefühl auf einem hohen Niveau zum Ausdruck bringen, beispielsweise durch Mode und Wohnaccesoires aus Italien und Frankreich. Das Mediterraneo ist eine bewusste Inszenierung, um das Kundenbedürfnis nach Erlebnis zu befriedigen und den Produkten und Dienstleistungen der vertretenen Geschäfte eine ideale Plattform zu geben.

Insgesamt umfasst das Mediterraneo eine Mietfläche von etwa 8.600 gm, von denen 6.600 gm dem Einzelhandel und der Rest der Gastronomie bereitgestellt werden. Rund 40 Betriebe sollen sich ansiedeln. Kalkuliert wird mit 1,5 bis 1,8 Millionen Besuchern jährlich. Diese sollen zu jeweils einem Drittel aus der Stadt, der Region und sonstigen Teilen Deutschlands kommen. Sofern das Konzept aufgeht, ist die Umsetzung an anderen inländischen Standorten vorgesehen; das Mediterraneo in Bremerhaven dient also als Referenzobjekt und soll den Einzelhandel in der wenige hundert Meter vom Alten/Neuen Hafen liegenden Fußgängerzone ergänzen. Eine gläserne Verbindung wird daher die City und die künftigen Attraktionen zusammenführen.

Förderverein "Pro A 22 e. V.": Einsatz für die Küstenautobahn

2006 kam der Förderverein "Pro A 22 e. V." in seinem Engagement für den Bau der Küstenautobahn gut voran. Der Förderverein, dessen Geschäftsstelle von der IHK

Bremerhaven betreut wird, stellte 2006 seinen aktualisierten Internet-Auftritt unter www.pro-a22.com vor. Unterstützt wurde er bei seiner Arbeit durch die Broschüre "Freie Fahrt für die Küstenautobahn – für wachsende Mobilität in Europa". Sie wurde von der Initiative Maritimer Standort Nordwest herausgegeben und geht in Frageund Antwort-Form auf die wesentlichen Argumente der Skeptiker und Gegner des Projektes ein.

Damit die Küstenautobahn zügig realisiert werden kann, müssen die Bürger und Entscheidungsträger der Region auch weiterhin klar erkennbar hinter dem Bauvorhaben stehen. Dies hatte auch der niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrsminister Walter Hirche verdeutlicht, als er in Jade im Landkreis Wesermarsch auf einer Informationsveranstaltung des Fördervereins das Hauptreferat hielt. In seiner Rede skizzierte der Minister die Bedeutung der A 22. Sie sei ein "wichtiges Schlüsselprojekt für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes" und ein entscheidendes Bindeglied im transeuropäischen Fernstraßennetz.

Während sich die Veranstaltung mit Minister Hirche in Jade in erster Linie an Multiplikatoren richtete, ist die neue Veranstaltungsreihe "10 x 11,3 Kilometer" des Fördervereins ein Angebot zum Dialog mit der Öffentlichkeit. Bei insgesamt zehn Veranstaltungen im 113 Kilometer großen Planungsraum der A 22 erläutern die Befürworter ihre Positionen. Die erste Station der war im Oktober 2006 der Kulturhof Heyerhöfen in Beverstedt.

Jade-Weser-Port: Eurogate ist Betreiber

Die Container-Gesellschaft Eurogate wird den künftigen Tiefwasserhafen JadeWeser-Port betreiben. Die größte europäische Containerumschlagsgesellschaft erhielt den Zuschlag für die nächsten 40 Jahre. Der JadeWeserPort soll spätestens 2010 in Betrieb gehen. 2,7 Millionen Standardcontainer (TEU) pro Jahr sollen dort umge-

schlagen werden; so würde der Jade-Weser-Port unter den deutschen Container-Häfen auf dem dritten Platz rangieren. Emanuel Schiffer, Vizepräsident der IHK Bremerhaven, mahnte unterdessen, dass nach dieser Entscheidung der Bau der Küstenautobahn A 22 beschleunigt vorangetrieben werden müsse.

Preis für das Designlabor Bremerhaven

Das Designlabor in Bremerhaven, eine Einrichtung der Bremer Design GmbH, wurde im 2006 mit dem IF communication Design Award für exzellentes Design des International Forum Design Hannover ausgezeichnet. Damit wurde das Projekt "Pier der Wissenschaft" gewürdigt. Es war als Ausstellungsprogramm zur Stadt der Wissenschaft 2005 entstanden. Allein diese Containerausstellung zog 18.000 Besucher an. Dabei setzten die Gestalter unter anderem auf eine variable Ausstellungsarchitektur und ein markantes Corporate Design in Signalfarben.

Partnerschaftsvertrag mit der Hochschule

Die IHK Bremerhaven und die Hochschule Bremerhaven haben 2006 einen neuen Partnerschaftsvertrag geschlossen. Erstmals war die Zusammenarbeit 1994 vertraglich fixiert worden. 2006 wurde konkret vereinbart, dass bereits erfolgreich eingeführte Gemeinschaftsprojekte fortgesetzt werden sollen. Dies bezieht sich zum Beispiel auf das Weiterbildungsstudium "Communication Center Management", auf eine Praktikantenplatzbörse und auf das Mitwirken von Hochschulangehörigen in IHK-Ausschüssen und ähnlichen Gremien. Weiterhin betrieben werden unter anderem auch Vorbereitungskurse für die Ausbildereignungsprüfung für Studenten durch IHK-Dozenten, gemeinsame Umfrageaktionen, Vortragsveranstaltungen und das Verbundforschungsvorhaben "Internationalisierung von KMU im norddeutschen Raum".



Ministerpräsident Wulff (hier im Gespräch mit Bürgermeister Röwekamp, IHK-Hauptgeschäftsführer Stark und IHK-Präsident Brüggemann) auf dem IHK-Gästeabend



DIHK-Präsident Braun (I.) traf bei seinem Besuch in Bremerhaven mit IHK-Präsident Brüggemann zusammen.

Darüber hinaus wurde eine vertiefte Kooperation auf unterschiedlichen Gebieten besiegelt, darunter die Entwicklung berufsbegleitender Aus- und Weiterbildungsangebote und die Einrichtung von Stiftungsprofessuren durch die regionale Wirtschaft. Bei der Vertragsunterzeichnung erklärte Hochschulrektor Professor Josef Stockemer: "Als regionale Hochschule verpflichten wir uns mit diesem Bündnis dazu, dass wir den Anforderungen der regionalen Wirtschaft und den Bedürfnissen des regionalen Arbeitsmarktes noch stärker Rechnung tragen." Dies beziehe sich sowohl auf die Erstausbildung akademischer Führungsnachwuchskräfte als auch darauf, dass sie durch bedarfsorientierte Weiterbildungsangebote im Berufsleben begleitet werden. In diesem Bemühen wird die Hochschule maßgeblich von der IHK unterstützt.

Ministerpräsident Wulff beim Gästeabend der IHK

Hauptredner des Gästeabends 2006 der IHK Bremerhaven war der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff. Er bekannte sich zu einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und Bremen. Hingegen erteilte er einer immer wieder diskutierten Fusion der beiden Länder eine klare Absage. Den Bürgern des Nordwestens und ihren Vertretern empfahl der Ministerpräsident, sie sollten "ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen". Dies gelte nicht zuletzt für das Themengebiet der Häfen und Logistik: Statt eines "Gegeneinanders von Wilhelmshaven und Cuxhaven, Cuxhaven und Emden oder Emden und Bremerhaven" sei das gemeinsame Wahrnehmen hafenpolitischer Interessen durch die Länder Niedersachsen und Bremen erforderlich - in Konkurrenz zu internationalen Häfen wie Rotterdam oder Antwerpen. Um diese Konkurrenzfähigkeit zu gewährleisten, muss nach Wulffs Meinung die Küstenautobahn A 22 schnell verwirklicht, die Weser vertieft und der JadeWeserPort als Ergänzung zum CT 4 und nicht als Mitbewerber betrachtet werden.

Claus Brüggemann ist neuer IHK-Präsident

Claus Brüggemann ist seit Anfang 2006 neuer Präsident der IHK Bremerhaven. Er trat die Nachfolge von Peter H. Greim an, der Vizepräsident der Kammer bleibt. Die Arbeit im Präsidium der Kammer ist für Präsident Brüggemann, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bremerhaven, kein Neuland. Denn ihm gehört er bereits seit mehr als zehn Jahren an. Anlässlich seiner Vorstellung gegenüber der Presse stellte der Präsident fest, dass die Stimmung sowohl bei den Bürgern als auch bei den Unternehmern in Bremerhaven immer besser werde. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen steige wieder. Zu großen Hoffnungen berechtigten unter anderem die touristischen Planungen am Alten und Neuen Hafen sowie die Projekte in der südlichen Innenstadt. Das Fazit von Claus Brüggemann: "Wir sind aus dem Tunnel raus." Positiv in diesem Zusammenhang ist nach seiner Auffassung, dass Bremerhaven weiterhin vollständiges Regionalfördergebiet bleibt und es nicht zu den befürchteten höheren Fördersätzen im Bremerhavener Umland kommt.

DIHK-Präsident Braun zu Gast bei der IHK

Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), war zu Gast bei der IHK Bremerhaven. In seinen Ausführungen vor den Mitgliedern der Vollversammlung stellte Präsident Braun vor allem die Bedeutung des Ehrenamtes und der Selbstverwaltung der Wirtschaft heraus. Nach dem Referat und einem anschließendem Pressegespräch wurde der DIHK-Präsident auf dem Konvent willkommen geheißen. Dort sprach er über "Familienfreundliche Unternehmenspolitik". Hier geht Braun mit seinem eigenen Unternehmen, der B. Braun Melsungen AG, als Vorbild voran. Dort werden zahlreiche Modelle praktiziert, die berufstätigen Eltern diese Doppelfunktion erleichtern und die schnelle Rückkehr in den Beruf nach der Geburt eines Kindes ermöglichen sollen. Auch kleinere und mittelgroße Unternehmen könnten sich ähnliche Schritte inner- und außerhalb der Firmengrenzen überlegen, bekräftigte Braun.

Veranstaltungsreihe "Bremerhaven im Aufbruch"

Mit vier Veranstaltungen zu den Themen Windenergie, Maschinen- und Anlagenbau, Tourismus/Dienstleistungen sowie einer Abschluss-Zusammenkunft im November 2006 zum Thema "Neue Unternehmen und Dienstleister" wurde die Veranstaltungsreihe "Bremerhaven im Aufbruch: Wirtschaft investiert in Bremerhaven" weitergeführt. Ziel der gemeinsamen Veranstaltungsreihe der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) und der IHK ist es, einem Kreis von Multiplikatoren aus Medien, Wirtschaft und Politik zu zeigen, dass Bremerhaven über außerordentlich leistungsfähige wirtschaftliche Bereiche verfügt. Dokumentiert wurde, dass viele Unternehmen an den Standort Bremerhaven glauben, dort investieren und Arbeitsplätze schaffen. BIS und IHK erklärten zur "Philosophie" der Veranstaltungsreihe: "Dass Bremerhaven sich im Aufbruch, das heißt im Strukturwandel, befindet, wird an vielen Stellen sichtbar in dieser Stadt. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass die Leistungsstärke unserer Wirtschaft auch nach draußen dokumentiert wird." Bei jeder der Veranstaltungen stellten mehrere Firmenvertreter ihre Unternehmen vor, nutzten die Veranstaltung also als werbewirksame Plattform. Zuvor hielt ein Senator ein Einführungsreferat.



Familienministerin Ursula von der Leyen zu Besuch in der Handelskammer, hier zu sehen mit Vizepräses Lamotte.



Mittelstand, Innovation, Umwelt

Bremen

Mittelstandsenquête - Unterstützung für Unternehmen

Die positive Resonanz aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu den Ergebnissen einer Untersuchung von 2002 bis 2004 zur Stärkung der mittelständischen Wirtschaft in Bremen machte Mut. Daher haben die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven gemeinsam mit dem Senator für Wirtschaft und Häfen, dem Förderverein für Mittelstandsforschung, der Wolfgang-Ritter-Stiftung und den Unternehmensverbänden im Lande Bremen im März 2005 eine Folgeenquête für die Jahre 2005 bis 2007 in Auftrag gegeben, mit dem Ziel, einer systematischen Analyse der Situation des bremischen Mittelstands und der Mittelstandspolitik in Bremen.

Es soll nicht bei der Analyse bleiben. Anspruch der Mittelstandsenquête ist es, gegenüber Politik und Verwaltung deutlich zu machen, wie das Umfeld für den Mittelstand durchgreifend verbessert werden kann. Deshalb wurde neben der Durchführung weiterer Vergleichsstudien ein Monitoring-Prozess geschaffen, der die bisherigen Handlungsempfehlungen der Enquête auf den Stand der Umsetzung überprüft. In dem Monitoring wurde unter anderem auch der Abstimmungsprozess zur Umsetzung des neuen Mittelstandförderungsgesetzes begleitet, das die Bremische Bürgerschaft im März 2006 beschlossen hat.

Im März 2006 konnten detaillierte Handlungsempfehlungen für eine Verbesserung der Eigenkapitalbeschaffung kleiner und mittlerer Unternehmen in Bremen verabschiedet werden; im Mai 2006 wurden Vorschläge zur Verbesserung der Förderinstrumente für die Unternehmensnachfolge erarbeitet und im November 2006 wurde der erste Entwurf einer Studie zur Weiterentwicklung des Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft vorgestellt. Die gesammelten Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Folge-Enquête sollen voraussichtlich Ende 2007 der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Der Mittelstand auf dem Weg ins Ausland

Angesichts einer schwächeren Binnenkonjunktur hat sich der Außenhandel in den vergangenen Jahren immer mehr zu einem Wachstumsträger auch von kleinen und mittleren Unternehmen entwickelt. Bei den zweiten Bremer Unternehmertagen am 5. und 6. Oktober 2006 bildeten deshalb die Chancen, aber auch die Risiken der immer schneller voranschreitenden Globalisierung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen den thematischen Schwerpunkt. Die Unternehmertage werden gemeinsam von der International University Bremen, der Universität Bremen und der Handelskammer Bremen organisiert. Neben Vorträgen zu Themen wie "Marketingprobleme bei der Internationalisierung" oder das "Controlling des Internationalisierungsprozesses" wurden die rund 100 Teilnehmer in Workshops und Podiumsdiskussionen über den Eintritt in ausländische Märkte informiert.

"Beruf und Familie": Ministerin von der Leyen zu Gast in Bremen

Familienfreundliche Personalpolitik hat sich längst zu einem wichtigen Thema der betrieblichen Wirtschaftsförderung entwickelt. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des zunehmenden Fachkräftemangels in den Unternehmen ist Familienfreundlichkeit auch der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaftsregion Bremen. Hierzu zählen die positiven betriebswirtschaftlichen Effekte. Familienfreundliche Unternehmen haben einen Vorteil, weil ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motivierter und die Fehlzeiten niedriger sind; auch die Fluktuation ist geringer.

Daher hat sich die Handelskammer dem bundesweiten "Lokalen Bündnis für Familie" angeschlossen und in Bremen bereits im Mai 2005 die Ziele des Bremer Bündnisses für Familie mit unterzeichnet. Darüber hinaus engagiert sie sich im "Bremer Verbundprojekt Beruf und Familie". Dieses Projekt verfolgt das Ziel, Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen des Landes und der Unternehmen zu machen. Im Vordergrund steht das Audit familienfreundlicher Unternehmen der Hertie-Stiftung. Mit mittlerweile 22 zertifizierten Unternehmen belegt das Land Bremen in der Familienfreundlichkeit bundesweit einen Spitzenplatz.

Einen Höhepunkt war der Besuch der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, im Oktober 2006 in der Handelskammer. In ihrem Vortrag ging die Bundesministerin auf das Thema "Erfolgsfaktor Familie – Strategie für soziales und ökonomisches Handeln" ein. In einem Podiumsgespräch präsentierten engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer positive Beispiele aus Bremen.



(v.l.) Robotik wird in Bremen großgeschrieben: Mr. RoboCup, Ubbo Visser vom TZI mit BIG-Chef Ulrich Keller und Wirtschaftssenator Kastendiek



IUB-Präsident Professor Treusch, Klaus J. Jacobs und Sohn Christian: Die Mega-Spende des früheren Kaffeeunternehmers sichert das Überleben der Eliteuniversität, die künftig Jacobs University Bremen heißen wird.

Millionenförderung für die **International University Bremen**

Die weltweit in der Bildung und Jugendentwicklung tätige Schweizer Jacobs Foundation investiert 200 Millionen Euro in die International University Bremen (IUB), die künftig Jacobs University Bremen heißen wird. Mit jährlich 15 Millionen Euro werden in den nächsten fünf Jahren Forschung und Lehre der in Europa einzigartigen Campus-Universität mitfinanziert. Nach erfolgreicher Profilierung wird die Foundation im Jahre 2011 zusätzlich 125 Millionen Euro bereitstellen, um ein wettbewerbsfähiges Ausbildungs- und Forschungsniveau dauerhaft zu gewährleisten. Als Ziel nannte Klaus J. Jacobs für das Investment seiner Foundation, junge Menschen gleich welcher Herkunft praxisnah mit Blick auf die gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft auszubilden. Er betonte, dass mit dieser Förderung ein Signal dafür gesetzt werden solle, was privates Engagement zu leisten imstande ist.

Die neuen finanziellen Möglichkeiten der IUB in Verbindung mit dem Zukunftskonzept des neuen IUB-Präsidenten Prof. Dr. Joachim Treusch tragen künftig wesentlich dazu bei, das Profil Bremens als herausragender Wissenschaftsstandort überregional und international weiter zu schärfen.

Mobile City Bremen: europaweit einzigartiges Cluster

Bremen ist in Deutschland eine der ersten Adressen im Bereich der Mobile Solutions. In einem europaweit einzigartigen Cluster bündelt dei Hansestadt Forschung, Entwicklung, Test und Vermarktung mobiler Produkte und Dienstleistungen. So ist das mit Unterstützung der Handelskammer am 15. März 2006 eröffnete Mobile Solution Center das Schaufenster der Mobile City Bremen. Es ist eine Public-Private-Partnership zwischen dem Mobile Research Center und der Mobile Solution Group GmbH. Das Mobile Solution Center fungiert als Schnittstelle für den Technologietransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und

wird gemeinsam von der Mobile Solution Group GmbH, einem Verbund von Unternehmen mit Focus auf mobile Lösungen, und dem Mobile Research Center, einem interdisziplinären Forschungsverbund von über 100 Wissenschaftlern der Hochschulen in Bremen und Bremerhaven, betrieben. Unter einem Dach stellen Unternehmen neue mobile Lösungen vor. Die Wissenschaft präsentiert aktuelle Entwicklungen anhand von Prototypen. Der Schwerpunkt liegt auf der Darstellung konkreter Anwendungsbereiche mobiler Produkte und Technologien, um die zahlreichen Einsatzmöglichkeiten anschaulich zu demonstrieren. Ziel des Zusammenschlusses ist es, wirtschaftlich marktfähige Produkte gemeinsam mit der Wissenschaft auf einem hohen technischen Niveau zu entwickeln.

RoboCup: Bremen als Hochburg der Robotik

Bremen war vom 14. bis 20. Juni 2006 Austragungsort der RoboCup-Weltmeisterschaft. Mehr als 2.600 Teilnehmer aus 40 Nationen präsentierten auf 52 Spielfeldern ihr Können in den unterschiedlichen Ligen. Die Handelskammer organisierte zusammen mit der Hochschule Bremen einen von der Wirtschaft gesponserten Programmierwettbewerb für Schüler, Auszubildende und Studierende, bei dem "Bodenschätze" gesucht werden mussten. In einer begleitenden Veranstaltung wurden neue Innovationsstrategien und Visionen aufgezeigt, an denen schon heute Bremer Unternehmen beteiligt sind.

Um den Technologiestandort Bremen weiter zu stärken, ist Robotik ein Schwerpunkt im Förderprogramm des Landes Bremen. Ein spezielles Robotikprogramm, das von der Handelskammer begleitet wird, fördert mit Ideenwettbewerben die Zusammenführung von Bremer Unternehmen und Hochschulen. Ein weiterer Höhepunkt ist die Einrichtung eines Labors des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) an der Universität Bremen. Das vom Land Bremen unterstützte

Labor beschäftigt sich vor allem mit der Unterwasser- und Weltraumrobotik. Für die Erforschung des Weltraums und der Unterwasserwelt sollen autonome Fahrzeuge und in Zukunft auch intelligente Roboter entwickelt werden.

Abzugsfähigkeit der **Umsatzsteuer auf Abwasser**

Seit mehr als vier Jahren setzt sich die Handelskammer dafür ein, dass Bremer Unternehmen künftig auf ihren Abwasserrechnungen die Umsatzsteuer ausgewiesen wird, um diese als Vorsteuer absetzen zu können. Die gemeinsame Initiative mit bremischen Unternehmen startete im August 2002. Zwischenzeitlich wurden zahlreiche Gespräche mit Politik und Verwaltung geführt und unterschiedliche Modellvarianten geprüft, die die Einführung des Umsatzsteuerausweises ermöglichen sollen. Immer wieder trugen Senat und Politik verwaltungsrechtliche, steuerrechtliche oder haushaltspolitische Bedenken vor. In einer entscheidenden Sitzung des Bremer Senats am 1. August 2006 wurde richtungsweisend beschlossen, dass die Abwasserentsorgung künftig so organisiert werden soll, dass für Gewerbetreibende der Umsatzsteuerausweis auf Abwasserrechnungen erfolgen soll. Moderiert durch die Handelskammer wurde gemeinsam mit Unternehmensvertretern auf eine schnelle Umsetzung gedrängt. Derzeit werden auf Basis eines im November 2006 vorgestellten Gutachtens die steuerrechtlichen Fragen geklärt. Sofern die rechtlichen Möglichkeiten gegeben sind, wird die Handelskammer eine rasche Umsetzung einfordern.

EcoStep: Bremen führt bei der **Umsetzung von UM-Systemen**

EcoStep ist ein integriertes Managementsystem, das sich an den Inhalten der Qualitäts-, der Arbeitsschutz- und der Umweltmanagementsysteme orientiert. Es wurde speziell für die Bedürfnisse von Unternehmen bis 100 Mitarbeiter entwickelt. In Bremen wurde der Aufbau von EcoStep über ein von der Europäischen Union ge-

Leistungsbilanzen

fördertes Pilotprojektes unterstützt. Die Handelskammer hat sich maßgeblich für die Entwicklung und Einführung von Eco-Step in Bremen eingesetzt. Mit EcoStep konnten die teilnehmenden Unternehmen Verbesserungspotenziale wie beispielsweise Einspar- und Optimierungsmöglichkeiten identifizieren und weiterentwickeln. Der betriebliche Umweltschutz kann damit zu einem Qualitäts- und Wettbewerbsfaktor entwickelt werden.

Betriebe, die den Energie- und Wasserverbrauch oder die Abfallmenge verringern, tragen zum Umweltschutz bei und senken zugleich ihre Betriebskosten. Im September 2006 wurden die ersten Betriebe aus Bremen und Niedersachsen für ihr umweltbewusstes Handeln und für die erfolgreiche Teilnahme und Einführung des Managementsystems EcoStep in der Handelskammer mit Urkunden ausgezeichnet. Bremen steht damit in Deutschland an der Spitze der EcoStep-Betriebe.

Änderungen im Umweltund Energiebereich

Veränderungen gesetzlicher Regelungen auf EU- und Bundesebene erfordern oftmals schnelle betriebliche Anpassungen in den Unternehmen. Um Fristen einhalten und sich auf gesetzliche Änderungen rechtzeitig einstellen zu können, hat die Handelskammer im Umweltbereich federführend Veranstaltungen unter anderem zum Elektroaltgerätegesetz, der Stoffverbots-Richtlinie RoHS, der Pfand-Neuregelung und der Neuordnung des europäischen Chemikalienrechts (REACH) angeboten. Diese Veranstaltungen boten den Teilnehmern die Möglichkeit zum Wissensaustausch untereinander und mit hochrangigen Referenten aus Wissenschaft und Wirtschaft, um sich vor In-Kraft-Treten der gesetzlichen Regelungen auf mögliche Veränderungen vorbereiten zu können.

Steigende Energiekosten zwingen Unternehmen, über Möglichkeiten zur Senkung des Energiebedarfs nachzudenken. Die Handelskammer hat daher 2006 verstärkt auch die Themen Energieeffizienz, Contracting und Energiemanagement in Veranstaltungen aufbereitet. Seit April 2006 wird im Bundesland Bremen erstmals eine Weiterbildung zum Energiemanager angeboten. Die Entwicklung und Organisation erfolgte durch die Handelskammer.

Broschüre "Betriebsbeauftragte in der Wirtschaft"

Das Betriebsbeauftragtenwesen stellt für viele kleine und mittlere Betriebe ein Problem dar. Immer wieder taucht die Frage auf, welche Beauftragten im Unternehmen zu bestellen sind, wie sie zu bestellen sind und welche Aufgaben sie wahrnehmen müssen. Um die Arbeits- und Umweltschutzauflagen in einem Unternehmen zu gewährleisten, hat der Gesetzgeber unterschiedliche Betriebsbeauftragte festgelegt. Ist die Verantwortlichkeit zum Beispiel im Umweltschutz nicht näher geregelt, übernimmt diese in der Regel der Geschäftsführer - entweder bewusst dadurch, dass er gegenüber der Behörde benannt ist, oder unbewusst auf Grund der Generalverantwortung. Die Beauftragten sind Teil innerbetrieblicher Vollzugssysteme zur Einhaltung von rechtlichen Bestimmungen, vor allem im Bereich des Umwelt- und Arbeitsschutzes.

Die Handelskammer hat eine Broschüre zum Beauftragtenwesen erarbeitet, die als Nachschlagewerk eine gute Unterstützung bei der täglichen Arbeit bietet. Sie gibt Hinweise auf die Rechtsgrundlagen, die Bestellung der Beauftragten, deren Aufgaben und Rechte, die geforderte Qualifikation. Mustervorlagen zur Bestellung, Infos über die die jeweils zuständigen Behörden und wichtige Adressen sind ebenfalls enthalten.



Kühlhaus der BLG in Bremerhaven

Bremerhaven

Projekt "Chill On": Lückenloser Tiefkühl-Transport

In Bremerhaven wurde 2006 das Projekt "Chill On" der Europäischen Union vorgestellt. Ziel ist ein integriertes Konzept für die Tiefkühlkost-Transportkette, das die gesamte und durchgängige Kontrolle der Lebensmittelqualität garantiert. So soll die Rückverfolgbarkeit der gesamten Lebensmittelversorgungskette vom Einzelhandel bis in die Produktion gewährleistet werden. Auf Bremerhaven als Ort der Präsentation fiel die Wahl, weil das Technologie-Transfer-Zentrum (ttz) in der Seestadt dieses Großprojekt zur Lebensmittelsicherheit koordiniert. Beachtlich ist auch das Gesamtbudget von "Chill On", das bei 16 Millionen Euro liegt. Zunächst wird vier Jahre lang geforscht. Beteiligt sind 23 Partner aus 13 Ländern.



(link) Vizepräses Roggemann zeichnet eine Auszubildende mit dem Hermann-Leverenz-Preis aus

Aus- und Weiterbildung

Bremen

Ausbildungsplätze in Bremen – es geht voran!

In den vergangenen Jahren verzeichnete die Handelskammer immer neue Erfolge bei der Einwerbung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Auch 2006 setzte sich diese positive Entwicklung fort. Unterstützt wurde die Arbeit der Handelskammer von unterschiedlichen Partnern, insbesondere vom Ausbildungsbüro in der Handelskammer (EXAM), der Initiative Beratung – Qualifizierung - Akquise (BQA), die ebenfalls in den Räumen der Handelskammer Bremen ihren Sitz hat, der Initiative Türkisch-Europäisches Wirtschaftsforum (TEWIFO) und der Agentur für Arbeit. Getragen wurde diese Arbeit vom Willen, möglichst allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen 2006 wieder ein Ausbildungsangebot zu machen. Der Vernetzungsgrad in Bremen ist im bundesweiten Vergleich einmalig. Hier macht sich nicht nur das Knowhow aller Beteiligten, sondern das "Land der kurzen Wege" bemerkbar. Entscheidungen können schnell zwischen allen Beteiligten abgestimmt werden.

Besonderes Augenmerk legten die Ausbildungsberater der Handelskammer auf die 2006 neu eingeführten Berufe: die Servicefachkräfte für Dialogmarketing, die Kaufleute für Dialogmarketing, die Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung und die Fachkräfte für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice. Auch wenn die Zahl der neu eingetragenen Verträge in diesen Bereichen derzeit noch nicht hoch ist, so ist die Information über die neuen Ausbildungsmöglichkeiten einer wichtiger Schritt zu einer höheren Ausbildungsbeteiligung in diesen Bereichen.

Im Bereich der Groß- und Außenhandelskaufleute hat die Handelskammer in 2006 insgesamt 220 neue Verträge eintragen. Dies entspricht einem Anteil von 6,7 Prozent an den Gesamteintragungen. Bei den Speditionskaufleuten wurden 209 Verträge eingetragen (6,4 Prozent). In der Lagerlogistik lag die Zahl der Neueintragungen bei 169 Verträgen (5,1 Prozent).

Veranstaltungen rund um die Ausbildung

Bewährte Top-Job Auch 2006 bot die Handelskammer eine Reihe von Aktionen rund um das Thema Ausbildung an. Den Anfang machte vom 9. bis 11. Februar 2006 die Top-Job im Weserpark. Mit knapp 150.000 Besuchern hat sich diese Veranstaltung zu einem Publikumsmagneten entwickelt. Die Berufsorientierungsmesse bot den Jugendlichen nicht nur Information rund um das Thema Ausbildung, sondern auch die Möglichkeit, mit den Unternehmen direkt in Verhandlungen über Ausbildungsplätze zu treten. Auch Eltern und Großeltern, die die Entscheidungen ihrer Kidner bzw. Enkelkinder über die Ausbildung häufig begleitet, haben sie an den drei Tagen auf der Top-Job informiert.

Flughafen und Haven Höövt Weiter ging es mit der Flughafenmesse vom 5. bis 6. Mai 2006. Wie schon 2005 wurde diese Berufsorientierungsmesse über die Initiative *JOB4U* mit Radio Bremen Vier, der Agentur für Arbeit und der Handwerkskammer veranstaltet. Schwerpunkte waren außerdem: Bewegung, Gesundheit und Prävention. Vom 20. bis 23. September 2006 fand im Bremer Norden die Berufsorientierungsmesse im Einkaufszentrum Haven Höövt statt. Diese Veranstaltung wurde ebenfalls mit der Handwerkskam-

mer Bremen, der Agentur für Arbeit und Radio Bremen Vier unter dem Mantel der Initiative *JOB4U* ausgerichtet. Das Interesse an dieser Veranstaltung war, wie auch in den Vorjahren, groß.

Ausbildungsbüro – eine Erfolgsgeschichte

Das Ausbildungsbüro in der Handelskammer ist zwischenzeitlich im dritten Jahr tätig. Es akquiriert bei Unternehmen Ausbildungsplätze und unterstützt die Unternehmen in allen Fragen der administrativen Abwicklung eines Ausbildungsverhältnisses. Sehr schnell hat sich gezeigt, dass die Unternehmen Wert darauf legen, für ihre angebotenen Ausbildungsplätze auch geeignete Jugendliche genannt zu bekommen. Das Ausbildungsbüro ist daher dazu übergegangenen, Jugendliche vor der Vermittlung in Unternehmen zu testen, was als zusätzlicher Service bei den Unternehmen hervorragend ankommt. Das Ausbildungsbüro sollte im jahr 2006 rund 90 Ausbildungsplätze neu oder zusätzlich einwerben. Insgesamt wurden 324 Plätze akquiriert; es wurden außerdem 40 Bewerbertests mit 777 Teilnehmern vorgenommen.

Migration und Ausbildung

Die Handelskammer hat 2006 einen besonderen Fokus auf die Ausbildung Jugendlicher mit Migrationshintergrund gelegt. Die Zusammenarbeit mit der von der AWO getragenen Initiative Beratung – Qualifizierung – Akquise (BQA) wurde weiter intensiviert und zum Vorteil der Jugendlichen und der ausbildenden Unternehmen mit der Arbeit der Handelskammer eng vernetzt. Vertreter der Handelskammer haben am 12. Juli 2006 die Mevlana Moschee in Gröpelingen und am

Sie wurden in Berlin als Superazubis ausgezeichnet: (v.l.) Andreas Schander, Deutschlands bester Mikrotechnologe, und Alper Öz, der den besten Abschluss als Isolierfacharbeiter errang.





25. November 2005 die Fatih Moschee in Gröpelingen besucht, um dort interessierten Jugendlichen und deren Eltern Chancen und Perspektiven einer dualen Berufsausbildung aufzuzeigen.

Beitrag zum Bürokratieabbau: Übertragung von Zuständigkeiten

Möglichkeiten zur Eindämmung von Bürokratie hat die Reform des Berufsbildungsgesetzes ergeben. Danach wurden die Landesregierungen ermächtigt, durch Rechtsverordnung bestimmte Zuständigkeiten auf die Kammern zu übertragen. Hiervon hat der Senator für Bildung und Wissenschaft Gebrauch gemacht; in Aussicht gestellt hat er der Handelskammer Zuständigkeiten im Hinblick auf die Feststellung der Eignung der Ausbildungsstätte, die Zuerkennung der fachlichen Eignung, die Überwachung der Eignung, des Untersagens des Einstellens und Ausbildens sowie der Untersagung der Berufsausbildungsvorbereitung. Jetzt sind die notwendigen landesgesetzlichen Voraussetzungen für die Übertragung zu schaffen. Damit werden in Zukunft die Verfahrensabläufe für die Unternehmen spürbar beschleunigt.

Siegertypen: Erstmals wurden die besten Azubis bundesweit gekürt

2006 wurden zum ersten Mal die bundesweit besten Absolventen der Abschlussprüfungen in Berlin geehrt. Bundeskanzlerin Angela Merkel gratulierte 212 jungen Menschen zu ihren hervorragenden Leistungen. Aus Bremen hatten sich sieben Jugendliche qualifiziert. Besonderes Gewicht erhält die Zahl, wenn man bedenkt, dass Bremen am Gesamtaufkommen der in Deutschland im Bereich der Industrie- und

Handelskammern eingetragenen 300.000 Ausbildungsverhältnisse nur einen Anteil von rund einem Prozent hat. In Bremen wird also hervorragend ausgebildet.

Ehrung für hervorragende junge Kaufleute

Die von der Handelskammer betreute Hermann-Leverenz-Stiftung hat im vergangenen Jahr 23 junge Kaufleute für ihre hervorragenden Leistungen in den kaufmännischen Abschlussprüfungen ausgezeichnet. Vizepräses Jürgen Roggemann, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Stiftung, überreichte die Preise an 13 Kauffrauen und zehn Kaufmänner. Die Stiftung hat damit seit ihrer Gründung insgesamt 984 junge Kaufleute für ihre hervorragenden Leistungen ausgezeichnet.

Internet: Neuer Bereich für Ausbilder

Um den Ausbildern in den bremischen Betrieben aktuelle Informationen zur Ausund Weiterbildung rund um die Uhr anzubieten, hat die Handelskammer in ihrem Internetangebot einen speziellen Bereich für Ausbildungsbetriebe eingerichtet. Dort finden die Unternehmen exklusive und aktuellste Informationen zu allen Fragen der Ausbildung.

Bremer Qualitätssiegel für Berufsorientierung in Schulen

Berufsorientierung ist für Jugendliche ein wichtiger Baustein auf dem Weg von der Schule in den Beruf. Die Frage, ob in den allgemeinbildenden Schulen eine qualitativ hochwertige Berufsorientierung geleistet wird, liegt der Handelskammer daher besonders am Herzen. So hat sie am 7. März 2006 im Haus Schütting 15 Schulen aus Bremen und Bremerhaven mit dem Bre-

mer Qualitätssiegel "Schule mit vorbildlicher Berufsorientierung" ausgezeichnet. Das Qualitätssiegel wurde durch Bildungssenator Willi Lemke und Handelskammer-Präses Dr. Patrick Wendisch verliehen. Die Verleihung ist Teil der Arbeit im regionalen Pakt für Ausbildung und wird von einer bremischen Gemeinschaftsinitiative und der Bertelsmann Stiftung getragen.

Weiterbildung – eine lebenslange Aufgabe

Ständig wandelnde Anforderungen der Wirtschaft und die Notwendigkeit der Arbeitnehmer, flexibel auf die sich ändernden Bedarfe zu reagieren, rücken das Stichwort "lebensbegleitendes Lernen" in den Fokus. Die Handelskammer bietet Weiterbildungsprüfungen in allen Segmenten der Anpassungs- und Aufstiegsfortbildung an. Ein besonderes Augenmerk legt sie auf die IHK-Zertifikatslehrgänge, mit denen flexibel auf spezielle Bedarfe der Unternehmen reagiert werden kann.

So wurde im Jahr 2006 mit dem Deutschen Jugendherbergswerk unter Beteiligung der DIHK-Bildungs-Gesellschaft für berufliche Bildung mbH ein Zertifikatslehrgang entwickelt, der es dem Jugendherbergswerk ermöglicht, alle Herbergsleitungen in der Bundesrepublik Deutschland auf Grundlage dieses Konzeptes zu schulen und damit die Qualität der Arbeit in den einzelnen Häusern auf ein gleich hohes Niveau zu heben. Daneben wurden weitere Kooperationen im Bereich Projektleiter/-in IHK, Systemtechniker/-in Mechatronik IHK, Systemtechniker/-in IHK und Qualitätsmanager/-in IHK sowie Energiemanager/-in IHK vereinbart.



Drei Sterne für die Hochschule Bremerhaven: Der Bachelor-Studiengang "Cruise Industry Management" wurde herausragend bewertet.

Bremerhaven

Landesinitiative "iBB": **IHK ist Träger**

Die Anziehungskraft der dualen Berufsausbildung soll sowohl für die Betriebe als auch für die Schulabgänger erhöht werden. Dies ist das Ziel der Landesinitiative "Innovative Berufsbildung 2010" (iBB). Träger des bis zum 30. Juni 2008 befristeten Projektes ist die IHK Bremerhaven. Weitere Beteiligte sind unter anderem die Handelskammer und die Handwerkskammer Bremen, die Kreishandwerkerschaft Bremerhaven, der Landesausschuss für Berufsbildung, der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, der Senator für Bildung und Wissenschaft, der Senator für Finanzen und der Senator für Wirtschaft und Häfen. Um die Vorbereitung und die Innovationsberatung kümmert sich das Institut Technik und Bildung der Universität Bremen. Insgesamt 14 Teilprojekte sind Bestandteil der von der Europäischen Union finanzierten Initiative. Sie sollen das Bremer Berufbildungssystem optimieren helfen, aber auch die Übergänge zwischen Schule und Beruf sowie zwischen Ausbildung und Berufstätigkeit erleichtern.

Beste Bewertung für Weiterbildungsstudium

Das Weiterbildungsstudium Communication Center Management der Hochschule Bremerhaven in enger Kooperation mit der qualitycube GmbH und der IHK Bremerhaven ist das derzeit beste Qualifizierungsangebot im Bereich des Call-Center-Managements. So lautet das Ergebnis einer unabhängigen Vergleichsstudie, die von der Christoph Busch Unternehmensberatung auf der Messe Call Center World 2006 vorgestellt wurde. Hintergrund ist, dass die Anforderungen an Führungskräfte im Call-Center-Management in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind.

Industriemeister-Zeugnisse übergeben

Die IHK Bremerhaven hat 2006 insgesamt 24 Mitarbeitern der Lloyd-Werft ein Industriemeister-Zeugnis überreicht. Das Weiterbildungskonzept ist bundesweit einzigartig: Die Teilnehmer ließen sich nicht nur zu Industriemeistern schulen, sondern legten zugleich die Ausbildereignungsprüfung ab und bewältigten die REFA-Grundausbildung Arbeitsorganisation. Der Gesamtlehrgang umfasste rund 1.200 Unterrichtseinheiten und schloss mit drei eigenständigen Zertifikaten ab. Allein durch das Zusammenführen verschiedener Weiterbildungskomponenten wurde der Lehrqang um knapp 200 Unterrichtsstunden verkürzt – ein enormer Zeitgewinn für die Teilnehmer. 2001 war das Weiterbildungskonzept von der IHK und ihrem Prüfungsausschuss-Vorsitzenden Heiko Eilers entwickelt worden - ursprünglich für die Belange der SSW Fähr- und Spezialschiffbau GmbH. Ein neuer Industriemeister-Lehrgang der Fachrichtung Metall startete im Herbst 2006 mit 22 Teilnehmern.

IHK-Schulpreis für **Bremerhavener Schule**

Einen beachtlichen dritten Platz haben die Lehranstalten für Sozialpädagogik und Hauswirtschaft im Schulzentrum Geschwister Scholl in Bremerhaven beim Wettbewerb um den Schulpreis der norddeutschen Industrie- und Handelskammern errungen. Unter 100 Mitbewerbern wurde die Schülerfirma CaWaMi des Berufsfeldorientierungskurses Hauswirtschaft ausgezeichnet. Das Preisgeld floss in das Projekt. Mit ihrem jährlich vergebenen IHK-Schulpreis zeichnen die in der Arbeitsgemeinschaft Bildung & Medien zusammenwirkenden 13 norddeutschen Industrie- und Handelskammern innovative Projekte und Methoden der Vermittlung von Wirtschaftswissen

Berufsinformationsmessen: attraktives Konzept

Auch 2006 organisierte die IHK in Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft. dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, der Initiative JOB4U, der Agentur für Arbeit und der AOK die Berufsinformationsmesse (BIM).



24 Mitarbeiter der Lloyd-Werft haben sich zum Industrie-Meister weiterqualifiziert und erhielten ihr Zeugnis aus den Händen von IHK-Geschäftsführer Martin Johannsen



Mit dieser Veranstaltung sollen Schüler bei der Berufswahl unterstützt werden. Das Konzept wurde auf Grund seines großen Erfolges beibehalten. So wurden zahlreiche Berufe aus Industrie und Handel sowie aus Dienstleistungen und dem Gesundheitswesen im Columbus-Cruise-Center vorgestellt. Die Kreishandwerkerschaft blieb mit ihren Lehrwerkstätten als Ausstellungsort für die Handwerksberufe erhalten. Die zweitägige Messe wurde durch ein buntes Show-, Musik- und Unterhaltungsprogramm aufgelockert.

Weiterbildung: Unternehmen investieren kräftig

In die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter investieren Bremerhavener Unternehmen kräftig. Dies zeigen wiederum die Erfahrungen in 2006. In zahlreichen Seminaren und Schulungen wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer qualifiziert. Dabei reichte das Themenspektrum von Mitarbeiterführung über Recht bis zu Controlling.

Bestnoten für Studiengang der Hochschule

Bei einem Rating des Arbeitskreises Personalmarketing und des Centrums für Hochschulentwicklung in Kooperation mit dem Job- und Wirtschaftsmagazin Karriere schnitt der Studiengang Cruise Industry Management der Hochschule Bremerhaven hervorragend ab. Für das Rating wurden 99 betriebswirtschaftliche Bachelor-Studiengänge an deutschen Universitäten und Fachhochschulen untersucht. Zwölf Hochschulen erreichten die Höchstwertung von drei Sternen, darunter die Hochschule Bremerhaven. Bewertet wurde, welche neuen Bachelor-Studiengänge die Studenten am besten auf den Beruf vorbereiten. Dabei wurden unter anderem die Vermittlung von methodischer und sozialer Kompetenz, der Praxisbezug des Studiums sowie die Internationalität beurteilt.

International

Bremen

Die Zukunft Europas im Fokus der Handelskammer

Forum "Wie gestalten wir Europa?" Die Zukunft der EU war 2006 für die Handelskammer ein wichtiges Thema. Die ablehnenden Volksentscheide über eine europäische "Verfassung" haben Fragen nach der Zukunftsfähigkeit Europas aufgeworfen, auf die bis heute auf politischer Ebene kaum Antworten entwickelt wurden. Der DIHK veranstaltete mehrere Diskussionsforen bei den Industrie- und Handelskammern, um Grundlagen für eine Fortentwicklung der EU aus der Sicht der Wirtschaft zu erarbeiten. Mit dem Positionspapier "Europäische Union reformieren" brachte sich die Handelskammer Bremen zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern (IHK Nord) bereits in 2005 in die Debatte um die Zukunft Europas ein. Ein großes Diskussionsforum zur Frage "Wie gestalten wir Europa" benannte im Mai 2006 spezielle Themenfelder, die für die bremische Wirtschaft bei der Zukunftsgestaltung Europas besonders wichtig sind. Die bremischen EU-Parlamentarier, ein Vertreter der EU-Kommission sowie Experten des DIHK und von Wirtschaftsverbänden trugen zum Erfolg der Veranstaltung bei.

Forderungen der Wirtschaft Die Erkenntnisse aus diesem Diskussionsforum wurden in einem Positionspapier zusammengefasst, das über den DIHK in die Vorbereitungen der deutschen Ratspräsidentschaft eingeflossen ist. Anhand zahlreicher Beispiele fordert die bremische Wirtschaft darin, künftig noch mehr auf Akzeptanz und Anwendbarkeit von Rechtsvorschriften zu achten:

- Neuregelungen müssen früher und ergebnisoffen mit den Betroffenen besprochen werden.
- Fehlerhafte Regelungen sollten schneller korrigiert werden.
- Die neue maritime EU-Politik ist auf die Förderung von Wachstum und Beschäftigung auszurichten und darf Infrastrukturmaßnahmen nicht verzögern oder gefährden.
- Vor Einführung von Regelungen in der Umweltpolitik müssen Belastungen für die Wirtschaft genauer prognostiziert sowie Umwelt- und Wirtschaftsinteressen durch Ausgleichsmaßnahmen befriedigt werden.
- Vor allem die FFH-Richtlinie (Flora Fauna Habitat) sollte umgehend reformiert werden. Die deutsche Umweltpolitik ist aufgerufen, ihren "vorauseilenden Regelungsgehorsam" aufzugeben und EU-Recht "1 zu 1" umzusetzen.
- Die Lebensmittel-Etikettierungsvorschriften der EU bedürfen keiner weiteren Ausweitung.
- Schließlich sollten die für Bremen so wichtigen europäischen Dienstleistungsmärkte nach dem Prinzip des Herkunftslandes geöffnet werden.

Europa-Runde der Handelskammer Eine effiziente Interessenvertretung in Brüssel setzt voraus, dass die dortigen Regelungsentwürfe auf ihre Chancen und Herausforderungen überprüft werden und für möglicherweise betroffene Unternehmen sachgerecht aufbereitet werden können. Die Wirtschaft selbst muss in die Lage versetzt werden, schnell und fachgerecht die Tatsachen- und Wertungsgrundlagen anstehender Brüsseler Entscheidungen korrigieren zu können. Die Handelskammer hat deshalb eine regelmäßige Europa-Runde eingerichtet, mit der diese thematische "Übersetzungsarbeit" erleichtert werden soll. Anhand einer regelmäßigen Analyse und Sachstandsbewertung aller wichtigen Themen werden dort Prioritäten und Maßnahmen der Interessenvertretung festgelegt.

Leistungsbilanzen

Bessere Präsenz in Brüssel Einer Verbesserung der bremischen Präsenz in Brüssel diente auch eine Reise von Unternehmensvertretern, zu der die Handelskammer eingeladen hatte. Ziel war es, den Unternehmern authentische Einblicke in die Arbeit der Brüsseler Gesetzgebung und der dortigen Interessenvertretungen zu geben. Termine beim Büro der IHK Nord, beim europäischen Kammerdachverband "Eurochambres", der Bremer Landesvertretung sowie die Teilnahme an einer Ausschusssitzung des Europäischen Parlaments und ein Meinungsaustausch mit der Europa-Abgeordneten Karin Jöns standen auf dem Programm. Die Handelskammer beabsichtigt, diese Reise einmal jährlich anzubieten.

Bremen setzt auf die **Dynamik Indiens**

Indien-Netzwerk Bremen Viele Unternehmen in Bremen spüren die Dynamik in der indischen Wirtschaft. Dies spiegelte sich im regen Zulauf zum Indien-Netzwerk der Handelskammer in 2006 wider. Mit aktuell fast 150 Mitgliedern werden dort Erfahrungen aus der Praxis ausgetauscht und aktuelle Entwicklungen diskutiert. Eine erweiterte Internetpräsenz des Netzwerks auf den Webseiten der Handelskammer ermöglicht einen ständigen Informationsaustausch. Bei einem der Zusammenkünfte des Netzwerks berichtete ein Vertreter von TATA Consultancy Services, Indiens größtem Software-Hersteller, über deutschindische Geschäftsbeziehungen. Das Indien-Netzwerk hat sich zu einer Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik entwickelt, über die die Interessen der bremischen Wirtschaft transportiert werden können. In enger Zusammenarbeit mit dem Bundestagsabgeordneten Volker Kröning wurden der Regierung des Bundesstaates Maharashtra Forderungen der bremischen Wirtschaft zur indischen Außenhandelspolitik unterbreitet.

Unternehmerreise nach Indien Ein nachgefragtes Instrument der Außenwirtschaftsförderung der Handelskammer ist die jährliche Unternehmerreise, die 2006 Indien zum Ziel hatte. Mumbai, Pune und Hyderabad waren Stationen der einwöchigen Reise, an der neben Wirtschaftssenator Jörg Kastendiek und dem Bundestagsabgeordneten Volker Kröning 23 Wirtschaftsvertreter teilnahmen. Nach einer Einführung in die Verhältnisse des indischen Marktes durch die dortige deutsche Auslandshandelskammer sowie den deutschen Generalkonsul in Mumbai standen Kontakte mit indischen Unternehmern im Mittelpunkt. In Pune und Hyderabad fanden hierzu Kontaktbörsen statt. Insgesamt wurden mehr als 100 Kooperationsgespräche geführt. Besuche bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Bundesstaates Maharashtra, Empfänge bei den Bürgermeisterinnen von Pune und Pimpri Chinchwad sowie Führungen durch ausgesuchte Unternehmen verhalfen den Teilnehmern zu einem authentischen Eindruck von den Potenzialen Indiens.

Netzwerke mit den wichtigen Handelsregionen der Welt

Neben dem Indien-Netzwerk unterhält die Handelskammer drei weitere Unternehmernetzwerke, die China, Osteuropa und Russland zum Gegenstand haben: Rund 400 Unternehmer sind in diesen Netzwerken organisiert. Zudem trägt die Handelskammer das Deutsch-Niederländische Gesprächsforum gemeinsam mit dem niederländischen Generalkonsulat. Dieses Forum trifft sich einmal jährlich. Im Mittelpunkt aller Netzwerke steht der Erfahrungstausch zwischen Unternehmern in einem informellen Rahmen: Zertifizierung und Vertrieb waren Themen der Treffen des Deutsch-Chinesischen-Netzwerks und des Bremen-Russland Netzwerks. Das Osteuropa-Netzwerk entwickelte sich zu einer beliebten Austauschplattform von Unternehmen mit Osteuropa-Erfahrung und von "Osteuropa-Neulingen". Mehrere Treffen zu regionalen Schwerpunkten (Bulgarien, Polen oder Ukraine) sowie zu Fachthemen (Standortplanung oder Vertriebsaufbau in Osteuropa) gaben den Teilnehmern die

Möglichkeit, sich über allgemeine Rahmenbedingungen zu informieren und auszutauschen.

Neue Entwicklungen im Zollrecht

Gut besuchte Veranstaltungen Eine große Nachfrage von Unternehmen war 2006 bei Veranstaltungen der Handelskammer zu zollspezifischen Fragen zu verzeichnen. Der Grund hierfür ist die veränderte Wertigkeit des Zollrechts durch die Zunahme sicherheitspolitischer Vorschriften. Außerdem besteht durch die Reform des Zollkodexes sowie die Einführung neuer elektronischer Verfahren zur Zollabwicklung ein großer Informations- und Fortbildungsbedarf bei allen außenwirtschaftlich orientierten Unternehmen. Die Handelskammer hat deshalb in Zusammenarbeit mit dem Bremer Außenhandelsverband wieder eine Reihe von Seminaren zu spezifischen Zollfragen angeboten, die von mehr als 200 Unternehmensvertretern besucht wurden.

Elektronisches Ursprungszeugnis Seit Mitte 2006 erteilt die Handelskammer Ursprungszeugnisse auch in einem elektronischen Verfahren. Unternehmen, die von der Handelskammer für dieses Verfahren zugelassen wurden, können nun ihre Ursprungszeugnisse elektronisch beantragen und erhalten anschließend die Entscheidung der Handelskammer ebenfalls auf diesem Wege. Das Zeugnis selbst kann dann direkt im Unternehmen ausgedruckt werden.

Bremerhaven

Vorvertrag: Verstärkte Zusammenarbeit mit China

In Zusammenarbeit mit der BLG-Unternehmensgruppe sollen die Voraussetzungen für die Zulassung des in China produzierten Automodells Landwind auf dem europäischen Markt geschaffen werden.

Die Welt zu Gast in Bremen



Hauptgeschäftsführer Dr. Fonger und Präses Dr. Wendisch empfingen den früheren sowjetischen Präsidenten Michael Gorbatschow im Haus Schütting.



Vizepräses Peper begrüßte den pakistanischen Botschafter Asif Ezdi in der Handelskammer



US-Botschafter Timken zu Gast in der Handelskammer



In 2006 empfing die Handelskammer eine Reihe von Unternehmerdelegationen und

rund 25 Diplomatendelegationen, die zur Kontaktanbahnung und zur Erörterung spez- ifischer handelspolitischer Probleme genutzt wurden. Um die Herausforderungen der Globalisierung, um Bildungs- und Kulturfragen ging es in einer lebhaften Debatte mit dem ehemaligen sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow. Vorbereitet wurde diese Debatte im Haus Schütting von der Zukunftswerkstatt des bilateralen "Petersburger Dialogs". Die EU-Politik während der Ratspräsidentschaft seines Landes stand im Mittelpunkt einer Diskussion mit dem finnischen Botschafter René Nyberg. Auf großes Interesse in der Wirtschaft stieß auch US-Botschafter Wil-

liam R. Timken bei seinem Besuch in der

Handelskammer.



Vizepräses Weiss begrüßte den japanischen Botschafter Toshiyuki Takano in Bremen.

Dabei spielen beispielsweise die Einhaltung von EU-Normen und das Bestehen von Crash-Tests eine wichtige Rolle. Dies ist Gegenstand eines Vorvertrages, der im chinesischen Shenyang geschlossen wurde. Diese Absichtserklärung geht allerdings über einen intensiven Autoumschlag in Bremerhaven deutlich hinaus. Denn der hinter der Automarke Brilliance stehende Konzern hat ein hohes Interesse an Bremerhaven, weil er sich die gut ausgebauten Exportwege zum Absatzmarkt Europa erschließen will. Die chinesischen Autobauer wollen damit bestehende Kapazitäten noch besser auslasten und auch den Kunden im eigenen Land die Qualität und Konkurrenzfähigkeit ihrer Autos beweisen.

Länderprofile und weitere Informationen

Allen interessierten Unternehmen bietet der Geschäftsbereich International der IHK Bremerhaven kostenfrei Länderprofile und andere länderspezifische Informationen an. Dabei nutzt die Kammer neben anderen Informationsquellen einen besonderen Zugang zur Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai). Recherchiert werden kann nach folgenden Aspekten: Ausschreibungen im Ausland; Länder und Märkte; Entwicklungsprojekte; EU-Binnenmarkt-Ausschreibungen; Zoll; Recht; Rechts- und Patentanwälte; Geschäftskontaktwünsche (E-Trade-Center).

Der Geschäftsbereich stellt außerdem Beglaubigungen und Bescheinigungen aus, verschickt kostenfreie Rundschreiben zur Außenwirtschaft und richtet Seminare und Veranstaltungen aus. Das umfassende Beratungs- und Dienstleistungsangebot ist dabei auf die individuellen Bedürfnisse der Unternehmen zugeschnitten.

s: (v.l.) BIS-Preisträger germeister K-Präsident el Dieckell.

Bremerhavener Gründerpreis: (v.l.) BIS-Geschäftsführer Jürgen Adelmann, die Preisträger Pierre Rogalla und Sven Hauke, Oberbürgermeister Jörg Schulz, IHK-Präsident Claus Brüggemann und Michael Dieckell.

Starthilfe und Unternehmensförderung

Bremen

Existenzgründung und Unternehmensnachfolge weiter stärken

Unternehmensgründung und Unternehmensnachfolge sind für den Start in die Selbstständigkeit und damit auch für die konsequente Fortführung bestehender Unternehmen ein wichtiges Thema. Die Kammer bietet für Gründerinnen und Gründer umfangreiche und detaillierte Informationen und Publikationen an.

Darüber hinaus stehen die Beraterinnen und Berater der Handelskammer für individuelle Gespräche zur Verfügung. Dabei geht es insbesondere um betriebswirtschaftliche Fragen, Unternehmenskonzepte und die persönlichen Voraussetzungen für die Existenzgründung oder die Unternehmensnachfolge. Außerdem gibt es es umfassende Informationen über die Existenzgründungsförderung.

Als Fortführung der bisherigen Partnerschafts- und Nachfolgebörse der Handelskammer werden Angebote und Nachfragen in der neuen bundesweiten Datenbank "Nexxt-Change" (www.nexxt-change. org) vermittelt. Dort werden Gründerinnen und Gründer, die sich für eine Nachfolge oder auch eine Partnerschaft interessieren, mit Unternehmern zusammengeführt, die beispielsweise aus Altersgründen ihr Unternehmen abgeben möchten.

Die Handelskammer hat 2006 rund 1.450 Existenzgründerinnen und Existenzgründer beraten. Etwa 110 Teilnehmer besuchten die fünf Existenzgründungsseminare "Der Weg in die Selbstständigkeit". Mehr als 900 Interessierte nahmen an unterschiedlichen Workshops und Veranstaltungen teil, in denen über gründungsrelevante Fragen informiert wurde. Bei den individuellen Beratungen standen die Überprüfungen von Geschäftsideen und Geschäftskonzepten, die erforderlichen fachlichen kaufmännischen Kenntnisse und die Tragfähigkeit der Finanzierungskonzepte im Vordergrund.

Gesetz für Standortgemeinschaften in Bremen

In den vergangenen Jahren hat die Handelskammer mit erheblichem Aufwand daran gearbeitet, dass gesetzlich verpflichtende Standortgemeinschaften (Business Improvement Districts - kurz: BID) in Bremen initiiert und umgesetzt werden können. Nachdem 2005 noch die Information über das Modell BID im Vordergrund stand, hat die Handelskammer 2006 daran mitgewirkt, dass ein tragfähiges Gesetz zur Umsetzung von Standortgemeinschaften auf den Weg kam. Am 13. Juli 2006 wurde schließlich das Gesetz zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren in der Bremischen Bürgerschaft beschlossen.

Nachdem damit auch die formalrechtliche Grundlage vorliegt, um Standortgemeinschaften auf Basis privatwirtschaftlichen Engagements einzuführen, ist jetzt wieder der Handel in den Stadtteilen gefragt. Soweit ein erstes konkretes Modell zur Diskussion steht, wird sich zeigen müssen, ob es gelungen ist, geeignete Strukturen in

der öffentlichen Verwaltung aufzubauen, und ob die Stadt sich vorbehaltlos zu einem Modellprojekt Standortgemeinschaft bekennt. Unabhängig davon wird die Handelskammer die Zusammenarbeit mit den inzwischen 18 Werbe- und Interessengemeinschaften fortsetzen, die sich seit 2001 regelmäßig im Haus Schütting treffen, um Positionen und neue Ideen auszutauschen.

Zweiter Internationaler Handelsvertretertag Nordwest

Nach dem großen Erfolg in 2005 veranstaltete die Handelskammer 2006 erneut einen Internationalen Handelsvertretertag Nordwest im Haus Schütting in Zusammenarbeit mit dem Handelsvertreterverband CDH und den Industrie- und Handelskammern Bremerhaven, Stade und Oldenburg. Deutlich wurde, wie groß das Potenzial für gemeinsame Veranstaltungen mit einem klaren Branchenfokus ist. An dem Handelsvertretertag nahmen 150 Gäste und Interessenvertreter von 16 Konsulaten, Botschaften und Wirtschaftförderungen teil. Im Nachgang zum Handelsvertretertag 2005 wurde berichtet, dass diese ersten Kontakte zu zahlreichen weiteren Besuchen bei verschiedenen ausländischen Firmen geführt haben. Der Handelsvertretertag hat sich somit rasch zu einer wichtigen Plattform für Unternehmenskontakte entwickelt.



Handelsvertretertag im Haus Schütting

Erfolgreiche Bilanz der Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN

2006 legte die Bremer Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN. eine erfolgreiche Bilanz vor: Seit dem Start des Programms 1998 wurden etwa 14.000 Firmengründungen begleitet und rund 20.000 Arbeitsplätze geschaffen. Dieses Gründungsnetzwerk ist ein Zusammenschluss von 14 Institutionen, die Jungunternehmern bei ihrer Geschäftsgründung in allen Bereichen beratend zur Seite stehen. Rund zwei Drittel aller Unternehmensgründer in Bremen und Bremerhaven nehmen das Beratungsangebot wahr.

Bremerhaven

Existenzgründer: Gefragte persönliche Beratung

Eine der wichtigen Aufgaben der Kammerorganisation ist die Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie potenzieller Existenzgründer. Der Existenzgründungsberater der IHK Bremerhaven führte in 2006 (bis Ende September) rund 170 persönliche Beratungsgespräche.

Bremerhavener Gründerpreis für ZytoVision

Die Firma ZytoVision GmbH hat 2006 den 9. Bremerhavener Gründerpreis erhalten. Das Unternehmen entwickelt und produziert diagnostische Produkte im Bereich der Humanmedizin. Bewerben konnten sich sowohl Einzelpersonen als auch Unternehmen oder Forschungseinrichtungen, sofern sie ihr Vorhaben am Wirtschaftsstandort Bremerhaven umsetzen wollen. Die IHK Bremerhaven hat den Preis 1997 ins Leben gerufen; er ist mit 50.000 Euro dotiert und somit einer der höchstdotierten Gründerpreise Deutschlands. Die Gewinner der vier weiteren Plätze erhalten eine Anerkennungsprämie von je 2.500 Euro. Das Preisgeld wird von der Dieckell-Stiftung, der Sparkasse Bremerhaven und der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) zur Verfügung gestellt.

Recht und Fair Play

Bremen

Sachverständige sichern die Standortqualität

Spitzenposition der Handelskammer Die Leistungen von Sachverständigen waren 2006 wieder stark nachgefragt. Rund 500 Anfragen haben Mitarbeiter der Handelskammer beantwortet. Die Handelskammer hat die Aufgabe, solche Experten auf ihre besondere fachliche Eignung und persönliche Integrität zu überprüfen, öffentlich zu bestellen sowie zu vereidigen und dann öffentlich zu benennen. 2006 wurden zwei Sachverständige neu bestellt, mehrere Bestellungsverfahren standen kurz vor dem Abschluss, 22 Verlängerungen wurden ausgesprochen. Insgesamt betreut die Handelskammer mehr als 150 Sachverständige aus über 50 Sachgebieten. Damit nimmt sie eine Spitzenposition unter den Industrieund Handelskammern in Deutschland ein.

Sachverständigenforum Sehr gut besucht war das 4. Bremer Sachverständigenforum, zu dem die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven am 1. Juni 2006 in das Haus Schütting eingeladen hatten. Es diente dem Erfahrungsaustausch der Sachverständigen und dem Kontakt zu den Mitarbeitern der Kammern. Im Mittelpunkt standen die neuen Vergütungsregelungen für gutachterliche Leistungen der Sachverständigen für Gerichte. Erfreulicherweise konnten die teilweise sehr negativen Erfahrungen bei der "Abrechnung" mit Gerichten in dieser Form für die Bremer Gerichte nicht bestätigt werden. Sehr deutlich wurde in der Diskussion mit Vertretern Bremer Gerichte, wie wichtig eine auskömmliche Vergütung der Gerichtssachverständigen für ein qualifiziertes Sachverständigenwesen ist.



Außergerichtliche Schlichtung: Unternehmen in Bremen und Bremerhaven bieten die Kammern hier eine besondere Dienstleistung.

Wirtschaft und Justiz – Streit außergerichtlich schlichten

Die Handelskammer stellt in einer jahrhundertealten Tradition der Kaufmannschaft außergerichtliche Verfahren zur Streitbeilegung zur Verfügung. Dazu zählen das Schiedsgericht der Handelskammer, die Einigungsstelle zur Beilegung von wettbewerbsrechtlichen Streitigkeiten und das Wollschiedsgericht. Außerdem sind zahlreiche, von der Handelskammer benannte Unternehmer ehrenamtlich als Handelsrichter, Finanzrichter und Verwaltungsrichter unmittelbar bei staatlichen Gerichten tätig.

Die von der Landesregierung bei der Handelskammer errichtete Einigungsstelle für Wettbewerbsstreitigkeiten hat ihre erfolgreiche Tätigkeit auch 2006 fortgesetzt. Sie dient der raschen außergerichtlichen Abwicklung von Wettbewerbsstreitigkeiten; die Verfahren enden häufig mit einem gütlichen Ausgleich zwischen den Parteien. Neben zahlreichen Verfahren, die bereits vor Beginn eines formellen Verfahrens geschlichtet wurden, wurden 2006 neun Verfahren durchgeführt. Zudem gab es zwei Schiedsgerichtsverfahren und ein Wollschiedsgerichtsverfahren. Besonders erfreulich ist ein Zwischenentscheid des Hanseatischen Oberlandesgerichtes Bremen aus dem Jahr 2006, in dem die Arbeit des Wollschiedsgerichts mit einer weiten Zuständigkeit in der Produktpalette Rohwolle bis synthetische Fasern ausdrücklich bestätigt wurde.

Bremerhaven

Bestellung von Sachverständigen

Für die IHK Bremerhaven sind zurzeit 37 öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige tätig. Die Arbeit der Sachverständigen basiert auf Paragraph 36 der Gewerbeordnung. Durch ihn können Gerichte, Behörden, Unternehmen und Privatpersonen Sachverständige mit einer besonderen Sachkunde an die Seite gestellt werden. Laufend werden die Sachkunde und persönliche Eignung der Sachverständigen von der IHK Bremerhaven als zuständige Bestellungskörperschaft überprüft. 2006 wurden für sechs Sachverständige die zeitlich befristeten Bestellungen verlängert.

Einigungsstelle für außergerichtliche Schlichtung

Um Wettbewerbsstreitigkeiten beizulegen, wurde auch 2006 die Einigungsstelle bei der IHK Bremerhaven in Anspruch genommen. Sie kann angerufen werden, wenn gewerbliche Unternehmen in Bremerhaven Wettbewerbsstreitigkeiten mit einem anderen Unternehmen oder einem Verband haben. Ziel ist die außergerichtliche Schlichtung. Hierfür lädt der Schlichtungsausschuss die Beteiligten ein und hört unparteiisch alle Darstellungen an. Danach wird ein Einigungsvorschlag erarbeitet.

Gefragte Veranstaltungen zum Arbeitsrecht

Seit dem 1. Januar 2005 müssen Arbeitgeber weitreichende Verpflichtungen für ihre Beschäftigten übernehmen, auch wenn sie nur wenige Mitarbeiter haben. Gefährdungsanalyse, Unfallverhütung und nun auch Gesundheitsschutz bilden dabei die rechtlichen Grundlagen. Diese Unternehmerpflichten ergeben sich aus dem Arbeitsschutzgesetz, aus den neu geordneten, an das EU-Recht angepassten berufsgenossenschaftlichen Vorschriften (BGV A1 und BGV A2) sowie aus neu erlassenen

Arbeitsschutzrechten (Gefahrstoff- und Betriebssicherheitsverordnung). Auch für kleine und mittlere Unternehmen gilt: Qualitätsorientierter Arbeitsschutz muss beweisfähig sein. Das bedeutet: Alle Aktivitäten und Anstrengungen müssen zu jeder Zeit dokumentiert und nachgewiesen werden können. Die von der IHK Bremerhaven angebotenen Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex wurden gut angenommen. Erstmals erhielten die Teilnehmer ein Zertifikat, das Grundinformationen zum Arbeitsschutzgesetz bescheinigt. Adressaten sind die Berufsgenossenschaft und die Gewerbeaufsicht.



Reihe von Veranstaltungen zum Thema Arbeitsrecht durch.



Das Magazin der Handelskammer wurde für seine Qualität ausgezeichnet.

Service, Public Relations

Bremen

Kampagne: Ein gutes Image für Bremen

In einer gemeinsamen Sitzung haben sich die Handelskammer und der Senat am 30. Mai 2006 entschlossen, zusammen eine Imagekampagne für das Land Bremen umzusetzen, deren Kernstück eine Serie von Testimonials bekannter Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Kultur ist. Grundlage für dieses Kommunikationskonzept war ein Workshop des Präsidiums der Handelskammer am 18. Februar 2006, bei dem gemeinsam mit einem Kommunikationsexperten und Politikberater aus Berlin ein Stärken-Schwächen-Profil erarbeitet wurde und Leitlinien für eine künftige Kommunikation für Bremen entwickelt wurden.

Lange vorher hatte die Handelskammer die Bremer Politik schon intensiv dazu aufgefordert, die bestehenden Mängel in der Außendarstellung zu beseitigen – auch, um bei den Bremerinnen und Bremern das Verständnis dafür zu schaffen, dass Bremen bei seinen Sanierungsbemühungen erhebliche Eigenbeiträge leisten muss. Die gemeinsame Initiative von Handelskammer und Senat war das Ergebnis dieser Forderungen. Finanziert wurden die Testimonials von der Bremer Wirtschaft und der Bremen Marketing GmbH. Zahlreiche Unternehmen haben sich an dieser Kampagne finanziell beteiligt.

Ihr Ziel ist es, Bremens Stärken bundesweit ins Bewusstsein zu rufen und dabei mit vertretbarem finanziellen Aufwand die größtmögliche Wirkung zu erzielen. In Anzeigen in den führenden deutschen Wirtschaftsmedien bekennen sich prominente Fürsprecher zu Bremen, seinen Stärken und

seiner Selbstständigkeit. Zielgruppe sind bundesweite Top-Entscheider und Multiplikatoren, ebenso aber die Bremer selbst. Ergänzt wird diese Kampagne durch den Imagefilm "City Lounge" und den überarbeiteten Internetauftritt des Landes Bremen, wo für Interessierte die wichtigsten Fakten und Argumente zu Bremen aufbereitet stehen.

Erfolge in den Medien unter schwierigen Vorzeichen

Die Bremer Medienlandschaft hat sich in den zurückliegenden Monaten weiter verändert. Dennoch ist es der Handelskammer 2006 gelungen, mit ihren zentralen Themen umfangreich in den Bremer sowie in überregionalen Medien vertreten zu sein. Rund 70 Pressemitteilungen wurden verschickt und Journalisten zu 25 Pressekonferenzen oder Presseterminen eingeladen. Mit ihren Pressemitteilungen wurde die Handelskammer in mehr als 800 redaktionellen Beiträgen zitiert; auch wurde sie regelmäßig zu wirtschaftspolitischen Themen um Stellungnahmen und Interviews gebeten.

Kammer-Magazin gehört zu den Besten

Das Magazin "Wirtschaft in Bremen" der Handelskammer wurde von einer unabhängigen Fachjury unter 74 deutschen Kammer-Zeitschriften zum viertbesten deutschen Magazin gewählt. In ihrer Auflagenkategorie (bis 20.000 Exemplare) belegte die Zeitschrift sogar den ersten Rang. Dieses Ranking war vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in 2006 Jahr erstmals in Auftrag gegeben worden. Die Preisverleihung fand am 25. Oktober 2006 in Essen statt.

Als Vergleichsmaßstab legte die Jury die großen deutschen Wirtschaftstitel an. Für "Wirtschaft in Bremen" betonten die Jury-Mitglieder eine besonders hohe journalistische und sprachliche Qualität. Sie attestierten dem Magazin außerdem eine außerordentlich hohe regionale Verbundenheit. In diesen Punkten sowie in Layout und Leseführung kam das Magazin der Handelskammer auf Platz 1. Vordere Ränge belegte die "Wirtschaft in Bremen" auch bei den Bewertungskriterien "Bildsprache", "Titelgeschichte" sowie in der Darstellung der Handelskammer-Aktivitäten.

Internet - modern und nutzerfreundlich

Im Frühsommer hat die Handelskammer ihren Internetauftritt gemeinsam mit den weiteren Partnern im bundesweiten IHK24-Verbund grundlegend überarbeitet. Ziel war es, mehr Übersicht und Nutzwert zu schaffen. Insgesamt wurde die Navigation kompakter gestaltet und an die sieben Geschäftsbereiche der Handelskammer angeglichen. Durch eine klarere Gliederung wurden die Service-Angebote der Handelskammer leichter auffindbar. Technisch modernisiert wurde unter anderem auch die Datenbank für Veranstaltungen, die seither schnell und unkompliziert online gebucht werden können.

Großes Interesse an "Medien im Blick"

Rund 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus kleineren und mittleren Unternehmen haben 2006 die vier Veranstaltungen der Reihe "Medien im Blick" besucht, mit der die Chancen lokaler und regionaler Pressearbeit in den Blickpunkt gerückt werden sollen. In der Auftaktveranstaltung am 28. April 2006 diskutierte Reinhard Wirtz, Wirtschaftsredakteur der Bremer Tageszeitungen AG, in einem Workshop die Frage, wie vor allem kleine und mittlere Unternehmen die Medien auf sich aufmerksam machen können. Was in der Öffentlichkeitsarbeit von Unternehmen zu tun ist, wenn Krisen auftauchen, stand im Mittel-





(ganz links) Neujahrsmatinee im Schütting mit dem Verlagsgeschäftsführer der Zeitungsgruppe BILD, Ralf Hermanns. (links) Die Kunsthalle stellte ihr neues großes Ausstellungsprojekt in der Handelskammer vor.

punkt eines Workshops von Christina Müller (Agentur text + pr). Mit den speziellen Anforderungen von Wirtschaftsredaktionen beschäftigte sich Annemarie Struß-von Poellnitz, Wirtschaftsredakteurin der Bremer Tageszeitungen AG. Die Radio Bremen-Reporterin und Chefin vom Dienst beim Nachrichtenmagazin buten un binnen, Silke Hellwig, setzte sich mit den Chancen eines Hintergrundgesprächs auseinander. Und um Pressearbeit mit Hörfunksendern ging es in einem Workshop, den Jutta Günther, Redakteurin beim Nordwestradio, leitete.

"wel.come 2006" im Haus Schütting

Nach dem Erfolg der Neujahrs-Matineen 2004 und 2005 im Haus Schütting, zu denen jeweils mehr als 300 Kommunikationsfachleute aus der gesamten Region gekommen waren, gab es im Januar 2006 eine Fortsetzung. Die dritte Matinee mit dem Titel "wel.come 2006" bot Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen und über aktuelle Trends in der Medien- und Kommunikationsszene zu diskutieren. Veranstaltet wird sie von der Handelskammer gemeinsam mit dem Kommunikationsverband Wirtschaftsraum Bremen, dem Marketing-Club Bremen, dem Verein Bremen IT + Medien und der Akademie für Kommunikation, Marketing und Medien. Hauptredner 2006 war der Verlagsgeschäftsführer der Zeitungsgruppe BILD, Ralf Hermanns.

Kaufmännische Buchführung statt Kameralistik

Mit Beginn des Jahres 2006 sind die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven von der kameralistischen auf die kaufmännische Buchführung umgestiegen. Die Eröffnungsbilanz wurde vom Plenum der Handelskammer Bremen in seiner Sitzung am 4. September beschlossen, nachdem die Rechnungsprüfungsstelle für die Industrie- und Handelskammern in Bielefeld diese Bilanz geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk in Aussicht gestellt hatte. An den Vorbereitungen zu dieser wegweisenden Umstellung in der Rechnungsführung war neben Vizepräses und Rechnungsführer Christoph Weiss ein Lenkungsausschuss beteiligt, dem auch die Plenarmitglieder Angelika Saacke-Lumper und Joachim Linnemann angehörten. Die kaufmännische Buchführung löst das bisherige öffentliche Haushaltsrecht mit der Kameralistik ab. Mit der Kosten- und Leistungsrechnung wird eine deutlich bessere Transparenz und mit modernen Steuerungsverfahren eine Effizienzsteigerung erzielt.

Unterstützung für die Kultur

Für ihren Arbeitskreis "Kultur-Wirtschaft" holte sich die Handelskammer 2006 weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Sachverstand. Gemeinsam wurden die aus dem Jahr 2000 stammenden Leitlinien der Handelskammer zur bremischen Kulturpolitik überarbeitet und die neue Fassung vom Vorsitzenden des Arbeitskreises, Vizepräses Otto Lamotte, in einer Pressekonferenz den Medien vorgestellt. In einem Workshop diskutierten die Mitglieder des Arbeitskreises mit Vertretern der Industrieund Handelskammer Bremerhaven die Rahmenbedingungen zu einem Kulturwirtschaftsbericht, den das BAW Institut für regionale Wirtschaftsforschung mit Unterstützung der Kammern Bremen und Bremerhaven erarbeiten wird.

Exklusive Abende für die Kultur

Mit exklusiven Informationsabenden für Kammermitglieder unterstützte die Handelskammer 2006 auch die Aktivitäten mehrerer Kultureinrichtungen - beispielsweise mit Informationen zur Ausstellung "Die letzten Stunden von Herculaneum" im Focke-Museum, zur Ausstellung "Paula in Paris - Paula Modersohn-Becker und die Kunst in Paris um 1900", die ab 13. Oktober 2007 in der Kunsthalle Bremen zu sehen sein wird, oder zur Arbeit des Freundeskreises des Deutschen Auswandererhauses in Bremerhaven.

2. Bremer Stifter-Sprechtag in der Handelskammer

Zu einem zweiten Bremer Stifter-Sprechtag hatte die Handelskammer am 8. Dezember 2006 in das Haus Schütting eingeladen. Damit knüpfte sie an Beratungsangebote für Stifter und Stiftungsinteressierte an, die im Jahr 2005 auf dem "2. Bremer Stiftertag" starteten und mit einer Reihe regelmäßig stattfindender Stifter-Sprechtage fortgeführt werden. Bei den Stifter-Sprechtagen bieten Experten unterschiedlicher fachlicher Herkunft und aus verschiedenen Institutionen in einem rotierenden Verfahren Kurzberatungen rund um die Stiftung an. Rund 20 Stifter und Stiftungsinteressierte holten sich beim "2. Bremer Stifter-Sprechtag" fundierten Rat und Anregungen bei Expertinnen und Experten des Bundesverbands Deutscher Stiftungen, der Commerzbank AG, der Dresdner Bank AG und des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft.

Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen

Bewachungsgewerbe Die Sachkundeprüfungen und Unterrichtungsverfahren im Bewachungsgewerbe erfreuen sich weiterhin stetiger Nachfrage. Im zurückliegenden Jahr gab es 21 Sachkundeprüfungen mit 280 Teilnehmern, es wurden 14 Unterrichtungsverfahren mit insgesamt 270 Teilnehmern durchgeführt.

Gaststättenunterrichtungen Die Teilnehmerzahl in den Unterrichtungsverfahren im Gaststättengewerbe ist 2006 im Vergleich zum Vorjahr wegen einer Gesetzesnovellierung um die Hälfte zurückgegangen. Insgesamt wurden 200 Teilnehmer unterrichtet. Darüber hinaus ist die Abschaffung des Gaststättengesetzes geplant, das in das Gewerberecht übergehen wird. Der jetzige Unterrichtungsnachweis wird vermutlich entfallen. Prüfungen finden dann im Nachhinein durch die Gewerbeaufsichtsämter statt. An 24 Unterrichtstagen wurden 400 Teilnehmer unterrichtet, gegenüber 450 aus dem Vorjahr. Fünf Schulun-



Das Theater im Fischereihafen ist aus Bremerhaven nicht mehr wegzudenken.

gen einschließlich Sachkundeprüfungen mit insgesamt 80 Teilnehmern wurden im Bereich "Freiverkäufliche Arzneimittel" durchgeführt.

Gefahrgut Die Industrie- und Handelskammern sind in Deutschland zuständig für die Anerkennung und Überwachung der Ausbildungsstätten für Gefahrgutfahrer und Gefahrgutbeauftragte. Sie geben die Schulungsinhalte vor, stellen die Qualifikation der eingesetzten Dozenten sicher und organisieren die Prüfungen zum Erwerb der sogenannten ADR-Bescheinigung für die Fahrer von Gefahrgutfahrzeugen und des Schulungsnachweises der Gefahrgutbeauftragten. Hier hat die Handelskammer 2006 insgesamt rund 100 Prüfungstermine angeboten und dabei rund 1.200 Personen auf deren fachliche Qualifikation für ihre Tätigkeiten im Gefahrquttransport geprüft. Mehr als die Hälfte der Prüfungen im Gefahrgutfahrerbereich findet am Wochenende statt, um die Ausfallzeiten der Fahrer zu minimieren.

Bremerhaven

Service-Gütesiegel: Geschäftsstelle bald bei der IHK

Während die Sterne-Klassifizierung unter der Regie des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes über die Ausstattung von Beherbergungsbetrieben aufklärt und Auszeichnungen bekannter Restaurantführer über den Standard der Speisen Rechenschaft ablegen, sind Qualitätssiegel für den Service im Gastgewerbe noch eine Seltenheit. Im Bundesland Bremen gibt es in Form des Gütesiegels "ServiceQualität Bremen & Bremerhaven" eine solche Bewertung. Zielgruppe sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Die ersten Träger wurden in diesem Jahr ausgezeichnet.

Das Siegel gilt zunächst für drei Jahre. Ihm gehen unter anderem eine Analyse der Ser-

viceabläufe und das Einführen eines Reklamationsmanagements voraus. Darüber hinaus muss der jeweilige Betrieb einen Mitarbeiter zum Qualitätscoach ausbilden lassen. Eine zusätzliche Aufgabe für die Gütesiegel-Bewerber: In einem Aktionsplan sollen individuelle Vorschläge für bessere Servicequalität erarbeitet werden. Jedes Jahr werden die Erfolge der ausgezeichneten Betriebe anhand ihres Aktionsplanes kontrolliert.

Vorbild ist das Touristik-Gütesiegel "Q" in der Schweiz. Das bremische Gütesiegel ist Bestandteil des im Januar 2005 gestarteten Projektes "Fit4Service", gefördert von der Europäischen Union und dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Wissenschaftlich betreut wird es vom Institut für Wissenstransfer an der Universität Bremen. Für Praxisbezug sorgt ein Netzwerk, zu dem unter anderem die IHK Bremerhaven gehört. Sie wird ab Ende 2007 Geschäftsstelle für die Erteilung des Siegels sein.

Qualitätsmanagement an der IHK

2006 wurde in der IHK Bremerhaven der bedeutsamste Abschnitt im Qualitätsmanagement-Prozess (QM) abgeschlossen. Grundlage ist die strenge ISO-Norm 9001-2000. Ihr unterzieht sich Bremerhaven als eine der ersten Kammern in der Bundesrepublik. Ziel eines QM-Prozesses sind möglichst effektive Arbeitsabläufe, die zu dem jeweiligen Unternehmen beziehungsweise zur Institution (wie etwa der IHK) passen müssen. Die Ergebnisse werden gemeinsam mit den Mitarbeitern erarbeitet und demzufolge von ihnen mitgetragen.

Die Übergabe des Gütesiegels durch die DEKRA-Zertifizierungsstelle ist kein Schlusspunkt. Denn elementarer Bestandteil eines jeden QM-Prozesses ist, dass er regelmäßig von neutraler Seite überprüft und auf der Basis einvernehmlich festgelegter Zielvorgaben weiter entwickelt wird.

10 Jahre: TiF feierte Geburtstag

Das Theater im Fischereihafen (TiF) feierte 2006 sein zehnjähriges Bestehen. Die Freude über dieses Jubiläum wurde von vielen Unternehmern geteilt. Denn 2001 war der erste Stifterpreis der Bremerhavener Wirtschaft – ausgelobt von der IHK Bremerhaven – an diese Institution unter der Leitung von Dorothee Starke gegangen. Sie und ihr Team legten von Anfang an viel Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, was sich unter anderem am Engagement für den Arbeitskreis "Kultur und Wirtschaft" der IHK widerspiegelt.

Im TiF unterhalten populäre Künstler mit Zugkraft das Publikum, beispielsweise Götz Alsmann und Otto Sander, Klaus Lage und Pe Werner, Herman van Veen und das Tanzstudio Folkwang. Zusätzlich präsentieren Künstler aus der Region ihre Produktionen. Bundesweit bekannt ist auch das im TiF beheimatete Improvisationstheater "Instant Impro". Ebenso haben die Landesschultheatertage oder die Theater-AG des Geschwister-Scholl-Gymnasiums im TiF ihren Platz. Bemerkenswert ist mit zehn Prozent der Anteil des Sponsorings durch Unternehmen an den 60 Prozent Finanzmitteln, die vom TiF selbst erwirtschaftet werden. Hierzu trägt die Tatsache bei, dass die Sponsoringkonzepte des TiF individuell für jedes Partnerunternehmen zusammengestellt werden. Inzwischen nutzen Unternehmer auch gerne das Know-how des TiF z. B. bei der Gestaltung eigener Veranstaltungen.

Veranstaltungsreihe "Kultur im Dialog"

Kultursponsoring ist keine Liebhaberei mehr, sondern wichtiger Bestandteil einer effektiven und zukunftsorientierten Marketingkonzeption. Das zeigte auch die 2. Veranstaltung "Kultur im Dialog", zu der das Theater im Fischereihafen (TiF) und der Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft der IHK Bremerhaven 2006 eingeladen hatten. Einer der Referenten war Professor Dr.



Spitzensport in Bremerhaven (Lateinformation der TSG Bremerhaven)

Jean-Christophe Amman, der frühere Direktor des Museums für moderne Kunst in Frankfurt/Main. Auch er betonte, dass Wirtschaft und Kunst mehr ins Gespräch kommen müssten, um alle Potenziale auszuschöpfen. Hintergrund der Veranstaltungsreihe: Der Faktor Kultur ist wichtig für die Unternehmen der Stadt - beispielsweise bei der Suche nach Führungs- und Nachwuchskräften -, für die Entwicklung des Standortes und die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt. Zugleich bräuchten Kulturschaffende betriebswirtschaftliches Knowhow und Unterstützung beim Marketing.

Spitzensport aus Bremerhaven

Der Sport in Bremerhaven zählt zu den weichen Standortfaktoren. Die Spitzensportvereine bereichern das Freizeitangebot und sorgen mit ihren Erfolgen überregional für ein positives Image. Davon profitieren auch viele Unternehmen aus der Region, die den Wert des Sponsorings erkannt haben. Die IHK Bremerhaven machte 2006 besonders darauf aufmerksam, dass die Seestadt auch als Heimat verschiedener Spitzensport-Vereine eine nicht zu unterschätzende Rolle einnimmt und diese Bedeutung auch positiv auf die Wirtschaft wirkt. Bekanntermaßen sind Bremerhavener Vereine beim Eishockey, Basketball, Tanzen und Tennis national oder sogar international außerordentlich erfolgreich aber auch auf anderen Gebieten. Bremerhaven kann, was den Spitzensport betrifft, ein Angebot vorweisen, das weitaus größeren Städten Ehre machen würde. Ob Eishockey, Basketball, Tanzen, Tennis oder Motorsport - alle zusammen sorgen dafür, dass Bremerhaven als Sportstadt positiv wahrgenommen wird.

Schulungen und Prüfungen

Gaststättenunterrichtungen Wer sich als Existenzgründer im Gaststättengewerbe selbstständig machen will, muss über die notwendigen lebensmittelrechtlichen Kenntnisse verfügen. Können diese Kenntnisse nicht durch Sachkundenachweise belegt werden, steht bei der Kammer die Teilnahme an einer so genannten Gaststättenunterrichtung an. 2006 wurden von der IHK Bremerhaven rund 100 angehende Gastronomen unterrichtet.

Bewachungsgewerbe Immer wieder machen Türsteher und andere private Sicherheitskräfte negative Schlagzeilen. Deshalb wurde vom Staat eine Sachkundeprüfung eingeführt, die vor einer IHK abgelegt werden muss. 2006 standen 16 Prüfungen und zahlreiche Unterrichtsverfahren auf dem Programm. Auf die Prüfungen bereitet Kriminalhauptkommissar i.R. Manfred Koschutzki vor, der 32 Jahre lang auf unterschiedlichen Ebenen bei der Ortspolizeibehörde tätig war.

Gefahrqut Zu der Fülle hoheitlicher Aufgaben, die die IHK Bremerhaven wahrnimmt, gehört die Überwachung des ordnungsgemäßen Verlaufs der Schulungen für Gefahrqutfahrer und Gefahrqutbeauftragte. Mitarbeiter der IHK nahmen 2006 die Prüfungen ab und stellten die erforderlichen Bescheinigungen aus. Außerdem wurden Sach- und Fachkundeprüfungen im Taxen- und Mietwagenverkehr sowie im Güterkraftverkehr abgehalten.



Die IHK Bremerhaven ist als eine der ersten Kammern in Deutschland nach ISO 9001:2000 zertifizert.

Juniorenkreise

Wirtschaftsjunioren der Handelskammer Bremen

Das Jahr 2006 war für die Wirtschaftsjunioren (WJ) der Handelskammer Bremen von einer Mischung aus bewährten und neuen Aktivitäten geprägt. Mehr als 80 junge Unternehmer und Führungskräfte engagieren sich derzeit bei den Wirtschaftsjunioren. Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen Veranstaltungen, die dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch der Wirtschaftsjunioren untereinander sowie mit der Politik und gesellschaftlichen Institutionen dienten. Das anspruchsvolle Veranstaltungs- und Projektprogramm wurde von acht Arbeitskreisen vorbereitet: Einmal monatlich tauschten sich die Wirtschaftsjunioren über Lösungen zu konkreten Fragen der Existenz- und Unternehmenssicherung aus. Über Aspekte von Kultur und Unternehmenskultur sowie den Umgang mit der Presse gab es eine eigene Veranstaltungsreihe. Bei weiteren Events gab es Gelegenheit, Einrichtungen und Strukturen kennen zu lernen, die Bremen attraktiv machen. Als informelle Zusammenkunft erfreut sich der monatliche "1st Wednesday" steigender Beliebtheit.

Zum fünften Mal begleiteten die Wirtschaftsjunioren im Zuge des sog. Knowhow-Transfer-Programms Bremer Abgeordnete in ihrem Alltag. Auch an dem entsprechenden Programm mit Abgeordneten des Bundestages haben sich Wirtschaftsjunioren aus Bremen beteiligt. Das Austauschprogramm "Business Contact" für osteuropäische Studenten wurde zum 15. Mal veranstaltet. Um die internationale Vernetzung der Junioren zu vertiefen, stand die Teilnahme einer 13-köpfigen Delegation an der Europakonferenz der Junior Chamber International (JCI) in Tallinn (Est-

land) im Mittelpunkt der Auslandsaktivitäten. Eine besondere Note setzten die Junioren mit einem "Bremen Empfang" im Schwarzhäupterhaus in Tallinn.

Mit einem neuen Internet-Auftritt präsentieren sich die Wirtschaftsjunioren seit Oktober 2006. Die Webseiten dienen zugleich in einem Mitgliederbereich als Intranet für die Kommunikation untereinander.

Wirtschaftsjunioren der IHK Bremerhaven

Die Wirtschaftsjunioren (WJ) Bremerhaven sorgten 2006 für eine Reihe interessanter Aktionen und Veranstaltungen. Unter anderem wurde eine noch engere Zusammenarbeit mit der Hochschule Bremerhaven vereinbart und dies in Form eines Vertrages formell bekundet (ebenfalls unterzeichnet von der IHK). Neben Projekten wie der Präsentation einiger Bremerhavener Unternehmen für Erstsemester oder einer Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsjunioren und dem alumni bwl e. V. (Ehemaligenverein der BWL-Studenten der Hochschule) wird die Kooperation in grö-Berem Umfang in einem Forschungsprojekt des Studienganges Betriebswirtschaftslehre umgesetzt. Knapp 20 Studenten werden sich im Wintersemester 2006/ 2007 in einer Studie mit der Bedeutung der Hochschule für die regionale Wirtschaft auseinandersetzen. Als Interviewpartner stehen hier die Wirtschaftsjunioren und deren Förderkreis bereit.

Außerdem befassten sich die Wirtschaftsjunioren wieder mit dem Stadtmarketing. Professor Christoph Burmann hielt einen Vortrag zum Thema: "Städte als Marken: Was kann das Städtemarketing von erfolgreichen Marken lernen?", und der Arbeitskreis Marketing/Kommunikation öffnete an einem Tag des offenen Unternehmens Bremerhavener Wirtschaftsbetriebe für die Bürger der Stadt. Darüber hinaus richteten die Wirtschaftsjunioren auch 2006 den Gründer- und Unternehmertreff, das Bewerbungstraining für Schüler der neunten Klassen und "Business Contact" aus, ein Praktikantenprogramm für osteuropäische Studenten.

Ehrenamt, Geschäftsbereiche

Das Ehrenamt in Bremen

Die Handelskammer ist die Selbstverwaltung der bremischen Wirtschaft und wird von ihren rund 34.000 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 3.000 Personen ehrenamtlich in der Handelskammer - in Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien sowie als Prüfer und Sachverständige. Dem Plenum, dem höchsten Kammergremium, gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Vorstandsvorsitzende großer Bremer Unternehmen. Aus dem Plenum heraus werden das Präsidium und der Präses gewählt.

Mitglieder des Präsidiums der Handelskammer Bremen

Dr. Patrick Wendisch (Präses) Detthold Aden (Vizepräses) Thomas W. Herwig (Vizepräses) Otto Lamotte (Vizepräses) Peter Lürßen (Vizepräses) Lutz H. Peper (Vizepräses) Dr. Dirk Plump (Vizepräses) Jürgen Roggemann (Vizepräses) Christoph Weiss (Vizepräses)

Mitglieder des Plenums der **Handelskammer Bremen**

Detthold Aden (Vizepräses) Hans-Jürgen Blöcker (kooptiert am 8. Mai 2006) Thomas C. Buchbinder (ausgeschieden am 31. März 2006) Matthias Claussen Jörg Conrad Heiner Dettmer Dr. Günther W. Diekhöner Harald Emigholz Berend Jürgen Erling Hans Eulenbruch Rainer Christian Genes Wiebke Hamm Gerhard Harder (ausgeschieden am 31. Juli 2006) Annegret Hastedt Thomas W. Herwig (Vizepräses) Irmtraud Heuß Marc Hildebrand (ausgeschieden am 27. März 2006) Kay Christian Hillmann (nachgerückt ab 9. Oktober 2006) Peter Koopmann Guido Kreitz Michael K. Krömker Otto Lamotte (Vizepräses) Joachim Linnemann Peter Lürßen (Vizepräses)

Dr. Klaus Meier Stefan Messerknecht Carsten Meyer (nachgerückt ab 1. Januar 2006) Hasso G. Nauck Jürgen Oltmann **Detlef Pauls** Lutz H. Peper (Vizepräses) Dr. Dirk Plump (Vizepräses) Fritz Rößler Jürgen Roggemann (Vizepräses) Angelika Saacke-Lumper Inge Sandstedt Hans-Joachim Schnitger Peter Schöler Michael Schroiff Hans-G. Schumacher Tilman Werner Sieglin Walter Thye Heinz-Jürgen Wagner Christoph Weiss (Vizepräses) Dr. Patrick Wendisch (Präses)

Janina Marahrens-Hashagen

Geschäftsbereiche

Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen

Haushaltsausschuss

Vorsitzender: Präses Dr. Patrick Wendisch Rechnungsführer: Vizepräses Christoph Weiss

Kommission für den Jahresbericht

Vorsitzender: Präses Dr. Patrick Wendisch

Mittelstandsausschuss

Vorsitzender: Berend Jürgen Erling

Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen Vorsitzender: Michael K. Krömker

Ausschuss für Telekommunikation und neue Medien

Vorsitzender: Stefan Messerknecht Außenwirtschaftsausschuss

Vorsitzender: Matthias Claussen

Ausschuss für Verkehr, Distribution und Logistik Vorsitzender: Harald Emigholz

Hafenausschuss

Vorsitzender: Peter Koopmann

Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen

Vorsitzender: Peter Schöler

Ausschuss für Stadtentwicklung und Regionalplanung

Vorsitzender: Joachim Linnemann

Berufsbildungsausschuss

Vorsitzende: Brigitte Faust

Fachkreis Insolvenzfragen

Arbitrage-Kommission

Arbeitskreise der Handelskammer Bremen

- Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft
- ERFA-Kreis Informations- und Kommunikationstechnologien
- Arbeitskreis Betriebsbeauftragter Umweltschutz
- Arbeitskreis Umweltmanagement
- Arbeitskreis Sofortprogramm
 Innenstadt/Nebenzentren
- Arbeitskreis Tourismus
- Arbeitsgruppe Prüfungswesen
- Arbeitsgruppe Ausbildungsberatung und Prüfung der Arbeitsstätte
- Wirtschaftsjunioren
- Arbeitskreis PR-Leiter

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen der Wirtschaftsund Finanzpolitik Dr. Matthias Fonger (I. Syndicus)

I Standortpolitik

Verkehrsgewerbe, Häfen- und Immobilienwirtschaft Dr. Andreas Otto (Syndicus)

II Mittelstand, Innovation und Umwelt

Industrie, produktionsorientierte Dienstleistungen, IuK-Wirtschaft Dr. Ralf Mittelstädt

III International

Groß- und Außenhandel Volkmar Herr

IV Recht und Fair Play

Einzelhandel, Dienstleistungen, Tourismus Dr. Torsten Slink

V Aus- und Weiterbildung

Karlheinz Heidemeyer

VI Zentrale Dienste

Günther Lübbe

VII Public Relations

Dr. Stefan Offenhäuser

Das Ehrenamt in Bremerhaven

Die IHK Bremerhaven ist die Selbstverwaltung der Bremerhavener Wirtschaft. Sie wird von rund 5.500 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 700 Personen ehrenamtlich in den Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien der IHK sowie als Prüfer und Sachverständige. Der Vollversammlung gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Spitzen der großen Bremerhavener Unternehmen.

Mitglieder des Präsidiums der IHK Bremerhaven

Dipl.-Bw. Claus Brüggemann (Präsident)
Roswitha Ditzen-Blanke (Vizepräsidentin)
Dipl.-Ing. Peter H. Greim (Vizepräsident
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Ingo Kramer
(Vizepräsident)
Jürgen Krömer (Vizepräsident)
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Emanuel Schiffer
(Vizepräsident)
Andreas Wencke (Vizepräsident)
Dr. jur. Joachim Ditzen-Blanke
(Ehrenpräsident)

Mitglieder der Vollversammlung der IHK Bremerhaven

Claus Brüggemann (Präsident)

Frank Brüssel
Hans J. Buse
Günther Coordes
Dr. Joachim Ditzen-Blanke (Ehrenpräsident)
Roswitha Ditzen-Blanke (Vizepräsidentin)
Christoph Dahms
Dr. Peter Dill
Joachim Donner
Christian Ehlers

Hennig Goes Peter H. Greim (Vizepräsident) Wolfgang Grube

Klaus Hartmann Claus von der Heide Hans-Jürgen Iben

Ingo Kramer (Vizepräsident)

Holger Krieten

Jürgen Krömer (Vizepräsident)

Manfred Kuhr Werner Lüken Henning Melcher Lutz Natusch Rolf Niemeyer

Emanuel Schiffer (Vizepräsident)

Wolfgang Schmidt Stephan Schulze-Aissen Manfred de Vries

Andreas Wencke (Vizepräsident) Horst Wübben

Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven

Absatzwirtschaft, Handel, Dienstleistungen Vorsitzender: N.N.

Berufsbildungsausschuss Vorsitzender: Rolf Niemeyer Fischwirtschaftlicher Ausschuss Vorsitzender: Lars Gieseking Hafenwirtschaftlicher Ausschuss Vorsitzender: Manfred Kuhr

Sachverständigen Ausschuss Vorsitzender: N.N. Tourismus-Ausschuss

Vorsitzender: Hennig Goes Verkehrsausschuss

Vorsitzender: Wolfgang Grube
Arbeitskreis "Wirtschaftsstruktur

Region Bremerhaven"

Sprecherin: Roswitha Ditzen-Blanke Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft

Sprecher: Michael Müller

Arbeitskreis "Qualität und Hygiene"

Gefahrqut-Erfa-Kreis

Sprecher: Prof. Dr. Schwanebeck

ERFA-Kreis Umwelt

ERFA-Kreis Zoll- und Außenwirtschaft

Geschäftsbereiche

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen, Standortpolitik, Tourismus, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft Michael Stark

- I Aus- und Weiterbildung, Handel, Recht, Starthilfe und Unternehmensförderung Martin Johannsen
- II International, Innovation/Umwelt, Industrie, Förderverein Pro A 22 e. V. Wilfried Allers

III Zentrale Dienste

Hans-Hermann Witthohn

Stellungnahmen

Stellungnahmen Bremen (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Ortsgesetz zur Errichtung der Sondervermögen "kommunale Abwasserbeseitigung" und "kommunale Abfallentsorgung" in der Stadtgemeinde Bremen

Stellungnahme zum BMU-NAP-II-Entwurf

Flächennutzungsplan Bremen, 76. Änderung, Sonderbauflächen Windkraftanlagen Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen an kleine und mittlere Unternehmen über das Landesinvestitionsförderungsprogramm (LIP) Anträge auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen im Rahmen von

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Stellungnahmen zur Tragfähigkeit von Existenzgründungsvorhaben Mitarbeit an den Zielen des "Bremer Bündnis für Familie"

Energiepolitik von morgen – Umfragebarometer DIHK Vereinfachte verkürzte Genehmigungsverfahren nach BImSchG Bundesimmissionsschutzgesetz: Gebührenvergleiche der Bundesländer Stellungnahme zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes

UK- und Zurückstellungen vom Wehr- und Zivildienst

Gesetzes-/Verordnungsentwurf zur Änderung vergaberechtlicher Vorschriften Anforderungen der Wirtschaft an die zukünftige Politik der Europäischen Union

Inhalte der künftigen Ziel-2-Förderung in Bremen Regionales Wachstumskonzept für den Nordwesten

Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung

Veränderung der Freizone Neustädter Hafen

Verkehrsflughafen Bremen – Ausnahme von Nachtflugbeschränkungen Planfeststellungsverfahren für den Ausbau des Autobahnzubringers Überseestadt der A 27 zwischen der Anschlussstelle Überseestadt und dem Verteilerkreis Utbremen Vorhabenbezogener Bebauungsplan 38 für die Ansiedlung eines Möbelhauses in Bremen-Osterholz/78. Flächennutzungsplanänderung/Möbel Krieger Ausbau der Knotenpunkte Hans-Bredow-Straße/Osterholzer Heerstraße bzw. Julius-Faucher-Straße, Ausbau der BAB 27 Südrampe der AS Sebaldsbrück

Umgestaltung der Wartburgstraße zwischen St.-Magnus-Straße und Hansestraße Umbau Osenbrückstraße (B-Plan 2305) in Bremen-Hemelingen

Bebauungsplan 2340 für Teilgebiete in Osterholz und Hemelingen

gerichtet an

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

DIHK

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr WfG Bremer Wirtschaftsförderung GmbH

Agentur für Arbeit, Bremen

Agentur für Arbeit Bremen Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

DIHK DIHK

IHK Berlin

Duit of the

Präsident des Senats, Bürgermeister Jens Böhrnsen

Senator für Wirtschaft und Häfen Senator für Wirtschaft und Häfen DIHK, Bundesregierung

Der Senator für Wirtschaft und Häfen Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Der Senator für Wirtschaft und Häfen Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

GFL Planungs- und Ingenieurgesellschaft mbH

Amt für Straßen und Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr SHI Planungsgesellschaft für Städte-, Hoch- und Ingenieurbau mbH Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

Stellungnahmen Bremerhaven (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Stellungnahmen zu Flächennutzungsplanänderungen und Bebauungsplanenwürfen

Stellungnahmen zur Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Außenwirtschaft

Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen von Linienverkehren mit Kraftomnibussen

Stellungnahmen zu Anträgen der Gewerbeausübung durch Ausländer Stellungnahmen zu Zurück- und Unabkömmlichkeitsanträgen vom Wehrdienst Stellungnahmen zur Tragfähigkeit der Existenzgründung Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen (GRW/LIP)

Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften

Stellungnahmen zu Messen, Märkten, Ausstellungen

Stellungnahmen zur Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung

Stellungnahmen zur Genehmigung von Gemeinschaftslizenzen im Güterkraftverkehr

Stellungnahmen Handelsregister

Stellungnahmen zur Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Bundeswasserstraße Weser/Anpassung von Außen- und Unterweser einschließlich der hafenbezogenen

Wendestelle an die neue Fahrrinnentiefe

Stellungnahmen zu Anträgen auf Erteilung einer Erlaubnis

nach § 34 c der Gewerbeordnung

Stellungnahmen zu Anträgen auf Erteilung einer Erlaubnis

nach § 34 a der Gewerbeordnung

Anträge auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen im Rahmen von ABM

gerichtet an

Stadtplanungsamt der Seestadt Bremerhaven Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven Senator für Wirtschaft und Häfen Agentur für Arbeit Bremerhaven Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH Bürgschaftsbank Bremen GmbH Verwaltungspolizei Bremerhaven Senator für Wirtschaft und Häfen Senator für Bau, Umwelt und Verkehr Amtsgericht Bremerhaven Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest Aurich

Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven

Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven

Agentur für Arbeit Bremerhaven

Impressum

Herausgeber

Handelskammer Bremen

Am Markt 13 28195 Bremen Tel. 0421 3637-0

www.handelskammer-bremen.de service@handelskammer-bremen.de

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven

Friedrich-Ebert-Str. 6 27570 Bremerhaven Tel. 0471 92460-0 Fax 0471 92460-90 www.bremerhaven.ihk.de info@bremerhaven.ihk.de

Redaktion

Dr. Stefan Offenhäuser

Grafik, Realisation

Dr. Christine Backhaus

Fotonachweis

archisurf, BIG Bremen, BIS Bremerhaven, BLG Logistics Group, Deutsche Bahn, Flughafen Bremen, Hochschule Bremerhaven, Frank Pusch, Jörg Sarbach, Wolfhard Scheer, Martina Weigt

Druck

Druckerei Asendorf

Januar 2007

www.handelskammer-bremen.de www.bremerhaven.ihk.de